

Dr. Seifwieser  
Spezial- u. Zahnarzt  
Königsplatz 17. 2.50.  
Spezial- u. Zahnarzt  
Königsplatz 17. 2.50.  
Spezial- u. Zahnarzt  
Königsplatz 17. 2.50.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher Redakteur  
Dr. Seifwieser  
Königsplatz 17. 2.50.  
Spezial- u. Zahnarzt  
Königsplatz 17. 2.50.  
Spezial- u. Zahnarzt  
Königsplatz 17. 2.50.

Telephon  
Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 167.

Breslau, Sonnabend, den 20. Juli 1912.

23. Jahrgang.

### Eine altmodische Dame.

In der „Kreuztg.“ ruft eine leibhaftige Gräfin Kenyerling-Rautenburg die „edlen, glaubensstarken, monarchistischen“, die „anständigen (!) politischen Frauen, die noch Ideale besitzen“, auf zur politischen Betätigung, damit das letzte, preußisch-deutsche Staatschifflein aus der türkischen roten Flut gerettet werden könne.

Die Dame ist alt — sie stammt, wie sie sagt, aus der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, aus der Zeit des alten Russes — aber ihre Ansichten sind noch um vieles älter, wenigstens sie sich geschickt mit einem modernen Mäntelchen drapiert. Viele Ansichten stehen bedenklich nach dem Wiederankommen in den „gebildeten Preußenlande“ noch täglich das Gebet zum Himmel sang:

Vor Kaserike, Lüberike,  
Vor Krachte und vor Hienplike  
Bewahr' uns, Herrs Gott!

Die Zeiten haben sich geändert und mit ihnen die Stellung der Frauen. Sie sind aus der eigenen Häuslichkeit oder aus jener reicher Verwandten hinausgetrieben worden. Das weiß die Frau Gräfin, wenn sie auch die stärkste Kraft, die dabei am Werke war, nicht kennen braucht. Damit ist auch das Verhältnis des weiblichen Geschlechts zum öffentlichen, zum politischen Leben ein anderes geworden. Und noch, trotz der geriebensten Kostäuscherkniffe, gerade auf politischem Gebiete immer weniger gelingt — die männlichen Habenichtse über ihre Klasseninteressen hinwegzutäuschen, sie in das Garn des wucherischen Junkerpacks zu locken —, das soll nunmehr auf andere Art, mit Hilfe der Frauen, versucht werden.

Wir sind durch die ersten Zeiten gezwungen, uns am politischen Leben zu beteiligen. Wir haben es viel zu spät erlernt, daß ein erster Romang vorliegt, daß auch wir Frauen aus den gebildeten, hohen und höchsten Ständen uns aufzuringeln zu politischer Arbeit unter den Frauen anderer Kreise, weil leider auch bei uns, wie es in Frankreich, in England und in anderen Staaten sich gezeigt hat, wo die Sozialdemokratie wie eine fließende Wunde immer mehr um sich greift, immer mehr an Macht gewinnt, auch andere, noch gesunde Parteien in Mitleidenschaft ziehend, bis zur Perforation von allem, was dem Menschen heilig ist und heilig bleiben soll, Frieden (!), Monarchie, Glauben — weil auch bei uns die Frauen die Allerärmsten, die Allerfanatischsten sind auf dem Boden der Sozialdemokratie.

So die Frau Gräfin. Sie will allerdings beileibe nicht auf die Rednerbühne treten, geschweige gar das eigene Wahlrecht fordern. Nein, nein! Die äußere Politik soll nach wie vor den Männern überlassen bleiben; die Frauen sollen nur in aller Stille die „innere Politik“ betreiben. Was die Frau Gräfin unter innerer Politik versteht?

Auf dem Lande kann man so leicht die Menschen beeindrucken; es kommt nur darauf an, wie man es macht! Der Mann kann sozusagen zum Manne nur durch die Vorbereitungen treten. Er sucht ihn durch öffentliche Reden an öffentlichen Orten, in Versammlungs-Wahllokalen usw. zu beeinflussen. Um wie vieles leichter ist es uns Frauen an die Hand gegeben, Einfluß zu gewinnen. Wir treten hübsch bescheiden durch die Hintertüre in die Küche, an den Herd, wir heucheln den Frauen ein bißchen Interesse für ihr Leben und Treiben vor und suchen uns in ihr Vertrauen einzuschleichen. Ganz leicht treten wir dann mit unseren politischen Anschauungen hervor, drücken den Frauen ab und zu ein paar „gute“ Blätter in die Hand und es ist bald der Augenblick gekommen zur Beeinflussung des jungen Mädchens, der künftigen Mutter kommender Generationen, der Burtschen, bevor sie in den Dienst treten.

Dies alles will Frau Kaiserling! bewerkstelligen durch angelegte, tüchtige, fachmännisch geschulte Gemeindefrauen oder Landpflegerinnen, die von den Gutsheerinnen und deren Töchtern bei ihrer Arbeit unterstützt werden sollen. Leider hat sie vergessen, mitzuteilen, ob diese Frauen, die ja lediglich im Interesse der Gutsheerlichkeit tätig zu sein hätten, auch von dieser bezahlt werden sollen. Durch Elternabende, in denen kleine Vorträge über praktische Fragen zu halten wären, soll nach dem Rat der Frau Kaiserling! an die Frauen herangeführt werden, bis dann allmählich der Boden gelockert ist für die ernste und größte Arbeit; dies ist die allmähliche Führung der Frauen, der Jugend, unbewußt, bei jeder nur möglichen Gelegenheit „auf dem politischen patriotischen Boden, auf sozialem und religiösem.“ Die Liebe zur Scholle, die Treue zur Monarchie soll gestählt, die Widerstandskraft gegen die Sozialdemokratie gestärkt werden.

Welch eine ernste, schöne Arbeit auf sozialem, politischem Boden für die edlen, glaubensstarken und monarchistischen Frauen die ihren Gott und ihr Vaterland (und ganz besonders ihren nichtswürdigen Kaiser) über alles lieben.“ So ruft die Frau Gräfin in überaus leuchtender Begeisterung aus. Wie schön und wie außerordentlich notwendig! Wie mächtig bekannt, nimmt die patriarchalische Zölle für die junkerlichen Beutehorden allmählich ein Ende. Die Sozialdemokratie hat in den dunkelsten Winkeln gute Aufklärungsarbeit geleistet, das Bewußtsein ihres Menschentums auch in den Landarbeitern erweckt. Das paßt den Herrschaften natürlich nicht. Wohin sollen sie kommen, wenn ihnen bei den politischen Geschäften „ihre“ Leute auf die Finger sehen wollen, um vielleicht gar einmal dorthin hinauf zu klettern? Da speten sie Gift und Galle gegen die, die angeblich alles Uebel verschulden, gegen die Sozialdemokraten. Auch Frau Kaiserling! macht in jämmerlichsten Klagen den Bericht über den Berichten ihrem Berichten laut:

„Ohne daß auch nur ein Gesetz uns gestattet, Hausrecht zu gebrauchen, benutzen die sozialdemokratischen Reissenden — politische Kommissarvagen — die Zeit, wenn die Männer bei der Arbeit sind, um Einlaß bei den Frauen zu gewinnen. Dann träufeln sie das Gift der Unzufriedenheit in die Seelen (Das ist natürlich bei den glänzenden Verhältnissen, in denen die Landarbeiter leben, besonders schwierig!), geben ihnen ihre Reden und Schriften zur Verbreitung. Hier finden die Wähler den richtigen Boden zu ihrer teuflischen Saat (Suhl), wo Unbildung, völlige Unkenntnis der Verhältnisse, des politischen Programms anderer parlamentarischer Parteien ihnen zur Hilfe kommen; hier reden sie wissenschaftlich die Unwahrheiten über die sozialdemokratischen Parteien, und haben sie ihre (für die Junker) unheilvolle Arbeit vollbracht, dann verschwinden sie ebenso rasch wie sie gekommen sind.“ (Die Zeitlinge! Statt zu warten, bis sie die ehrenvolle Bekanntheit der Stunde oder der Reichstags des „Anhängers“ gemacht hätten!) „Kommt nun der Herrmann müde von der Tagesarbeit nach Hause, dann fängt die eben unterrichtete Frau, womöglich in der Gegenwart der heranwachsenden Kinder, ihre Reden an. Und der Kaiser! und die Schriftchen bilden dann den Rest, brücken das Stegel darauf.“ Und nicht genug daran, kommt dann zu solch einer berederten Frau eine fromme Dame mit ihren Traktätschen, dann geschieht es Meier recht, so wie die Frau Kaiserling! von einer Königsberger Dame erzählt: sie wird hinausgeworfen mit den Worten, sie möge den religiösen, konservativen Kram nur zu den Reichstagen tragen.“ In diesen erschütternden Geschichten liegt eine schöne Anerkennung der mühevollen Arbeit unserer Landarbeiterinnen. Es werden der Frau Gräfin das Kompliment sichtlich damit quittieren, daß sie künftig noch eifriger ihrer Pflicht nachgehen, das „Gift der Unzufriedenheit“ in die Seelen zu träufeln.“ Es liegt darin aber auch eine schöne Anerkennung für die Frauen der Landarbeiter. Wenn die so die Zeichen der Zeit rasch und richtig deuten, werden sie über den Kreis der Familie hinaus Werber für unsere Sache, dann haben wir doppelte Ursache, den Junkern zu danken für die vielen schweren Räte, die sie über die arbeitende Klasse gebracht haben.

Doppelt schwer ist die Arbeit für die hohen und höchsten Damen natürlich in der Stadt. Denn in den Brutstätten des Laßers und der Krutut, da schwimmt sich auf für die letzten, die wählen, demokratisieren, klären und nicht mehr aufbauen wollen; Was das zersetzende Gift der Vaterlandsloserei viel leichter unter die Leute kommt, wo das Feld, auf das die böse Saat gesät wird, bereits vorarbeiten ist durch Hunger, Unzufriedenheit, Verbitterung, Arbeitslosigkeit, weil die Gegenstände an diesen Stellen, wo große Massen aufeinander aneinander sind, zwischen Reichtum und Arbeit, zwischen Gebrauchsgegenständen und brotlosem Proletariat in grellem Lichte beleuchtet werden.“

Könnte die Frau Gräfin nicht in einer freien Stunde einmal wirklich ernsthaft darüber nachdenken, wo die Ursache für den Hunger, für die Unzufriedenheit und Verbitterung zu suchen ist? Müßte eine wahre „Jesusliebe“ sie nicht zu der Erkenntnis führen, welche ein gerüttelt Maß von schwerster Schuld gerade ihre Klasse, ihre Klasse an dem Glende der Massen trägt. Dann müßte sie zu ihrem „Jesuswort“: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“ freilich ein anderes, sein tiefstes, hinzufügen: Gebet dem Menschen, was des Menschen ist! Denn wer dem Menschen gibt, hat Gott gegeben!

Bei dem sozialreaktionären Gedankengange der Gräfin ist es nicht verwunderlich, daß „ihr Frauenherz in heißer Empörung erregt“, wenn die sozialdemokratischen Volksvertreter in den Parlamenten es wagen, der Meinung der übergroßen Masse des Volkes ungeschminkt Ausdruck zu geben. Wie ihre männlichen Rastengenossen schreit auch sie Zeter und Mordio und sagt: „daß es noch keine Gelege bei uns gibt, die die Immunität des Abgeordneten in Scherben schlagen, wenn er es wagt, an einem der heiligsten Güter des Volkes mit roher Hand zu rütteln.“ Aber die „Frau aus dem gebildeten hohen Stande“, die immer Dame bleibt, scheut sich nicht, die Anpöbelung unserer Abgeordneten selbst auf deren Mütter auszudehnen. Sie schreibt: Manche unter den 110, vielleicht auch unter den 6, mögen vielleicht erst später auf die schiefe Ebene gezogen worden sein, aber die meisten haben entschieden eine schlechte Mutter gehabt, eine Mutter, an die das zersetzende Gift der Unsturzpartei auf irgendeine Weise herangekommen ist und die es nicht verstanden hat, ihre Jungen zu guten, pflichttreuen Staatsbürgern zu erziehen.

Wir brauchen diese Frauen nicht zu verteidigen. Die Tätigkeit ihrer Kinder zeugt Tag um Tag, daß sie Menschen waren und Mütter im schönsten Sinne des Wortes, und daß jede einzelne von ihnen wertvoller war für die Gesamtheit, als der ganze ablige Klüngel mit der langen Ahnenreihe. Was aber würde die Dame sagen, wenn wir in unserer Unbildung behaupten wollten, sie habe eine schlechte Mutter gehabt, weil sie in einem bornierten Egoismus befangen, mit den Phrasen eines Wortkriementums auf den Lippen die Armen in „Jesus Namen“ noch länger um ihre Rechte pressen möchte! Es wäre gut und heilsam, wenn Frau Kaiserling! ihren eigenen Rat beherzigen wollte: „Man soll die Scheuklappen abnehmen, damit man sich nach allen Seiten recht umschauen kann.“

In ihrem Eifer, die Entwicklung des „Vaterlandes“ um ein paar Jahrhunderte rückwärts zu revidieren, schlägt die Gräfin aber nicht nur auf die Sozialdemokraten los, sie geht auch den Polen und den katholischen Geistlichen ganz energisch zu Leibe. „Mit jesuitischer Genauigkeit und Vorsicht wird Schritt vor Schritt vorwärts gegangen, und in keinem Wachstums greift die Polonierung und Katholisierung um sich.“ Et, et, Frau Gräfin, sind es nicht Ihre eigenen, gewiß nicht „vaterlandslosen“ Rastengenossen, die ihre Güter an die Polen verschachern? Und sind Ihnen nicht auch sonst die frommen Geistlichen lieb, die die Landarbeiter so wunderbar in Zufriedenheit und Unterwürfigkeit zu erhalten

wissen? Und die Herzbruderschaft im Schnapslokal? Ist es vornehm, den lieben Freunden von gestern und morgen solch einen Gesellschaftsbesuch zu verweigern? Sie wissen doch, wer die größte Freude daran hat?

Frau Kaiserling! tut sich was gute darauf, daß die Regierung den Arbeiten der staatsbehaltenden Frauen „nicht nur freundlich gegenübersteht, sondern ihnen täglich die Wege dazu ebnet und neue Bahnen weist“. Und das trotz der Königsberger Rede. Auch wir versichern den Damen unser dauerndes Wohlwollen. Wir werden auch weiterhin auf einen Schelm an der Halbe zu setzen wissen und da gilt variert das Ministerwort: „Meine Damen, Sie arbeiten ja nur für uns!“

### Politische Uebersicht.

#### Konservative Steuersehen.

Die „Agrarpolitische Korrespondenz“ führt den Kampf gegen die Erbschaftsteuer, deren Mischereinführung nach keineswegs sicher ist, mit allem Nachdruck weiter. Unter der Spitzmarke: „Nur keine Flaumacherer!“ schreibt das Blatt:

„In dem Kampfe um die Besitzsteuer hat es den Anschein, als ob man in einzelnen Organen der Rechten bereits anfängt, in bezug auf die Witwen- und Waisensteuer die Flinte ins Korn werfen zu wollen. Der Gedankengang, der hier verfolgt wird, ist ungefähr der: „Kommen wird die Witwen- und Waisensteuer ja doch, also was soll das Sträuben.“ Das ist ein höchst gefährliches und unkluges Beginnen. Durch solche Muthlosigkeit werden einmal die Reiter zu der Ueberzeugung gebracht, daß es nun wirklich nichts mehr hilft, sie lassen dann im Kampfe selbst auch nach, und andererseits wird die Reichsregierung in ihrer Widerstandsfähigkeit gegen die Bestürmer der Waisensteuer geschwächt, wenn sie sieht, daß gewisse Kreise der Rechten ebenmüßig bereit sind, diese Ausdehnung der Erbschaftsteuer, wenn auch unter bestimmten Umständen, anzunehmen. Solche Muthlosigkeiten haben indes Erbschaftsteuer nicht den geringsten Zweck! Will man die für die Landwirtschaft so schädlichen Witwen- und Waisensteuern einschneiden bekämpfen, dann darf man sich nicht auf solche Flaumacherer verlassen, sondern muß das Uebel bis zum Ueberfließen auf das energischste und mit rücksichtslosster Befähigung! Nur so ist es möglich, auch bei den Gegnern Respekt und in der Politik Erfolg zu erzielen.“

Erst in der „Stunde der Gefahr“, soll die Welt stehen über die — Opferwilligkeit der agrarischen Schnapphähne. Mit erstaunlicher Ungeniertheit werden sie dann dem geliebten Vaterlande das Segel der — anderen opfern.

#### Krieg und Meuchelmord.

Eine recht interessante Auseinandersetzung über dieses Thema hat sich in der „Tägl. Rundschau“ zwischen dem Grafen Poladovsky, dem Geheimrat Dietrich, Professor an der Charlottenburger Technischen Hochschule und dem Generalmajor a. D. Litzmann entsponnen.

Im Hinblick auf die militärische Verwendung der Flugmaschinen hatte Geheimrat Dietrich beknüppelt geschrieben:

„Mit Entsetzen muß man den Gedanken abweisen, daß diese Werkzeuge zum Hinabwerfen von Sprengstoffen auf feindliche Heeresmassen und Einwohner von Ortschaften benutzt werden sollten... Wahrscheinlich, es wäre eine edle Aufgabe der Haager Friedenskonferenz, eine solche Art der Kriegsführung als unmenlichlich zu verbannen.“

Des weiteren sprach Herr Dietrich von der „leuchtigen Vernichtung der meuchelmörderischen Flieger“. Graf Poladovsky hatte hierzu bemerkt, daß sich vom humanitären Standpunkt aus wohl kaum ein Unterschied darin erkennen lasse, ob ein Wurfgeschloß in vertikaler oder in horizontaler Richtung geschleudert werde, ob ein Torpedo von unten oder eine Bombe von oben wirke. Trotzdem meint er, „wäre gewiß eine internationale Vereinbarung in dieser Beziehung sehr erwünscht, da es im Interesse der Menschlichkeit liege, die Endzwecke des Krieges mit möglicher Schonung von Menschenleben und Eigentum zu erreichen.“

Gegen beide wendet sich nun der Generalmajor a. D. Litzmann, indem er mit ägender Schärfe alle vom Standpunkt der Menschlichkeit erhobenen Einwände zurückweist und das Recht auf Meuchelmord im Kriege verteidigt. Darüber schreibt er:

Wenn der bombenwerfende Flieger einem Meuchelmörder „verzwweifelt ähnlich sieht“, dann gilt das erst recht für die Reiter, die sich abgesetzt in ein Gefäß seitwärts der feindlichen Anmarschstraße geschickt hineingeprügelt hat und mit ihren Karabinern in die ahnungslos vorbeiziehende Kolonne überaus dicht hineinschießt, — oder für die Abteilungsleiter, das Bataillon schwerer Feldhaubitzen, die völlig verborgen hinter einem Waldstreifen entwickelt wurden und nun ihr vernichtendes Feuer — übrigens auch „Vertikalfeuer“ — unerwartet über den Gegner hereinbrechen lassen. Aber auch die modernere Infanterie-Kampagne, die in stichdunkler Nacht über eine feindliche Brückenbesatzung herfällt und sie nieder macht, um dem größeren Truppenverbande den Zugang zu öffnen, wird dann erst recht zu Meuchelmordern.“ Denn die Flugmaschine wird, wenn sie sich auch aus „unerreichbaren Höhen“ dem gesuchten Ziele finkend nähert, — immer noch eher gesehen, beschossen, oder von den Flurhaufen des Gegners zur Strecke gebracht, als die Kavallerie, die Artillerie und die Infanterie in den gewählten, beständig zu vernehmenden Besitzteilen. Und den „meuchelmörderischen“ Bomber, der selber längst fort ist, wenn die von ihm gelegte Konstantine unter der feindlichen Sturmfront explodiert, wagt man kaum noch zu



denken! ... Ach, es wäre schon besser gewesen, Herr Geheimrat Dietrich hätte seine Kräfte nicht gebraucht! Denn sie müssen auf alle Waffengattungen und auf unsere ganze Kriegführung ausgebeugt werden, wenn sie überhaupt gelten sollen.

Herr Vignmann muß nach solchen Darlegungen natürlich in dem Schlusse kommen: Auf ein bißchen mehr oder weniger Mord kommt es im Kriege nicht an. Und er zitiert selbst das Wort: „Es ist der Krieg ein roh gewaltig Handwerk“. Nichtig, aber warum sollen wir dann mit den allbeutigen Kriegsschwärmern dieses Handwerk als würdigste Betätigung eines Kulturvolkes betrachten, die Handwerker selbst aber als den ersten Stand im Staate und als edelste Blüte der Nation?

### 25 Jahre Wilhelm II!

Am 15. Juni des nächsten Jahres wird ein Vierteljahrhundert verfließen sein, seit Wilhelm II., um mit einem Ausdruck seines Vaters zu sprechen, die „Oberherzogenschaft“ über das Deutsche Reich führt, und einen solchen Tag kann man natürlich nicht vorübergehen lassen, ohne daß den Patrioten einige Aufmunterung zuteil wird. Der „Berliner Lokalanzeiger“ weicht schon über umfangreiche Vorbereitungen zu berichten, die für eine würdige Feier dieses vorläufigen Jubiläumstages getroffen werden. Danach soll Wilhelm II. selbst bereits die Prägung einer am Bande zu tragenden Denkmünze für Staatsbeamte, Offiziere, Mannschaften des Heeres, der Flotte usw. verfügt haben. Ferner soll es eine Jubiläumsgeldausstellung geben, die einen Ueberblick über das bildnerische Schaffen unter Wilhelm II. gewährt. Ob auch die Stegessäle und die Kaiser-Mehrbrücke in diese Ausstellung transportiert werden sollen, ob man den Märchenbrunnen in den verschiedenen Wandlungen, die er unter Wilhelm II. Regierung genommen hat, zu sehen bekommen wird, und über ähnliche Fragen verläuft zunächst nichts. Dagegen wird berichtet, daß der Berliner Magistrat eine städtische Feier plant, daß der deutsche Kriegerverein eine patriotische Spende beschließt und daß die Reichsmarkenscheide auf der Ausgabe einer Jubiläumsscheide bestehen.

Die Reihe der festlichen Veranstaltungen ließe sich noch beliebig erweitern. Wir unterrichten würden die Herausgabe eines Sammelwerkes ansetzen. Wilhelm II. im intimen Urteil seiner Zeitgenossen, worin alle bisher privaten und vertraulichen Äußerungen zu sammeln wären, die von gekrönten Häuptern, Ministern und anderen Staatswürdenträgern über Wilhelm II. getan worden sind. Mit dem facsimilierten Abdruck eines Abjurations aus Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen 3. Bd.“, die noch immer der Veröffentlichung harren, ließe sich ein solches Sammelwerk höchst stimmungsvoll einleiten.

### Potentinsche Spalierbäume.

Das nahe Jubeljahr im Königreich Krupp treibt wunderliche Blüten. Das der Inhaber des Werkes, Herr v. Woblen-Palbach hunderttausende Mark ausgibt, um den obersten Vertreter seines besten Kunden — des Deutschen Reiches — würdevoll zu empfangen, mag ja schließlich hingehen. Ebenfalls ist weiter nicht verwunderlich, daß eine gefällige Jubiläum-Industrie Krupp-Pollarten, Krupp-Dürschden und dergleichen Dinge fabriziert. Umlinere aber dürften Vorgänge interessieren die auf einen hohen Grad patriotisch-gelben Fiebers schließen lassen. Man muß nämlich den Kruppischen Arbeitern zu, bei der Wagenfabrik Wilhelm II. im Reichsbildes Offens „Spalier“ zu bilden, verzichtete aber von vornherein großmütig auf die Mitwirkung von Treibern der Arbeiter, wohl, weil man vermutet, daß auch das eine Viertel schwer genug auszubringen sein werde. Die Spaliermannschaften sollen nämlich eine ganz besondere Eigenschaft aufweisen: sie sollen wohlgenährt sein! So bekennt man den vielen hohen Gästen das blühende Aussehen, die Zufriedenheit, ja Wohlhabenheit der Kruppischen Arbeiter recht eindrucksvoll vor Augen zu führen. Um das zu erreichen, gehen die „Vorgesetzten“ absonderlich zu Werke. Gähre Patrioten unter den Arbeitern, die sich — gering an Zahl, aber begeisterungsvoll — zum hehren Werke meldeten, wurden abgewiesen; dagegen prangen jetzt zahlreich konzipiente „waterlandse Gellen“ im Holzstube der eifrigen Meister.

Auch der Oberbürgermeister der Stadt Essen, Hölle, will zum Ruhme der Firma Krupp beitragen. Bei einer großen Feier wurde den Arbeitern durch Zirkular eröffnet, daß sie

auf Wunsch des Oberbürgermeisters am 8. August zu feiern haben. Ob der Herr Oberbürgermeister auch dafür gesorgt hat, daß den Arbeitern der Lohn für diesen Tag ausgezahlt wird, konnten wir nicht in Erfahrung bringen.

Zu der Aktion gegen Vorchardt und Lohner geht der Parteipresse folgende Erklärung zu:

Nach mehrwöchentlicher Abwesenheit ins deutsche Vaterland zurückgekehrt, erfahre ich erst jetzt, daß in der Presse die Nachricht verbreitet worden ist, daß gegen den Genossen Lohner und mich auf den 8. Juli anberaumt gewesene Termin für wegen meiner „Erkrankung“ vertagt worden, und die Gegner haben daran offenbar hässliche Bemerkungen über diese angeblich so plötzliche Erkrankung geknüpft. Ich bin aber keineswegs krank, habe auch nichts dergleichen vor Gericht angegeben, sondern ich habe aus Grund ärztlicher Ratschläge die Vertagung beantragt, um nicht erst krank zu werden. Ich verführe nicht die mindeste Kraft, meine Nerven und meinen durch kürzlich überstandene Krankheit geschwächten Körper der Gefahr einer neuen Erkrankung auszuweichen, nur weil es der Staatsanwaltschaft gefiel, die Sache nach vor den Gerichtshof zu bringen. Nach meiner unmaßgeblichen Meinung kommt der Termin auch nach den Gerichtsferien noch zeitig genug, wenn wir alle, auch die Herren Staatsanwälte, frische Kräfte gesammelt haben. War die Staatsanwaltschaft gar so latendüchtig, so konnte sie ja inzwischen immer gegen diejenigen vorgehen, die am 9. Mai im preussischen Abgeordnetenhaus die Verbrechen gegen §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches begangen haben.

Vab Deynhansen, den 17. Juli 1912.

Julian Vorchardt.

### Die Reichsbesteuer kommt.

Die offizielle Norddeutsche Allgemeine veröffentlicht am Donnerstag nachstehende Note: „Nach Mitteilung der Neuen politischen Korrespondenz“ steht die Einbringung eines Besteuerungsgesetzentwurfes durch die verschiedenen Regierungen im Reichstage fest. Der vom Reichstage angenommene Antrag auf Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfes bildet einen Bestandteil des Gesetzes, das nach Zustimmung der verbliebenen Regierungen in Kraft getreten ist. Damit habe die Regierung die Vorlegung eines Gesetzentwurfes im Sinne des vom Bundesrat angenommenen Antrages des Reichstages übernommen und werde demgemäß auch verfahren.“ Wie der Entwurf aussieht, wird aber nicht gesagt.

### Wieder Geheimstücker wegen militärischer Interessen.

Von den beiden Leutnants Schmidt und Eggers vom 41. Infanterie-Regiment in Tüft, die Ende Oktober 1911 wegen mehrfachen Vertrages, Unterschlagung und militärischer Vergehen zu 1 Jahr 9 Monaten bezw. 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und Ausweisung aus dem Heere verurteilt wurden, wurde, nachdem das Urteil vom Reichsmilitärgericht an das Militärgericht des 3. Armeekorps zurückverwiesen worden war, Eggers heute vollständig freigesprochen, und Schmidt zu 4 Monaten 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der militärischen Disziplin unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt: auch die Begründung des Urteils wurde in nicht öffentlicher Sitzung bekanntgegeben. — Durch was die militärische Disziplin in Deutschland alles gefährdet wird, ist gar nicht zu sagen. Sie muß doch sehr wachsam sein.

### Zum Studium der Berliner Wohlfahrtsvereinigungen.

ist eine französische Spezialkommission in Berlin eingetroffen. Die Herren, die insbesondere die Berliner Armenheimstätten kennen lernen wollen, wurden heute mittag vom Vorsteher in der französischen Wohlfahrt empfangen und dort zum Frühstück geladen. Von Berlin aus begibt sich die Kommission zu dem gleichen Zwecke nach St. Petersburg.

### Der preussisch-bayerische Lotterievertrag abgelehnt.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer wurde Donnerstag mit 113 gegen 23 Stimmen einiger Liberaler und Landwirtsblinder das Lotterievertrag abgelehnt. Damit ist auch der Lotterievertrag mit Preußen gefallen. Der Finanzminister, der wegen einer persönlichen Verdächtigung eines sachkundigen Gemährsmannes der Vertragspartei einen lebhaften Zwischenfall hervorgerufen hatte, verteidigte noch einmal den Lotterievertrag mit Preußen, ohne sich über die Stellung der Regierung zu einer bayerischen Klassenlotterie zu äußern. Es wurde dann noch ein Antrag auf Vorlage einer bayerischen Staatslotterie beschlossen; dagegen waren nur die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen.

### Zum angeblichen Deutschenmord in Marokko.

offizielle Kreise auch am Donnerstag, sie hätten keinerlei Nachricht von diesem Morde, und der Minister des Auswärtigen erklärte, die einzige Nachricht, die Anlaß zu der Meldung von der Ermordung hätte geben können, wäre die folgende: Rabalen von Gomara griffen in der Nähe von Tetuan den Marokkaner Mahomet Seret, der Verbindungen mit fremden Unternehmungen hat, an.

Es gelang Seret, zu entkommen und sich nach Tetuan zu flüchten. Mehrere Eingeborene, die ihn in dem Augenblick, als er angegriffen wurde, begleiteten, wurden getötet. Auch die Frau Mannesmann gibt jetzt zu, daß alle ihre Angestellten munter und mobil sind.

### Eine grausige Sünde im Militärstrafgesetzbuch.

Degradation einer Person des Beurteilungslandes tritt nach Rechts wegen ein, wenn während der Beurteilung auf Verlangen von längerer als einjähriger Dauer oder auf Verurteilung der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter erkannt wird. Die Degradation kann durch ein besonderes Verfahren des Militärgerichts nachträglich ausgesprochen werden, wenn eine Bestrafung wegen Diebstahls, Unterschlagung, Verpressung, Falschheit, Betrugs oder Urkundenfälschung erfolgt ist.

Nun ist kürzlich in Saarbrücken der Fabrikant Schach wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Schach ist „Reserveoffizier der Reserve“ und bleibt auch noch als verurteilter Majestätsbeleidiger, da nach Lage der gesetzlichen Bestimmungen die Degradation nicht ausgesprochen werden kann. Das ist nun eine harte Nuß für die guten Patrioten. Sammel hilf! Das Militärstrafgesetzbuch muß geändert werden!

### Landtagswahl in Schwarzburg-Rudolstadt.

Der am Mittwoch stattgefundenen Landtagswahl im Schwarzburg-Rudolstadt Wahlkreis I wurde der vom Vaterländischen Wahlverein empfohlene Dr. Hume mit 66 gegen 51 Stimmen gewählt. Mit Dr. Hume, der für Rudolstadt zum Reichstagswahl als Sammelkandidat auftrat, aber gegen unseren Verossen A. Hofmann unterlag, steht ein rücksichtsloser Gegner unserer Partei in den Landtag ein, der wesentlich zur Verschärfung der Lage beitragen dürfte.

## Ausland.

### Der eheliche Mitta.

Belgrader Blätter veröffentlichen Unterredungen mit einem früheren montenegrinischen Minister, der aus Cetinje nach Belgrad flüchtete und dessen Name verschwiegen wird, weil sich der Minister selbst auf selbstlichem Boden vor der Verfolgung durch den König von Montenegro nicht sicher fühlte. Der Minister erzählt folgende Vorgänge: Während seiner ganzen Regierungszeit es verstanden habe, Rußland und Oesterreich-Ungarn als Mittel zu benutzen, um von diesen beiden Mächten immer frische Gelder zu bekommen. Von Rußland habe er in der Zeit vom Jahre 1878 bis 1902 nicht weniger als 47 Millionen Rubel in barem Gelde erhalten, die ihm sofortigen auf die Hand gezahlt wurden. Diese riesige Summe habe er aber nicht, wie dies von Rußland verlangt wurde, zu Staatszwecken verwendet, sondern in seine eigene Tasche gesteckt. Als Graf Witte Finanzminister war, da habe er von dem damaligen Fürsten von Montenegro Rechnunglegung über die Gelder verlangt, die dieser von Rußland bisher erhalten hatte. Der schlaue Mitta habe aber durch allerlei Ausflüchte und Ausreden die Rechnunglegung immer wieder hinauszuschieben gemocht, bis der ihm unbecome Finanzminister abdankte. Auch von Oesterreich-Ungarn habe König Nikolaus reichlich Geldunterstützungen erhalten; die Geldsäcke, welche die schwarz-gelbe Grenze nach Montenegro hinüberpaffierten, würden liberhandergelegt, eine respektable Turmhöhe ergeben. Bei seiner letzten Antowfenheit in Wien, wobei er vom Kaiser Franz Josef in Schönbrunn empfangen wurde, habe er ebenfalls wieder ein erkleckliches Summen bekommen. Dabei klage er stets über die schlechten Finanzen seines Landes; er habe aber selbst in verschiedenen europäischen Bankenkonten ganz gewaltige Summen deponiert.

Selbstredend wird diese Behauptung des montenegrinischen Geheimnisworts „maßgebenden Kreisen“ ganz energisch bestritten. Dem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ werden diese Behauptungen als der Wahrheit absolut nicht entsprechend bezeichnet und folgende Aufklärung gegeben: Die russische Militärsubvention wurde Montenegro erst von 1896 an gewährt und seitdem regelmäßig und präzise im Einvernehmen mit dem hiesigen russischen Militärattaché zur modernen Ausbildung des Heeres verwendet. Die früher gegebene kleine russische Subvention wurde für wirtschaftliche, Verkehrs- und kulturelle Zwecke ihrer Bestimmung entsprechend verwendet, immer aber im Einvernehmen mit den hiesigen russischen Vertretern.

### Ein sozialistischer Appell an die Internationale.

Die sozialistische Partei Portugals richtet, wie der „Frankfurter Zeitung“ berichtet wird, an das Internationale sozialistische

## Die Bagabunden.

Roman von Karl von Holtei.

35

Kolo, den er grausam vergewaltigt, gab so deutlich zu verstehen, ihm sei auch Erquickung vorzuziehen, und sprach seine Verdächtigungen so verständlich aus, daß sein Vetter, obwohl hochbetagt über die fünf menschlichen Ausbildung des gefährlichen Schütlings, ihn teilnehmen ließ an ihm selbst. Semmel, in süßen Narkose getaucht, war dem Vogel offenbar bekannte Kost, sie icht ihm gefällig und verriet ihm in die heiterste Laune, die er auch ohne Ausschub durch laute Ergießungen des herzlichsten Gelächers, durch einige gellende Pfiffe und durch unendliche Anrufungen für Fort: Hundmache.

Die Stammgäste, die bisher den auf dem grauen Reifebündel grau in grau verschwimmenden Ausländer gar nicht bemerkt, wendete jetzt ihre Ohren seinen Erklärungen zu, worauf sich unter ihnen ein vertrauliches Gespräch entspann, doch laut genug geführt, damit der Inhalt desselben den Platz am Esen erreichte.

„Auf jeden Fall gehört er dazu.“  
„Freilich. Das graue Vieh, das da schwadroniert wie ein gelauter Mensch, wird ihnen weggelassen sein, und da hat der Bursche zurückbleiben müssen, um es wieder einzufangen.“  
„Natürlich, sie hatten ja einen ganzen Haufen von solchem Ungeziefer bei sich.“

„Gott, Landmann!“ — rief einer zu ihm herüber. „Ihr seid wohl aus der Menagerie, die gestern hier durchzog?“  
„Menagerie? Was ist das?“ fragte Anton.  
„Das soll's sein? Wilde Bestien halt.“  
„Sehe ich denn aus wie eine wilde Bestie?“  
„Das gerade nicht, aber wie einer, der sie herumführt.“  
„Ist ihm doch ein Biß auf der Nase.“  
„Das ist keine wilde Bestie, Ihr guten Leute; das ist ein zahmer, schöner Papagei.“

„Wir sehen schon, daß es kein Trampeltier ist. Deswegen gehört er halt doch zu den ausländischen Viechern. Und weil er ihm so freundlich auf der Haut hängt wie eine abgeriebene Leuz, und weil ihr so gute Kaffeetrüber miteinander seid, ihr beide, nahm ich an, er wäre einer von den Bagabunden, die bei den Vögeln als Zornstücken angeheilt sind. Denn die Worte von Papagei und Tigertier und Schlangen haben ordentliche Bedeutung wie andere hohe Herrschaften. Gekoren sind sie hier vorbei in vielen großen Wagen, als ob die Luder nicht zu Hause gehen könnten wie unsereins, haben hier halt gemacht. Wieß und Menschen getränkt. Die schöne Frau, der aber wie sich der ostindische Rabe aus Afrika schreibt, aus

einem Käfig gelangt und wollte ihn am Kopfe fassen, aber der asiatische Pfefferkresser schnappte nach ihr, daß sie gleich wieder losließ. Da dachten wir halt, er wäre ... nichts für ungut!“

Anton fand diesen Bericht höchst interessant. Die schöne Tochter, von der man ihm erzählte, in Verbindung zu setzen mit dem auf ihm stehenden Kolo, gewährte ihm ein gewisses Wohlbehagen. Sollte diese Schöne, dachte er, die ...

„Vora!“ unterbrach ihn der Vogel.  
„Ich muß ihn seiner Besitzerin selbst einhändigen!“ So lautete der Entschluß des galanten Pfefferkressers. Er hatte denselben eigentlich in Form eines Gedankens nur sich selbst mitteilen wollen; wider Willen und Abicht war eine laute Aeußerung daraus geworden, die keinem der Anwesenden in der Gaststube entging.

Gleich hier, bei seinem ersten Eintritt in die Fremde, sollte sich bestätigen, was ich unserem Selben schon vorher bemerkte, als er noch in Liebenau weilte: seine Persönlichkeit werde ihm der Menschen günstiges Vorurteil gewinnen, wer ihn sah, werde Wohlgefallen für ihn empfinden. Raum war kein Vorbehalt ausgebrochen, als auch schon ein bider Mann, der drüben beim Pfeffer: sah, ihm zurief: „Gott junger Bursche, ich fahre nach R. für einen, der nicht ganz so bid ist, wie ich, gibt es noch Platz auf meinem kleinen Korbwagen, und Euren Frauen wird mein brauner Wallach zur Not noch fortziehen können. Wenn ihr müde und des Laufens satt seid, will ich Euch mitnehmen, daß ihr im Dreck nicht so schwer zu tragen braucht. Es geht aber gleich fort.“ Anton nahm die Einladung dankbar gerührt an. Bald war keine Rechnung berichtigt, welche die Wirtin hätte ihm nicht ihres armliebigen Hansherrn Luchsaue geflucht, dem schmutzigen Gaste gern erlassen haben würde, denn er gefiel ihr sonderbar, so daß sie an sich halten mußte, um es nicht gar zu zeigen. Wie jedoch Anton, seine Begehr willig bezahlend, scherzhaft fragte: „Und was macht es denn für den da?“ indem er auf den geliebten Pfefferkresser hinwies. — Da konnte die leicht entzündbare Wirtin nicht nmsin, ihm wenigstens mit der Hand durch die Loden zu streichen, als Beweis ihrer Lebhafte, kaum zu beruhigenden Reizung.

Nicht ohne die Korbgeflechte des Wagens einer oberflächlichen Kennerprüfung zu unterwerfen, die mit einem kederischen Arbeit“ endete. Festig Anton jenes leichte Gefährt, über das eine große Weinwand, auf schwarzende Reifen gezogen, dem Regen nur mäßig durchsehen ließ. Der Wallach ging in sonderbarer Handhabung. Der bide Mann schielte ein. Kolo zitterte wieder fröhlich, weshalb ihn Anton mitleidvoll und leicht schon mit vorzüglicher Rücksicht für seine schöne Herrin in sein blaues Luchsaue hüllte, eine Wohlthat, welche der Auge Vogel durch unterschiedliche Schnabelstöße vergalt, ohne dabei zu zwideln.

Erst als Anton sein Kleidermagazin hinter sich auf und ab tangen hörte, spürte die milden Schultern, wie schwer es ab ihnen gelaste. Jetzt fühlte sich der Reisende so leicht und froh, daß er keinen anderen Wunsch hegte, als den, es möge immer so fortgehen, wie bisher, dann wollte er's schon aushalten!

Glückliches Kind!  
Vielleicht auch waren jene Stunden, wo er, mit kaltem Nohemberregen tüchtig angefeuchtet, auf hartem Sitz im stoßenden Wagen, vom faulsten Pferde gezogen, die elendeste Straße entlang fuhr, seiner ganzen künftigen Pilgerreise zuzufinden?

Vor dem Tze in R. angelangt, blieb der gerüstete und erprobte Wallach stehen. Der bide Mann, vom Sittstand der Reiseumühle erwachend, gab sich Hieschauer kund, der aus ländlichen Vorjähren Kaiser abgehoben ausgezogen war. Anton beugte sich hiemals, ergriff seine Last — der einbringende Regen hatte sie nicht leichter gemacht, und reitete so zu rechter Zeit seine jarten Finger aus dem warmen Schuttdruck des Hieschers, der sie ihm aus Wohlwollen scharf zermalmt hätte.  
„Wo gelangt ich wohl zur Menagerie?“ fragte er mitten auf dem Marktplatz sehr demütig den großen, schwarzbärtigen Mann in roter Tade und schmutzigen Lederhosen, der vor einem zeltartigen, von Wasser triefendem Vorhange, dicht neben einem kolossalen Oelgemälde stand.

Der Schwarzbart wies stumm, doch bedeutend über die Schulter auf das Tableau.

Anton schauderte zurück. Unter sanften Palmen, an denen Kolossale in Wasse hingen, gleich Stachelbeeren am Strauch verpöste loeben der grimmigste Tiger mit Oerlenruhe einen vielversprechenden jugendlichen Jeger, dessen Oberleib aus dem weit aufgesperrten Rachen noch hervorjab, wie ein schwarzer Pfeil.

„Geht's hier so zu?“ dachte der friebfertige Liebhaber und wollte sehr machen; aber unterdes hatte Schwarzbart den tiefenden Vorhang zurückgeschlagen, ihn, den Jägerden, in den inneren Raum gedrängt. Mit bunten Tüchern und Matten aller Farben und Muster umhangen, zeigte sich hier eine Art Vorhalle, in deren Mitte an kleinen Tischchen, worauf die glänzenden schwarze, durch helle Metallbeschläge verzierte Kaffeetische stand, eine Frau von etwa fünfzig Jahren, reich und beuam hellendet, nicht ohne Würde saß: in ihrem Schoß ein Affe von der kleinsten Gattung der Seidenaffen. In der anderen Ecke des Tischchens, nachlässig gegen einen mit Eisenstäben vergitterten, leeren Kasten gelehnt, stand eine schöne Dame, noch jung, hübsch — doch so tief ins Leben eines Buches verloren, daß sie den Eintretenden nicht bemerkte. Die Ältere, die ihn festehend ansah, sagte nur, wie wenn sie eine tausendmal wiederholte Formel ausspräche: „Erster Platz acht Groschen, zweiter vier, dritter zwei.“ (Fortsetzung folgt.)



Bureau in Brüssel eine Zuschrift, worin die sozialistischen Parteien aller Länder aufgefordert werden, in Versammlungen und in Parlamenten gegen die Haltung der spanischen Regierung Stellung zu nehmen, die die monarchische Verschwörung auf spanischem Gebiet gestattet und die Mandate der portugiesischen Monarchisten in der Absicht zulasse, die Republik zugunsten der Herrschal-monarchistischen Reaktion zu vernichten. Obgleich die jetzige portugiesische Regierung antidemokratisch und augenblicklich arbeiterfeindlich sei, stelle die Arbeiterpartei Portugals vorläufig die Angriffe gegen die Regierung ein. Dann heißt es in der Zuschrift wörtlich weiter: „Obgleich wir Sozialisten sind, eilen wir zur Verteidigung der Republik, sobald sie in Gefahr ist!“

**Das neue türkische Kabinett.** Die wahrscheinliche Zusammenlegung des Kabinetts Zewfil Pascha dürfte ungefähr folgende sein: Kamal Reuheres, Hussein Hilmi Jusuf, Ste Pascha Finanzen, Nisim Arleg, Durschid Marine. Zewfil, Kamal und Hilmi waren bereits Großvezire. Die Stadt ist ruhig. Die Demission des Kabinetts, welches die Geschäfte provisorisch weiterführt, scheint gleichgültig aufgenommen zu werden.

Im Senat kam es anlässlich der Debatte über die Demission des Kabinetts zu einer erregten Szene. Der greise Marschall Suad Pascha verfehlte dem Senator Wetgaria eine schallende Ohrfeige. Nur mit Mühe konnte ein Handgenosse der beiden Senatoren verhindert werden.

**Kampf zwischen türkischen Truppen und montenegrinischen Grenzwohnern.** Aus Cetinje wird amtlich gemeldet: Zwischen türkischen Truppen und montenegrinischen Grenzwohnern kam es in der Nähe des Scharkees zu blutigen Zusammenstößen. Zwei Montenegriner, die auf montenegrinischem Gebiet Feldarbeiten beschäftigt waren, wurden plötzlich von türkischen Soldaten beschossen und schwer verwundet. Als mehrere Montenegriner zur Hilfe herbeieilten, gaben die Türken Salven ab. Neun Montenegriner blieben auf der Stelle tot, fünf erlitten schwere Verletzungen. Als sich darauf die Montenegriner, die völlig unbewaffnet waren, zurückzogen, gingen die türkischen Soldaten über die Grenze und verbrannten die Leichen der Montenegriner auf gräßliche Weise durch Patronenentladung. Dieser Vorfall hat in der montenegrinischen Grenzbevölkerung ungeheure Erregung hervorgerufen.

**Aus dem Sues.** Aus dem Sues und Fay liegen wiederum sehr schlimme Nachrichten vor. Die Sache des Prätexten Sabra gewinnt von Tag zu Tag immer mehr an Ausbreitung. Die Lage in Marakesch hat sich in den letzten Tagen ebenfalls bedeutend verschlechtert. Die Unruhen haben jetzt schon das ganze Gebiet des Saffa-Stammes, das zwischen Marakesch, Massagan, Asenur und dem Inneren liegt, ergriffen. Einer „Temps“-Melbung aus Tetuan zufolge sollen die Bestrebungen der Gebrüder Mannesmann, in dem Rif-Gebiete Land zu erwerben, und zwar in dem größeren Maßstabe, wie bisher von den Gebrüder Mannesmann der Land-erwerb betrieben wurde, auf große Schwierigkeiten stoßen und ernste Unruhen hervorgerufen haben. Namentlich einige der verschiedenen Rüstämme widersetzen sich diesen Bestrebungen auf das hartnäckigste, so daß es bereits mehrmals zu Missetaten und Mörderungen gekommen sei. Eine allgemeine Erhebung der Stämme zwischen dem Rif und Tetuan sei zu befürchten.

**Aus Albanien.** Das nach Albanien gesandte Militär ist mit den Albanern einer Gesinnung. Auch die Truppen stellen der Regierung ihre Forderungen und falls die nicht erfüllt werden sollten, beabsichtigen sie, gemeinschaftlich mit den Meuturern gegen Ueküb vorzurücken. Die Haltung der noch zu erwartenden zwölf Bataillone wird aller Voraussicht nach eine entscheidende Wendung herbeiführen. Wenn diese Bataillone auch auf Seiten der Aufrechter stehen, werden die albanesischen Forderungen noch weiter gehen, andernfalls sind blutige Kämpfe schon in der allernächsten Zeit unvermeidlich.

**Siegreiche Operationen der Aufständischen.** Soeben angebrochene Depeschen melden weitere siegreiche Operationen der Aufständischen unter Saib-Zehir gegen die Türken. An vielen Stellen des Jemen herrscht große Hungersnot und die Regierung sieht sich außerstande, hier energisch helfen zu können.

**Japanisch-russischer Bündnisvertrag.** Rußland und Japan haben einen Vertrag unterzeichnet, welcher fast als ein Bündnis der beiden Länder anzusehen ist und der Japan volle Aktionsfreiheit in der Südmandschurie gewährt, während Rußland sein Vorkrecht in der Mongolei aufrechterhält. England soll nach der Mitteilung des „New York Herald“ seine Zustimmung zu dem Vertrage gegeben haben, wofür ihm alle Rechte in Tibet bewilligt werden.

## Im Zeichen des Imperialismus.

Der vor einigen Wochen wieder erschienene halbamtliche „Nauticus“, dessen Aufgabe es ist, den imperialistischen Wahnsinn in Deutschland immer mehr zu entfachen und das ehemalige Volk der Dichter und Denker in immer tollere Kriegsrüstungen hineinzutreiben, bringt gleichwohl in seinen Tabellen das wertvollste Material zur Bekämpfung des imperialistischen Rüstungsstauwerks. So ist zum Beispiel folgende Tabelle sehr interessant:

	Ausgaben 1912	Ausgaben 1911
England . . . . .	1 467 682 000	1 452 488 000
Rußland . . . . .	1 417 34 000	1 285 328 000
Deutschland . . . . .	1 409 808 000	1 259 029 000
Vereinigte Staaten . . . . .	1 181 651 000	1 084 020 000
Frankreich . . . . .	1 075 022 000	1 052 111 000

Diese Zahlen beweisen, daß von den fünf großen Militär- und Flottenmächten, die zurzeit in Betracht kommen, kein Staat seine Rüstungsausgaben in einem solchen Maße vermehrt hat, wie Deutschland. Nicht einmal Rußland, das nach der gänglichen Vernichtung seiner Kriegsslotte im russisch-japanischen Kriege jetzt verzweifelte Anstrengungen macht, seine Kriegsslotte wiederherzustellen, vermag in der prozentualen Steigerung der Rüstungsausgaben mit Deutschland gleichen Schritt zu halten! Noch viel gewaltiger ist bei allen übrigen Staaten der Abstand in dem Tempo des Wetzrüstens, bei dem Deutschland mit vielen Herbelängen den Sieg davonträgt.

Aber dieses Bild wird für Deutschland noch weit ungünstiger, wenn man die Rüstungsausgaben des Jahres 1912 nicht nur mit denen des Jahres 1911 vergleicht, sondern zum Vergleich bis zu dem Jahre 1900 zurückgeht. Dann zeigt sich (die Zahlen für das im Jahre 1900 entnommen wie dem „Nauticus“ für das Jahr 1909) folgendes interessante Bild:

	1912	1900
England . . . . .	1 467 Millionen	1 144 Millionen
Rußland . . . . .	1 417 „	907 „
Deutschland . . . . .	1 409 „	813 „
Vereinigte Staaten . . . . .	1 181 „	875 „
Frankreich . . . . .	1 075 „	835 „

Diese Vergleichsziffern beweisen erst recht, daß Deutschlands Rüstungssteigerungen diejenigen aller anderen Staaten in geradezu ungeheurer Weise überholt haben. Während zum Beispiel Frankreich seine Rüstungsausgaben in den letzten zwölf Jahren nur um 240 Millionen, und England nur um 323 Millionen vermehrt hat, hat Deutschland die Kosten seiner Kriegsrüstungen in demselben Zeitraum um 596 Millionen gesteigert! Was um so mehr helfen will, als Deutschlands Rüstungsausgaben im Jahre 1900 niedriger waren als die Frankreichs und Englands. Nicht einmal das weltpolitische Abenteuer größten Stils nachfolgende Kaiserreich Rußland hat mit Deutschlands Wetzrüstungen gleiches Tempo einzuhalten vermocht.

Ein ganz erheblicher Teil der deutschen Rüstungsausgaben entfällt auf die Flotte. Der „Nauticus“ für 1912 gibt dafür folgende Vergleichsziffern:

	1908	1912
England . . . . .	728,4 Millionen	899,3 Millionen
Deutschland . . . . .	212,6 „	461,9 „
Vereinigte Staaten . . . . .	484,7 „	529,9 „
Frankreich . . . . .	249,7 „	388,6 „
Rußland . . . . .	246,1 „	349,9 „

Auch diese Zahlen beweisen wieder, daß keine andere Macht ihre Flotte auch nur in annähernd demselben Tempo vergrößert hat, wie Deutschland. Dabei tritt Deutschlands Rüstungsleiter erst recht hervor, wenn wir auch hier wiederum bis zum Jahre 1900 zurückgehen wollen, wo Deutschlands Ausgaben für die Flotte nach dem „Nauticus“ für 1909 nur 157 Millionen betrugen, also nur den dritten Teil dessen, was das deutsche Volk heute für seine „herrliche Kriegsslotte“ ausgegeben hat. Der Erfolg ist denn auch ein derartiger, daß selbst unsere Flottenflotte darauf stolz sein können. Ein Stärkevergleich der acht größten Seemächte nach dem Bestande am 15. Mai 1912 ergibt nach dem „Nauticus“ folgenden Kriegs-

	Linien- schiffe Gesamt- Tonnage		Panzer- kreuzer Gesamt- Tonnage		Fertige Kampfschiffe	
	Berlin	San	Berlin	San		
England . . . . .	82	12	1 294 170	89	5	682 640
Verein. Staaten . . . . .	61	6	820 770	15	1	189 540
Deutschland . . . . .	30	9	655 970	11	4	229 990
Frankreich . . . . .	22	7	475 750	22	—	214 960
Japan . . . . .	16	1	278 080	13	4	251 630
Rußland . . . . .	12	7	317 809	6	—	64 950
Italien . . . . .	14	7	355 830	10	—	81 120
Oesterreich- Ungarn . . . . .	12	4	202 600	3	—	18 870

Danach ist jetzt Deutschland unbestritten nach England die weltweite Seeflagsmacht. Einzige England besitzt ihm gegenüber noch eine erhebliche Ueberlegenheit, die aber schon deshalb sehr in Frage steht, weil ja Englands Flotte auf dem ganzen Erdball verteilt ist, während Deutschland in der Lage ist, seine Kriegsschiffe in der Nord- und Ostsee konzentrieren zu können. Frankreich dagegen ist bereits weit in den Hinterterrand gestellt. Sein Deplazement an Dinkenschiffen und Panzerkreuzern beläuft sich nur auf 690 000 Tonnen, während das Deplazement der deutschen Kriegsschiffe dieser beiden Klassen 885 000 Tonnen beträgt. Dabei war Fürst Bismarck noch Ende der achtziger Jahre der Ansicht, daß es ganz ausgeschlossen und auch völlig unmöglich sei, daß Deutschland jemals in Bezug auf Flottenstärke Frankreich ebenbürtig werden könne!

Will man aber die Ausgaben, die die einzelnen Großmächte für Rüstungszwecke machen, insbesondere für Marinezwecke, objektiv miteinander vergleichen, so muß man vor allen Dingen in Betracht ziehen, welche dieser verschiedenen Staaten als Kolonialmächte in Betracht kommen. Denn das Flottenrücken selbst hat ja vom kapitalistischen Standpunkt aus nur dann einen Sinn, wenn sich die starke Flotte mit dem Hinweis auf den eventuell zu verteidigenden Kolonialbesitz motivieren läßt. Vergleichen wir so die Ausgaben der verschiedenen Mächte mit der Größe der unter Umständen zu verteidigenden Kolonien, so ergibt sich folgendes:

	Ausgaben 1912	Bevölkerung der Kolonien
England . . . . .	1 567,6 Millionen	372,6 Millionen
Rußland . . . . .	1 417,6 „	60,0 „
Deutschland . . . . .	1 409,8 „	12,4 „
Vereinigte Staaten . . . . .	1 181,6 „	9,4 „
Frankreich . . . . .	1 075,0 „	52,8 „

Deutschland besitzt also, von Amerika abgesehen, die unbedeutendsten Kolonien, dabei aber die zweitstärkste Flotte. Amerika kann aber schon deshalb nicht in Betracht gezogen werden, weil seine Flottenrüstungen bedingt werden einmal durch den Besitz der Philippinen, wie überhaupt seine gesamten ostasiatischen Interessen, bei denen ein Konflikt mit Japan in ziemlich sicherer Aussicht zu stehen scheint, zum anderen aber durch den Grundsatz der Monroe-Doktrin, den es nur mit Hilfe einer starken Flotte für Süd- und Mittelamerika durchzusetzen hoffen kann.

Deutschlands ungläubliche Rüstungsausgaben müßten aber immer noch verhältnißlos sein, wenn nun wenigstens ein Ende des Wetzrüstens und ein vernünftiges internationales politisches Verhältnis zu den Nachbarstaaten, insbesondere zu England, zu erwarten wäre. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Gerade Deutschlands beispiellose Flottenrüstungen verschlechtern ja das Verhältnis zwischen den ihrer Klasse nach so nahe verwandten Nationen Deutschland und England immer mehr, weil England nun einmal glaubt, daß Deutschlands abnormes Wetzrücken nur eine Drohung für Englands weltpolitisches Bestehen bedeuten könne. Und trotz aller Friedensbetreibungen deutscher Diplomaten (die ja schon durch die infame Englandhege-

unserer Flottenpatrioten entkräftet werden) kann das Verhältnis zwischen England und Deutschland auch nicht eher ein besseres werden, bis Deutschland in eine Rüstungs-verständnis mit England willigt und seine ulerlosen Flottenbauten einstellt.

In einem Punkte freilich möchten wir noch das Material des „Nauticus“ von 1912 und 1909 ergänzen. Unsere Flottenflotte und Rüstungsplaner begründen ja beinahe ausschließlich die angebliche Notwendigkeit für Deutschland seine Flotte unangeseht zu vergrößern, damit, daß England Deutschlands industrielle und handelspolitische Expansions nur mit steigendem Ingrimm beobachten könne und daß England eines schönen Tages nach Flottenart über Deutschlands Handelsflotte herfallen werde, wenn nicht Deutschland mit einer ebenbürtigen Kriegsslotte Englands Aktion abwehren könne. Wir haben immer wieder den Wahnsinn dieser Vorstellung mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß in Bezug auf die gegenseitigen Handelsbeziehungen England und seine Kolonien durch Deutschlands Entwicklung nicht etwa benachteiligt, sondern viel eher begünstigt worden seien, daß England also geradezu merkwürdigen Selbstmord begehen würde, wenn es Deutschlands weltwirtschaftliche Entwicklung zu beeinträchtigen suche. Zum Beweis für die Richtigkeit unserer Argumentation felen hiermit die zwar nicht im „Nauticus“, aber im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“, also einem amtlichen Werke, enthaltenen Zahlen wiedergegeben. Es betrug:

	Ausfuhr nach Deutschland in Millionen Mark	Einfuhr aus Deutschland
Großbritannien . . . . .	766,6	1162,0
Britisch-Indien . . . . .	505,0	89,8
Australien . . . . .	281,7	69,9
Brit.-Westafrika . . . . .	108,3	15,2
Ägypten . . . . .	93,6	34,2
Brit.-Südafrika . . . . .	69,4	54,0
Ceylon . . . . .	85,4	10,2
Brit.-Amerika . . . . .	13,2	—

Es steht also statistisch fest, daß Deutschland, gerade infolge seiner wirtschaftlichen Entwicklung der Weltens beste Abnehmer Englands und seiner Kolonien ist, daß die Ausfuhr von England und seinen Kolonien nach Deutschland den Export deutscher Waren nach England und seinen Kolonien noch um fast 400 Millionen Mark übertrifft! Das unter solchen Umständen England jemals so hirnverbrannt sein könnte, durch eine Schädigung der deutschen volkswirtschaftlichen Entwicklung sich selbst des allerbesten Abgabebietes zu berauben, kann nur jemand annehmen, der die Engländer für komplette Tritonunge hält!

Umgekehrt aber ist auch Deutschlands Ausfuhr nach England und seinen Kolonien eine derart beträchtliche, daß es geradezu als Ubertroffener erscheint, unserer deutschen Kolonialpolitik zuliebe dem deutschen Volke Milliarden Ausgaben zuzumuten, da doch nach dem amtlichen „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ die gesamte deutsche Ausfuhr nach unseren sämtlichen deutschen Kolonien sich auf höchstens 50 Millionen Mark beziffert. Und den größten Teil dieser Ausfuhr bilden obenbin die Waren für unsere deutschen Kolonialbeamten und die Transporte für die Kolonialbahnen, die für das Geld der deutschen Steuerzahler in unseren Kolonien gebaut werden!

All diese Tatsachen würden unserem Rüstungswahn sinn und unserem imperialistischen Pöbel die tödlichsten Schläge versetzen, wenn nicht auch auf diesem Gebiete die Intereffen des Volkes von denen unserer Kolonial- und Flottenflotte grundverschieden wären! Der Ruin des Volkes bedeutet ja auch hier die Rüstung und Privilegierung einer kleinen herrschenden Minderheit! Der Kampf gegen den imperialistischen Wahnsinn ist deshalb gleichbedeutend mit dem Kampf gegen die kapitalistische Klassenherrschaft!

## Wissenschaft.

„Das Geheimnis der Menschenform“. Ueber seine neuesten Versuche, die Phrenologie zum Range einer exakten Wissenschaft zu erheben, sprach vor Mitgliedern des „Deutsches böhischen Studentenverbandes“ und einer Anzahl geladener Gäste in Berlin der bekannte Kunstmalere K. Bauer-Billingen. An der Hand einiger besonders charakteristischer Schädelformen der Totenmasken Friedrichs des Großen sowie eines Regers, ferner einer plastischen Darstellung des Hauptes Goethes, gab er zunächst einige allgemeine Ausführungen über die Abhängigkeit der menschlichen Anlagen von der Schädelform. Die letztere im engeren Sinne, d. h. die Form der Schädelwölbung, führte er aus, betone den Intellekt, die Gesichtsförm dagegen vorwiegend den Charakter. Im Gesicht komme ebenfalls als Gradmesser für die Geisteskräfte Größe und Farbe des Auges in Betracht; die darstellende Kraft finde ihren Ausdruck in der Nasenform. Der Mund charakterisiere das Gehörleben, vor allem den Grad der Sinnlichkeit, letztere allerdings auch nach der edleren Seite hin; die vollen Lippen des Kindes und die dünnen des Greises seien hier die bezeichnenden Gegenstände. Auf ein starkes ästhetisches Empfinden deute ein oben breiter und nach unten zu spitz verlaufender Schädel. Sel der Schädel oben nach der Mitte zu etwas gekrümmt, so lasse das nicht gerade auf eine hervorragende Harmonie der geistigen Anlagen schließen. Ein nach unten zu stark entwickelter Hinterkopf weise hier auf einen stark ausgeprägten Geschlechtstrieb. Weiter sei noch die Gestalt des Kinnes, die Entfernung der Augen von einander und vom Munde, die Höhe und Breite der Stirn, die Form des Nasenbogens, ja sogar die Größe und Gestalt der Nasenlöcher für die Beurteilung von Belang. — Alle diese Darlegungen wurden auf das sorgfältigste erläutert durch zahlreiche Beispiele und auch oft mit anerkennender Heiterkeit aufgenommene Demonstrationen an verschiedenen Damen und Herren. Zum Schluß nahm der Redner eine Anzahl Messungen mit dem von ihm selbst erfundenen Schädelmessapparat, dem sogenannten „Mastrometer“ vor, der zur sicheren Feststellung aller Eigenschaften des Geistes und Charakters dienen soll. Um jeden Zweifel auszuschließen, wurden die zu Messenden zum Teil von der Versammlung selbst ausgewählt. Die Diagnose auf Grund der Messungen war zum Teil geradezu frappierend durch ihre Genauigkeit. Die Kontrolle konnte nun so leichter ausgeführt werden, als die „Versuchsanalysen“ der Messenden der Zuhörer sehr wohl bekannt waren.

Responstioneller Redaktor: Karl Olschke. — Redaktion und Druckerei: Reichs-Verlagsgesellschaft, Berlin, Wilhelmstraße 11. — Verlag der „Weltanschauung“, G. m. b. H., Berlin, Wilhelmstraße 11. — Druckerei: G. m. b. H., Berlin, Wilhelmstraße 11. — Druckerei: G. m. b. H., Berlin, Wilhelmstraße 11.



**Versammlungen und Vereine.**

**Beleg. Fabrikarbeiterverband.** Montag, den 21sten Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Reichelt, Döpelnerstraße 12.

**Brieg. Maschinen- und Geiger.** Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr: Versammlung in der „Landesbank“. Tagesordnung: Kartellbericht und Gewerkschaftsbericht.

**Brieg. Transportarbeiter.** Sonntag, den 21. Juli, abends 7 Uhr: Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom 8. Verhandlstag. 2. Abrechnung vom 2. Quartal 1912. 3. Stellungnahme zum Gewerkschaftsbericht. 4. Verschiedenes.

**Brieg. Holzarbeiterverband.** Sonnabend, den 20sten Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung in der „Landesbank“. Tagesordnung: 1. Wahl eines Leitungsorgans. 2. Abrechnung des 2. Quartals. 3. Stellungnahme zum Gewerkschaftsbericht. 4. Verhandlungsbericht. Referent: Kollege Steiner-Breslau.

**Goldberg. Gewerkschaftskartell.** Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr: Sitzung im „Neuen Saal“.

**Hahnau. Lederarbeiter.** Sonntag, den 21. Juli, vormittags 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Blümel. Tagesordnung: 1. Ueberblick im Jahre 1911. 2. Bericht von der Vorstandskonferenz in Bregenz.

**Jauer. Holzarbeiterverband.** Sonnabend, den 20sten Juli: Mitgliederversammlung im „Maler“. Wichtige Tagesordnung.

**Jauer. Sozialdemokratischer Wahlverein.** Montag, den 22. Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im „Maler“.

**Jauer. Transportarbeiterverband.** Sonntag, den 21. Juli, abends 8 Uhr: Versammlung im „Grünen Hof“. Tagesordnung: 1. Bericht vom 8. Verhandlstag. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Kartellbericht. 4. Verschiedenes.

**Klein-Krauschen, Kreis Dunsau. Wahlverein.** Sonnabend den 20. Juli, abends 8 Uhr: Versammlung bei Hugo März in Kosowitz.

**Landeshut. Oeffentl. Textilarbeiterversammlung.** Mittwochs, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Garten des Gasthauses zur „Eiche“ (bei ungünstiger Witterung im Saal). Tagesordnung: 1. Vortrag: Von wem haben die Textilarbeiter eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erwarten? Referent: Reichstagsabgeordneter Hermann Krähig-Berlin. 2. Freie Aussprache.

**Legnitz. Transportarbeiter.** Montag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kartellbericht. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Abrechnung v. d. Fakultät 2. Quartal. 4. Die bevorstehenden Stadtwahlverordnungen.

**Ohlau. Bauarbeiterverband.** Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 3 Uhr: Versammlung im bekannten Lokal. Mitgliederbücher sind mitzubringen. Im Anschluss hieran findet die Krankenlassenversammlung statt.

**Ohlau. Schuhmacher.** Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 3 Uhr: Versammlung im bekannten Lokal. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Bericht vom Verhandlstag. Referent: Gauleiter Brunow-Breslau. Frauen, sowie auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

**Parchwitz. Volkverein.** Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung in der „Stadt Legnitz“. Wichtige Tagesordnung, u. a. Presseangelegenheiten, Wahl der Delegierten zur Kreis-Konferenz.

**Reisterwitz. Gewerkschaftskartell.** Sonntag, den 21sten Juli, nachmittags 1 1/2 Uhr: Sitzung beim Gastwirt Verche. Wichtige Tagesordnung. Delegierte und die Kartellmitglieder sind eingeladen.

**Reitzschdorf. Wahlverein.** Sonntag, den 28. Juli: Versammlung bei W. M. Tagesordnung: 1. Vortrag des

Genossen Proll-Landeshut. 3. Bericht über die Abrechnung des 2. Quartals. 8. Verschiedenes.

**Sacrau. Wahlverein.** Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung im „Gelben Löwen“ in Hundsfeld.

**Trebnitz. Wahlverein.** Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 4 Uhr: Versammlung im Konzerthaus (Inhaber Hübner). Referenten sind die Genossen König und Meulrich-Breslau.

**Zabrze. Gewerkschaftskartell.** Sonntag, den 21sten Juli, vormittags 9 1/2 Uhr: Wichtige Sitzung im Gewerkschaftslokal, Gartenstraße 27. Die Ortsvorstände der Gewerkschaften sind hierzu eingeladen.

**Ziegenhals. Wahlverein.** Sonnabend, den 20sten Juli, abends 8 Uhr: Versammlung im Vereinszimmer des „Feldschützen“. Referent: Genosse Scholtz. Mitgliederbücher mitbringen.

**Bekanntmachungen der Rad-, Sport- und Gesangsvereine.**  
(In dieser Rubrik kostet die Zeile 30 Pfa.)

**Jauer. Arbeiter-Radsportverein Jauer.** Sonntag, den 21. Juli, vormittags 10 Uhr: Monats-Versammlung. 578

**Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“ für Breslau und Umgegend.** Hauptlager: Subenstraße 74, Bernau; Leubnerstraße 83, Wrenstraße 29, Perlenerstraße 46, Ottostraße 8, Gröbichenerstraße 48, Wildenbruchstraße 19, Werkestraße 6, Vorwerkstraße 61, Kreuzburgerstraße 15, Kleine Schützenstraße 16, Deutsch-Lissa, Lehrerthorstraße 1a, Ströbel, Gerichtsreitbahn, Kohlenlager in Breslau; Neue Tauengienstraße 11. Eintrittsgeld 50 Pf.

Gestern abend 11 1/2 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine ungeliebte Frau und herzgewinnende Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Anna Schellenberg**  
geb. Schiefer

im Alter von 54 Jahren  
Dies zeigt schmerzhaft an  
Breslau, den 18. Juli 1912

Der tieftrauernde Gatte nebst Sohn.  
Beerdigung: Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Berlinerstraße 58, nach dem St. Nikolai-Friedhof, Cosel. [592]

**Barber Breslau**  
Schönschreiber  
Stenographie  
Handels-  
Wissen-  
schaften

Man verlange  
kostenlos u. postfrei  
Prospekt N° 3

Halbjahr u. Jahreskurse

**Haben Sie schon gehört?**

wir verkaufen wenig getragene oder ver-  
liehene Mass-Garderoben für Herren wie

**Anzüge + Ulster + Paletots**  
für 10.— 12.— 16.— 20.— usw.

Abt. II:  
**Neue schicke Garderoben.**  
Gesellschafts-Anzüge leihweise für 5.— Mk.

**Kaufhaus für Herren-Garderoben**  
G. m. b. H.  
Neue Schweidnitzerstrasse 6, Hansa-Haus.

**Liebich's Etablissement**  
Freitag, den 19. Juli:  
Sechster rauchfreier Abend.  
„Es tut sich was“  
Grosse Ausstattungs-Revue in  
5 Akten von  
**Henry Bond.**  
Musik von Arthur Steinke.  
Anfang 8 Uhr. 52.  
Im Garten: Militär-Konzert.

**Palmengarten**  
Täglich: 513  
**Freikonzert.**  
Welcher Genosse tritt mit 100 Mark  
zur Schaffung einer  
besseren Orchest. Dir. u. 100 an  
zur Errettung dieser Zeitung. 572

**Pfänder-Auktion**  
Anfang August 596  
Weissenburgerplatz 7.

Gute gediegene Möbel  
wichtig für 417

**Brautpaare**  
Kompl. Eriene Einrichtung 200 Mk.  
Kompl. Nassh.-Einrichtung 300 Mk.  
**Gelegenheits-Käufe**  
in gut erhaltenen u.  
wenig gehrauchten **Möbeln**  
Schränk 19 Mk. Plüschsofa 30 Mk.  
Bettstelle, Matratze, Kissen 19 Mk.  
Nussbaum-Schrank 54 Mk.  
Nussbaum-Vertiko 45 Mk.  
Kataloge gratis. Preise spottbillig.

**Max Giesel** Breslau II.  
Brüderstr. 5.  
Grosses Möbel-Lager bestehend aus ca. 70 Einricht.  
Teilzahlungen gestattet.  
Krankheit, Arbeitslosigkeit und  
Streik ontündet von d. Katenzahlung.

**Viktoria-Theater**  
Gastspiel: „Folies Caprice“  
(Berlin) 531  
„Nr. 14“  
1 Hotel  
Ein lediger Rhemann  
Anfang 8 Uhr. Sonst gültig.

**Tüchtige Ofensetzer**  
haben dauernde Beschäftigung  
bei **Schubert, Tischmeister,**  
Cris i. Schiel. 573

**Feinste Speisepotoffeln**  
Kaiserkrone 598  
10 Pfd. nur 45 Pfa.  
Hermann Scholz, Böttnerstr. 9

**Zeltgarten**  
Zell. L. Roman - Zell. 2077.  
Sollständig neues Programm.  
12  
erklaßfuge Spezialitäten.

**Willini le Masqué**  
der Präsidenten  
19 Jahre mit der Maske.

6 Tornos. Akrobaten.  
**Willy Melbryck**  
der englische Eblon  
und das glänzende  
**Programm.**  
Anfang 8 Uhr. [518]  
Guttee 30 Pfa.

**Maurer**  
für grosse Hochbauten sofort gesucht.  
Baubureau der Landesirrenanstalt Brandenburg a. H.

**Konfektion: Tücht. Näherinnen**  
I. I. m. Gröbichenerstr. 82a b. Reichel.  
Sonnabend Lohn, Et. 3-4 271. [593]

**Damen-Konfektions-Näherin**  
sucht **Stache,** Polenerstr. 75. I.

**Für 287 Mk.**  
komplette Einrichtung, bestehend aus Wohn-  
zimmer, Esszimmer und moderner Küche.  
Tisch, Stuhl, Sofa, 410 Pfd. Plüsch-  
Diva 42 Pfd., Schrank 26 Pfd., Bett-  
33 Pfd., Spiegel, Stuhl, 10 Pfd., Kleider-  
3,50 Pfd., etc. Schließ. Etas mit Kasten-  
Bücher, Kleider 12,50 Pfd., etc. etc. etc.  
wirklich reell und billig  
**Siegfried Brieger**  
Ruderschwibestraße 24.  
Gegr. 1859 - Tel. 9177. 590  
Zahlung nach Vereinbarung!

**Ait-Jauer, Gasthaus zum goldenen Hirsch**  
Sonntag, den 21. Juli:  
**Grosse Einweihung verbunden mit Tanzkränzchen**  
Anfang 4 Uhr. [579] Für gute Speisen und Getränke wird bestens gesorgt.  
Im unmittelbaren Besitz eines Altens Jahn.

**Einen grossen Posten**  
**Trikothemden u. Trikothosen**  
für Damen und Herren,  
sowie einen grossen Posten  
**aller Arten Strumpfwaren**  
verkauft besonders billig 487  
**L. Neumann jun. Nachfg.**  
Renschestrasse 63.

**Tabak-Handlung G. Wutke, Breslau**  
Mesenplatz 4  
angef. Hoch. Tabak per Bigarettenfabrik zu bill. Preisen. [64902]

**Wegen Umzug**

Am 15. September verlege ich meinen gesamten Fabrik- u. Geschäftsbetrieb nach meinem eigenen, besonders dazu hergerichteten

**Fabrikgrundstück Karlstraße 32**

(direkt am Königl. Schloß - 1 Minute vom Ring und Blücherplatz)  
in welchem ich über 3000 Quadratmeter Räumlichkeiten in Benutzung nehme.  
In das vorhandene enorme Lager nach Möglichkeit bis dahin zu reduzieren, gewähre ich auf die Preise sämtlicher

Artikel meines Orkan-Hauptkataloges **10-30% Rabatt.**  
Es ist für jedermann die nie wiederkehrende Gelegenheit gegeben, seinen Bedarf in

**Fahrrädern, Fahrrad-Ersatz- und Zubehör-Teilen sowie**  
**Nähmaschinen, Sprechapparaten und Platten etc.**  
zu decken. - Jeder, auch der kleinste Auftrag, wird prompt und gewissenhaft ausgeführt.  
Lieferungsbedingungen: Nachnahme od. Voreinsendung des Betrags. - Um sichere Kunden ev. auf Kredit od. Teilzahlung.

**Orkan-Fahrradwerke**  
**Bernh. Wedler** Breslau, Klosterstraße 15,  
Filiale: Blücherplatz 20.  
Größtes Haus der Branche von Mittel- und Oberschlesien, Posen, Pommern, Ost- und Westpreußen und Sachsen.



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Juli.

### Die „Kreuzzeitung“ und unser Gewerkschaftsfest.

Die Berliner reaktionäre Presse kann sich über das Breslauer Gewerkschaftsfest und seinen imposanten Umfang gar nicht beruhigen. Nachdem „Reichsholt“ und „Deutsche Tageszeitung“ den Ton dazu angegeben, führt die „Kreuzzeitung“ das Geseft gegen die Breslauer Gewerkschaften fort. Um all das schöne Geld, das nicht in Schnaps, sondern in Dekorationen angelegt ist, vergießt sie heiße Tränen und schreit:

„In Wirklichkeit galt dieses Unternehmen der Propaganda für die „freie“ (sozialdemokratische) Gewerkschaftsbewegung. Es haben sich daran auch nur rote Gewerkschaftler mit ihren Luxur, Maßfahr-, Gelang- und Vereinsabhängigkeit beteiligt. Die Ausrichtung des Demonstrationsummarsches mit Musikkapellen, mit prunkvollen festlichen Versammlungen war gänzlich eine treffliche Veranschaulichung des „ungehörigen Arbeiterelends“, das angeblich in Deutschland vorhanden ist und das „arbeitende Volk“ zum „Kraut und Rüben“ der „Kreuzzeitung“ verleiten soll. Die „Kreuzzeitung“ hat sich bemüht, die für diesen Grund notwendigsten, verstandesvolle...“

Zu gütig, diese Arbeiterfreundlichkeit der „Kreuzzeitung“. Aber das Blatt mag sich beruhigen. Der glänzende Festtag, an dem 20.000 Leute teilnahmen, und der 60.000 bis 70.000 andere Menschen erfreute, hat lange noch nicht die Hälfte dessen gekostet, was ein Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ in einem Jahre an Gehalt bezieht. Und daß sich in einer halbmillionenstarken Stadt hunderttausend Arbeiter ein Fest leisten können, das 20 Pfa. Eintrittsgeld kostet, das mit noch die „Kreuzzeitung“ nicht als ein Beweis gegen die letzte Lebenshaltung ansehen. Was fangen die Leute ihrer Klasse mit 20 Pfa. an?

Dann fährt das Blatt in Denunziationen gegen die Sportvereine fort:

„Eine weitere interessante Beleuchtung ließ der „Gewerkschaften“-Zug der noch immer vorabstrichenen Behauptung widerfahren, daß die Arbeitervereine, sowie die anderen geistlichen und sportlichen Vereinstörungen der Arbeiter unpolitisch seien. Durch die Teilnahme an der sozialdemokratischen Demonstration ist diese Behauptung gründlich widerlegt. Denn daß es sich in der Tat um eine sozialdemokratische Veranstaltung handelte, ist aus den Umständen der Breslauer „Volkswacht“ über den Umzug sehr deutlich zu sehen...“

Nein, verehrte „Kreuzzeitung“, die „Volkswacht“ hat bei allen Ankündigungen und Besprechungen nur erklärt, daß es sich um ein gewerkschaftliches Arbeiterfest handelte und hat nur darauf hingewiesen, wie die schwarzblauen Gegner es kurzerhand zu einem „sozialdemokratischen“ Feste umzuwandeln. Aber wegen Teilnahme an einem Gewerkschaftsfest wird kein Turnverein zu einer „sozialdemokratischen“ Organisation. Schließlich zitiert die „Kreuzzeitung“ aus dem Bericht der „Volkswacht“ eine Stelle, in der gesagt wird, der Festzug habe Tausende Gleichgültiger aufgerüttelt, um dann fortzufahren:

„Diese Auslassung ist zugleich ein bemerkenswerter Wink für die Polizeibehörde, die der Sozialdemokratie gegenüber hat, in solcher Weise auf die „Tausende von Gleichgültigen“ aufzutrumpfen zu wollen. Besser können es sich die „Kreuzzeitung“ für ihre Propaganda nicht wünschen. Und charakteristisch ist es, daß das Sozialistenblatt ausdrücklich den Polizeibehörden Dank ausspricht, weil sie (was ihnen von sozialdemokratischer Seite noch nie gelang worden ist) ihren antirevolutionären Dienst auf der Straße mit hellenem Takt... mit großer Pöflichkeit versehen.“ Ja, so ist es, wenn die Polizei für die Sozialdemokratie tätig sein muß.“

Die Behauptung, die Polizei sei noch niemals von sozialdemokratischer Seite gelobt worden, hier geschehe dies zum ersten Mal, ist eine grobe Unwahrheit. Die sozialdemokratische Presse hat wiederholt das Verhalten der Polizei anerkannt, sie tut das grundsätzlich immer, wenn sie sich im Rahmen des Gesetzes bewegt. Gerade dann aber wird die Polizei für die konservative Presse zur Zielscheibe der schärfsten Angriffe. Was uns nur unsere Freude am Fest erhöhen kann. Der Meid der Scharfmacher hat gerade noch zu dem Milde gefehlt.

### Das neue Vereinsgesetz und die Umzüge.

Die „Breslauer Zeitung“ empfindet in ihrem politischen Teile neuerdings wieder öfter einmal das Bedürfnis, mit der Sozialdemokratie Handel zu suchen und benutzte heute morgen dazu auch den Umzug der Gewerkschaften vom Sonntag. Sie ist der Meinung, daß dieser Umzug nur möglich war auf Grund des neuen Vereinsgesetzes und der ihm folgenden gerichtlichen Auslegung seiner einzelnen Bestimmungen. Dieses Vereinsgesetz und die Umzugsfreiheit wären somit eigentlich von der Volkspartei, die für das neue Gesetz stimmte, erkauft worden. Daran knüpft das Blatt folgende höchst unzutreffenden Schlüsse:

„Hätte sich die fortschrittliche Volkspartei 1909 von dem Vorschlag der Sozialdemokratie einschüchtern lassen, dann bestünde noch das alte Vereinsgesetz und solche Umzüge wären in Preußen unmöglich. Dieser Vorzug ist für die Sozialdemokratie äußerst bezeichnend. Er läßt arbeitervereine Reformen von anderen durchsetzen, nicht ohne jene Arbeitervereine darüber in allen Formen zu lästern und zu beschreiben, und um sich dann hinterher alle Vorteile davon zu machen, natürlich ohne denen „Danke“ zu sagen, die für sie das Recht aus dem Keimer geholt haben, sondern mit der Miene, als hätte sie das neue Recht selbst erkauft, und es nicht — wie geschah — mit allen Mitteln bekämpft.“

Diese Behauptungen sind von Anfang bis zu Ende falsch. Solche Umzüge sind natürlich nicht erst unter dem neuen Vereinsgesetz möglich, sondern sie waren es schon unter dem alten. Dafür könnten wir ein halbes Hundert preussische Städte aufzählen, wir begnügen uns aber damit, auf das nahegelegende Görtz zu verweisen, wo seit fünfzehn Jahren alljährlich diese Gewerkschaftsumzüge stattfinden, wozu sich die „Breslauer Zeitung“ durch eine Anfrage überzeugen kann. Es kam also unterm alten wie unterm neuen Gesetz auf die Handhabung des Gesetzes durch die Polizeibehörden an und auf diese ist die Volkspartei so einflußlos, wie wir. Daß die Handhabung auch jetzt nicht im Sinne einer liberalen Auslegung erfolgt, darüber haben nicht wir allein geklagt, das hat die „Bresl. Ztg.“ selbst an der Hand vieler Urteile und Polizeiverfügungen, das haben vor allem die fortschrittlichen Parlamentarier im Reichstag festgestellt und sie haben zugegeben, daß das Gesetz schon oft durch die unteren Polizeibehörden zur Nichte gemacht, also für preussische Polizeibehörden mangelhaft formuliert war.

Nun hat aber die „Volkswacht“ niemals bestritten, daß das neue Gesetz in Einzelfragen Verbesserungen gegen das alte gebracht hat und wir rechnen dazu viel mehr die Versammlungen unter freiem Himmel als die Umzüge. Aber der Streit entstand doch darum, ob man für diese Fortschritte auf der andern Seite erhebliche Rückschritte einzutauschen sollte. Solche Rückschritte waren die Entretung der Minderjährigen, die die Regierung anfangs selbst nicht verlangte und die die Freisinnigen sich von den Konservativen verschreiben ließen und die Entretung der Polen. Die Frage ist die, ob man einer Mehrheit neue Rechte erwerben darf, wenn man dafür eine Minderheit entrechtet. Das scheint die „Bresl. Ztg.“ nicht so zu fühlen, weil es sich hier um Polen handelt, sie würde es sofort fühlen, wenn es sich

um einen anderen ihr nahestehenden Volksteil handelte, legen wir einmal ohne jede Nebenabsicht, wenn die Juden entrechtet worden wären. In diesem Konflikt der Meinungen hat sich die Sozialdemokratie dahin entschieden, daß Minderheitsrechte niemals geopfert werden dürfen und eine Anzahl Fortschrittler haben die Frage ebenso beantwortet und mit uns gegen das Gesetz gestimmt. Die „Bresl. Ztg.“ hat es viel bequemer, an diese eigenen Parteigenossen die Vorwürfe zu richten, als in etwas halber Weise einen „Dank“ zu fordern, von dem wohl nur ein politischer Berengast sprechen kann.

### Magistrat und Fleischpreise.

In Nürnberg haben jüngst, wie der „Schleier“ geschrieben wird, die Fleischermeister den Preis für ein Pfund Schweinefleisch auf 1,10 Mk. und den für Schmalz auf 1 Mk. erhöht. Das hat den Magistrat veranlaßt, sofort den Ausschuß zur Prüfung der Fleischpreise einzuberufen, um zu erörtern, ob diese neuerliche Erhöhung der Fleischpreise durch die Viehpreise gerechtfertigt ist.

Zu dieser Preisprüfung wird der liberalen „Nürnberger Abendzeitung“ aus Nürnberg geschrieben. Die von uns vermutete eingetretene Fleischpreiserhöhung hat in den Kreisen der hiesigen Bevölkerung Erbitterung hervorgerufen. Dieses Gefühl hat in der letzten Magistratsitzung ein Echo hervorgerufen. Von einem Redner wurde bemerkt, daß die Erhöhung durchaus unbegründet sei, da die Viehpreise nicht in die Höhe gegangen seien. Die Erhöhung der Fleischpreise sei nur wegen des Schmalzpreises erfolgt, da man die Fremden nach allen Kosten der Schlachthöfe zahlen müsse. Nicht ein einziger Redner verteidigte die Viehpreise, und es wurde beschlossen, ein Gutachten des Schlachthöfendirektors einzuholen und baldmöglichst über die Sache weiter zu beraten.

Das Vorgehen der Nürnberger Fleischermeister sollte sich der hiesige Magistrat genau merken. In nächsten Jahre haben wir in Breslau die Jahrhundertefeier mit einem bedeutenden Fremdenverkehr. Für den Fall, daß es auch hier die Fleischermeister gelüsten sollte, kann die Preise noch weiter zu erhöhen, müßte der Magistrat rechtzeitig auf dem Boden sein.

### Die Radler-Institute.

In Breslau sind wie viele aus der Erde hervorgegangen, so auch hier nur die „Radler-Institute“, die sich zum Zweck der Weisung anzu, die gewogen, waren, standen, und die jetzt bestehen in Breslau und umgeben um 12 bis 15 Jahre. In Breslau, die Botengänge, Feld- und Pflanzensamen auszuführen. In letzterer Zeit wurden sich einige Radler-Institute gegen Unterbrechung vor den Breslauer Behörden beantwortet.

Am Donnerstag verhandelte die erste Rechtskammer gegen den „Weißen Radler“ Eugen S. am 26. September 1911 im Hof Lutter an eine Frau abliefern, wobei er 17,50 Mk. erhielt. Das Geld sollte er an eine Butterfirma abliefern. Zur Befreiung unterschlug es der Angeklagte und fuhr unachtsam nach Dessau, später nach Stettin, wo er noch einen Monat verhaftet werden konnte. Der Angeklagte gab an, die 17,50 Mk. erhalten zu haben. Doch will er das Geld in einem unheimlich kleinen Rad mit einem Jahr alt sein, das die potentiellen verloren haben. Das Gericht überließ die Angeklagte Unterbringung und Untere einmal mit dem Angeklagten Gefängnis bestraft worden ist. Das Urteil lautet einmal auf vier Monate Gefängnis. Vor kurzem betraute ein Herr einen „Weißen Radler“ damit, eine Veränderungsumform von 50 Mark zu bezahlen. Der Herr unterschlug das Geld und konnte sich heute nicht gefast werden. Der geschädigte Herr machte gegen den Inhaber des Instituts Schadenersatzansprüche.

## Aus aller Welt.

### Die Säuglinge im Gefängnis.

In Ergänzung unseres Artikels „Säuglinge im Gefängnis“ sei hier noch weiter gesagt, wie diese Opfer der Strafrecht in den Gefängnissen behandelt werden. Hören wir eine der vielen Frauen, die mit ihren Kinderchen im Bockumer Zentralgefängnis ihre Strafen wegen Beleidigung von Streikbrechern verbüßen. Die Frau sagte:

„Mit mir saßen noch vier Frauen, die ich beim täglichen halbständigen „Spaziergang“ auf dem Gefängnishof kennen lernte. Die Kinder waren im Alter von 4, 5, 6, 8 und 12 Monaten. Obwohl die Kinder fast durchweg sehr unruhig waren, unregelmäßig tranken, unruhig schliefen und teilweise viel schrien, durften wir uns dennoch nicht mit ihnen ausreichend beschäftigen, indem man Pensum von uns verlangte. Wir wurden mit Strümpfstricken, Nähen und Gliden von Gefängnisweibern beschäftigt, und wenn die Wärterin abends die Arbeit kontrollierte und der Strumpf noch nicht fertig war, dann gab es bittere Vorwürfe. Ich antwortete der Wärterin, daß ich mich sobald mit dem Kinde hätte beschäftigen müssen, damit es ruhig sei; doch sie sagte, sie müsse die Arbeit verlangen. — Morgens mußten wir mit einer kleinen Bürste (Wischbürste), die etwa 7 Quadratmeter große Bodenfläche mit Wöhrwachs bürsten, bis der Fußboden blank war. Dazu ist es unumgänglich notwendig, daß man auf dem harten Boden kniet. War der Boden trotz angestrengten Bürens, wobei mir's das erste Mal fast schwindlig im Kopfe wurde, nach Ansicht der Wärterin nicht blank genug, dann gab es wieder Vorwürfe. Wir mußten eben alle Arbeiten machen, wie sie von solchen Gefangenen verlangt wurden, die ein wirkliches Verbrechen begangen hatten. Ich hatte nur Pfui! gesagt, als in einer Entfernung von 30 Metern Streikbrecher vorbeikamen, wozu keiner es gehört hat. Nur der Wondarm, der ungefähr 6 Meter weit abwärts kam, hat das Wort Pfui! gehört und mich angezeigt,

wofür ich 14 Tage Gefängnis bekam. (Das schriftliche Urteil bestätigt diese Angaben.) Wir bekamen auch die Kost, wie sie alle Gefangenen bekamen, abwechselnd Erbsenbrei, weiße Bohnen mit Kartoffeln, Linien, Kartoffelsuppe, Graupenbrei mit Kartoffeln oder Kartoffeln mit Schellfisch zu den Mittagmahlzeiten und sehr an Buchstabenkaffee erinnernde Mehlsuppe am Abend. Morgens gabs schwarzen Kaffee. Im übrigen täglich dreimal ein Stück großes Schwarzbrot, wozu der Wasserkrug die Flüssigkeit und das Salzpföchen die appetitregende Würze spenden sollten. — Da ich mein fünf Monate altes Kind nähren mußte, so war die Gefängnisverwaltung so freundlich und gewährte mir Milch und zwar in so üppigem Maße, daß man verwundert war, wie die Gefängnisverwaltung sich so in Unkosten stürzen konnte. Donnerstags und Sonntags bekam ich je eine Tasse, und während der 14 Tage im ganzen — 3 Tage Milch. Was's bedeutet, wenn man die grobe, mit Rindertalg gekochte Gefängniskekse, in welche etwas gemahlenes Fleisch hineingelocht sein sollte, sowie das Schwarzbrot nicht vertragen kann, merkte ich sehr bald an meinem und des Kindes Befinden. Die letzten fünf Tage hat das Kind ständig gemeint, und es war wie ich selbst sehr unruhig. Für das Kind wurde täglich dreimal ein Untertüschchen mit Milch und Zwieback hereingelangt.“

Die so an Körper und Seele gequälte Frau hatte aber teilnahmvolle Tröster in ihrer Einsamkeit. Der katholische Geistliche erschien in ihrer Zelle und hatte geglaubt, dem Staatsanwalt noch etwas helfen zu müssen. „Wie kommen Sie dazu, Pfui! zu rufen. Sie hätten sich ordentlich betragen sollen, dann wären Sie nicht ins Gefängnis gekommen. Sie haben sich garnicht zu beklagen“ usw., setzte der Herr Pfarrer die Frau in ihrer engen, dumpfen Zelle zurecht. Eine wirklich tröstliche Rede von einem Pfarrer.

Wenn die schmachvollen Beleidigungen der besseren geistlichen Katholiken im Streite zwischen den Köln-Berliner Richtungen auch mit dem Maße der Strafrecht gemessen würden, ob dann der Herr Pfarrer auch zu seinen Herren Kollegen in

die Gefängniszelle ginge und ihnen solche Moralpredigten nach dem Konjunkt der Staatsanwaltschaften hielt?

**Abgeführt.** Der Jeanin-Vilot Stiefvater brach am Donnerstag auf dem Hauptplatz Johannesthal bei Berlin abends um 9 Uhr mit einem Herrn Lüt auf seinem Lande an. Der Apparat wollte gerade bei der zweiten Kurve wenden, als er aus einer Höhe von reichlich 30 Metern abrutschte und auf den Boden fiel, wobei sich die Maschine einmal überschlug. Der Einderer wurde hierbei vollständig zertrümmert. Der Vilot Stiefvater erlitt eine recht erhebliche Verletzung am rechten Arm. Die Anleihe scheint zertrümmert zu sein. Sein Passagier Lüt zog sich eine schwere Gehirnerschütterung zu und trug auch noch andere weniger schwere äußere Verletzungen davon. Beide Stiefvater mußten sofort nach dem Vrieger Kreiskrankenhause gebracht werden.

**Tod eines siebenjährigen Lebensretters.** Auf der Stauffee von Bul nach Santer wurde von dem Automobil des Rittergutsbesizers Hilbebrand aus Ellwangen ein siebenjähriger Schulfahrer, der Sohn eines Anstalters überfahren und auf der Stelle getötet. Der Junge hatte kein vierjähriges Schwefelrad, das in die Fahrtrichtung des Automobils hineinliefen wollte, vor dem Heberfahren in die Augen wolle, ließ aber dabei selbst seitwärts in das Auto hinein und fand seinen Tod.

**Explosion.** Auf der Braunkohlengrube bei Nieder-Beuna bei Halle ereignete sich eine Explosion, bei der 10 Arbeiter zum Teil schwer verletzt wurden. Anscheinend infolge von Selbstentzündung explodierte im Kesselraume Kohlenstaub. Sofort schlug eine große Stichflamme auf. Das Kesselhaus wurde zertrümmert und die Stichflamme verbrannte mehrere dort beschäftigte Arbeiter sehr schwer. Ein Arbeiter starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus, drei weitere liegen hoffnungslos darnieder. Auch der angerichtete Materialschaden ist recht beträchtlich.

**An Vergiftungserscheinungen erkrankt.** Nach dem Tode von Panmelle ist die Familie des Oberförsters a. D. Watz in Charlottenburg schwer erkrankt. Der Zustand der erkrankten drei Personen, der zunächst sehr besorgniserregend war, ist zurzeit jedoch befriedigend. Lebensgefahr besteht nicht mehr. Eine Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.



**Versammlungen und Vereine.**

**Beleg. Fabrikarbeiterverband.** Montag, den 22sten Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Reichelt, Doppelnerstraße 12.

**Beleg. Maschinen- und Seiler.** Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr: Versammlung in der „Landknecht“. Tagesordnung: Kartebericht und Gewerkschaftsfest.

**Beleg. Transportarbeiter.** Sonntag, den 21. Juli, abends 7 Uhr: Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom 8. Verbandstag. 2. Abrechnung vom 2. Quartal 1912. 3. Stellungnahme zum Gewerkschaftsfest. 4. Verschiedenes.

**Beleg. Holzarbeiterverband.** Sonnabend, den 20sten Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung in der „Landknecht“. Tagesordnung: 1. Wahl eines Zeitungsträgers. 2. Abrechnung des 2. Quartals. 3. Stellungnahme zum Gewerkschaftsfest. 4. Verbandtagsbericht. Referent: Kollege Steiner-Breslau.

**Goldberg. Gewerkschaftskartell.** Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr: Sitzung im „Neuen Hause“.

**Hahnau. Lederarbeiter.** Sonntag, den 21. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr: Versammlung bei Blümel. Tagesordnung: 1. Unter Verband im Jahre 1911. 2. Bericht von der Vorstandskonferenz in Liegnitz.

**Jauer. Holzarbeiterverband.** Sonnabend, den 20sten Juli: Mitgliederversammlung im „Aoler“. Wichtige Tagesordnung.

**Jauer. Sozialdemokratischer Wahlverein.** Montag, den 22. Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im „Aoler“.

**Jauer. Transportarbeiterverband.** Sonntag, den 21. Juli, abends 8 Uhr: Versammlung im „Grünen Aoler“. Tagesordnung: 1. Bericht vom 8. Verbandstag. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Kartellbericht. 4. Verschiedenes.

**Klein-Kreuzschen, Kreis Dungsau. Wahlverein.** Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr: Versammlung bei Hugo März in Looswitz.

**Landeshut. Oeffentl. Textilarbeiterversammlung.** Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Garten des Gasthauses zur „Sonne“ (bei ungünstiger Witterung im Saale). Tagesordnung: 1. Vortrag: Von wem haben die Textilarbeiter eine Besserung ihrer Lebenslage zu erwarten? Referent: Reichstagsabgeordneter Hermann Krähig-Berlin. 2. Freie Aussprache.

**Liegnitz. Transportarbeiter.** Montag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kartellbericht. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Abrechnung v. d. Fakultät 2. Quartal. 4. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.

**Oslau. Bauarbeiterverband.** Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 3 Uhr: Versammlung im bekannten Lokal. Mitglieder sind mitzubringen. Im Anschluß hieran findet die Krankenkassenversammlung statt.

**Oslau. Schuhmacher.** Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 3 Uhr: Versammlung im bekannten Lokal. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Bericht vom Verbandstag. Referent: Gauleiter Brunow-Breslau. Frauen, sowie auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

**Pardubitz. Volkverein.** Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung in der „Stadt Liegnitz“. Wichtige Tagesordnung, u. a. Presseangelegenheiten, Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung.

**Reiherwitz. Gewerkschaftskartell.** Sonntag, den 21sten Juli, nachmittags 1 1/2 Uhr: Sitzung beim Gastwirt Gerche. Wichtige Tagesordnung. Delegierte und die Vorstände der Gewerkschaften sind eingeladen.

**Schönbühler. Wahlverein.** Sonntag, den 22. Juli: Versammlung bei W. Alt. Tagesordnung: 1. Vortrag des

Genossen Prall-Landeshut. 2. Bericht über die Abrechnung des 2. Quartals. 3. Verschiedenes.

**Sacrau. Wahlverein.** Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung im „Weissen Löwen“ in Dundseld.

**Trebnitz. Wahlverein.** Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 4 Uhr: Versammlung im Konzerthaus (Inhaber Höfner). Referenten sind die Genossen Körnig und Neulirch-Breslau.

**Zabrze. Gewerkschaftskartell.** Sonntag, den 21sten Juli, vormittags 9 1/2 Uhr: Wichtige Sitzung im Gewerkschaftskartell, Gartenstraße 27. Die Ortsvorstände der Gewerkschaften sind hierzu eingeladen.

**Ziegenhals. Wahlverein.** Sonnabend, den 20sten Juli, abends 8 Uhr: Versammlung im Vereinszimmer des „Feldschützen“. Referent: Genosse Scholich. Mitglieder sind mitzubringen.

**Bekanntmachungen der Rad-, Sport- und Gesangvereine.**  
(In dieser Rubrik kostet die Zeile 30 Pfg.)

**Jauer. Arbeiter-Nachfahrerverein Jauer.** Sonntag, den 21. Juli, vormittags 10 Uhr: Monatsversammlung. 578

**Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“ für Breslau und Umgegend.** Hauptlager Dudenstraße 74, Fern-lager: Leutenstraße 83, Wärenstraße 23, Berlinerstraße 48, Ottostraße 8, Gräblichenerstraße 48, Wildenbruchstraße 19, Werfelstraße 5, Vorwerkstraße 61, Kreuzburgerstraße 15, Kleine Schellingerstraße 16, Deutsch-Vijja, Thierschurstraße 1a, Ströbel, Gerichtskreuzung, Kohlenlager in Breslau, Neue Tauengienstraße 11. Eintrittsgeld 50 Pf.

Gestern Abend 11 1/2 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau und herzenseute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Anna Schellenberg**  
geb. Schiefer

im Alter von 54 Jahren.  
Dies zeigt schmerzhaft an  
Breslau, den 18. Juli 1912

Der tieftrauernde Gatte nebst Sohn.  
Beerdigung: Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Berlinerstraße 58, nach dem St. Nikolai-Friedhof, Cosel. 592

**Barber Breslau**  
Privat-Handelsschule  
Schönreihes  
Stenographie  
Handels-  
Wissen-  
schaften  
Gartenstr. 57  
Man verlange  
kostenlos u. postfrei  
Prospekt N° 3  
Tel. 2447  
Halbjahr u. Jahreskurse

**Haben Sie schon gehört?**

wir verkaufen wenig getragene oder ver-  
lichene Mass-Garderoben für Herren wie

**Anzüge \* Ulster \* Paletots**  
für 10.— 12.— 16.— 20.— usw.

Abt. II:  
**Neue schicke Garderoben.**  
Gesellschafts-Anzüge leihweise für 5.— Mk.

676

**Kaufhaus für Herren-Garderoben**  
G. m. b. H.  
Neue Schweidnitzerstrasse 6, Hansa-Haus.

**Liebich's Etablissement**  
Freitag, den 19. Juli:  
Sechster rauchtoller Abend.  
„Es tut sich was.“  
Grossa Ausstattungs-Revue in  
3 Akten von  
**Henry Bender.**  
Musik von Arthur Steinke.  
Anfang 8 Uhr. 525  
Im Garten: Militär-Konzert.

**Palmengarten**  
Täglich: 515  
**Freikonzert.**  
Belger Genosse  
leht mit 100 Mark  
zur Schaffung einer  
besseren Gärten, Obst- u. W. 100 an  
die Expedition dieser Zeitung. 572

**Viktoria-Theater**  
Gastspiel: „Folies Caprice“  
(Berlin) 531  
„Nr. 14“  
1 Solotell  
Ein lediger Ehemann  
Anfang 8 Uhr. Ganz gültig.

**Pfänder-Auktion**  
Anfang August 598  
Weissenburgerplatz 7.  
**Tüchtige Ofensetzer**  
finden dauernde Beschäftigung  
bei **Schubert, Töpfermeister,**  
Cris i. Cölz. 573

**Gute gediegene Möbel**  
wichtig für 417  
**Brautpaare**  
Kompl. Erlene Einrichtung 300 Mk.  
Kompl. Nussb.-Einrichtung 800 Mk.  
**Gelegenheits-Käufe**  
in gut erhaltenen u.  
wenig gebrauchten  
**Möbeln**  
Schrank 19 Mk. Plüschsofa 30 Mk.  
Bettstelle, Matratze, Kissen 19 Mk.  
Nussbaum-Säulenschrank 54 Mk.  
Nussbaum-Vertiko 45 Mk.  
Kataloge gratis. Preise spottbillig.  
Breslau II,  
Brüderstr. 5.  
**Max Giesel**  
Grosses Möbel-Lager bestehend aus ca. 70 Einricht.  
Teillieferungen gestattet.  
Krankheit, Arbeitslosigkeit und  
Streik entbindet von d. Ratenzahlung.

**Zeltgarten**  
Dir.: L. Romant. — Tel. 2077.  
Vollständig neues Programm.  
12  
erklärliche Spezialitäten.

**Maurer**  
für grosse Hochbauten sofort gesucht.  
Baubureau der Landesstrassenanstalt Brandenburg a. N.  
Konfektion! Tücht. Näherinnen  
f. h. m. Gräblichenerstr. 82 a. k. Reibel.  
Sonnabend Rechn. El. 3-4 Wk. 503

**Feinste Speisekartoffeln**  
Kaiserkrone 599  
10 Hfd. nur 45 Pfa.  
Hermann Scholz, Böttnerstr. 9.

**Wiliam le Marqué**  
der Pränskönig  
10 Jahre mit der Waise.  
6 Tornados, Akrobaten.  
**Willy Melbryck**  
der englische Espion  
und das glänzende  
**Programm.**  
Anfang 8 Uhr. 519  
Entrée 30 Pfa.

**Für 287 Mk.**  
komplette Einrichtung, bestehend aus Wohn-  
zimmer, Schlafzimmer und moderner Küche.  
diese Einr. nach. Jour. 410 Wk. Plüsch-  
Divan 42 Wk. Schrank 28 Wk. Bettsofa  
33 Wk. Spiegel, geschl. 10 Wk. Rebstuhl  
3.50 Wk. Tisch, Schisch. Sessel mit Umkle-  
Drehstuhl, Bajonett 12.50 Wk. u. u. u. u.  
wirklich reell und billig  
**Siegfried Brieger**  
Rudersmiedstraße 24.  
Gegr. 1858. — Tel. 9177. 550  
Zahlung nach Vereinbarung!

**Alt-Jauer, Gasthaus zum goldenen Hirsch**  
Sonntag, den 21. Juli:  
**Grosse Einweihung verbunden mit Tanzkränzchen**  
Anfang 4 Uhr. 578 für gute Speisen und Getränke wird bestens gesorgt.  
Um freundlichen Besuch bitten  
Alfons Jahn.

**Einen grossen Posten**  
**Trikothemden u. Trikothosen**  
für Damen und Herren,  
sowie einen grossen Posten  
**aller Arten Strumpfwaren**  
verkauft besonders billig 487  
**L. Neumann jun. Nachfg.**  
Reuschestrasse 63.

**Rehtabak-Handlung G. Wulke, Breslau**  
ausführt feinst. Tabake zur Zigarettenfabrikation zu billigen Preisen. 5490.2  
D. 4.

**Wegen Umzug**

Am 15. September verlege ich meinen gesamten Fabrik- u. Geschäftsbetrieb nach meinem eigenen, besonders dazu hergerichteten

**Fabrikgrundstück Karlstraße 32**

(direkt am Königl. Schloß — 1 Minute vom Ring und Blücherplatz)  
in welchem ich über 3000 Quadratmeter Räumlichkeiten in Benutzung nehme.  
U. n. das vorhandene enorme Lager nach Möglichkeit bis dahin zu reduzieren, gewähre ich auf die Preise sämtlicher

Artikel meines Orkan-Hauptkataloges **10-30% Rabatt.**  
Es ist für jedermann die nie wiederkehrende Gelegenheit gegeben, seinen Bedarf in

**Fahrrädern, Fahrrad-Ersatz- und Zubehör-Teilen sowie**  
**Nähmaschinen, Sprechapparaten und Platten etc.**  
zu decken. — Jeder, auch der kleinste Auftrag, wird prompt und gewissenhaft ausgeführt.

Lieferungsbedingungen: Nachnahme od. Voreinsendung des Betrages. — An sichere Kunden ev. auf Kredit od. Teilzahlung.

**Orkan-Fahrradwerke**  
Bernh. Wedler Breslau, Klosterstraße 15,  
Filiale: Blücherplatz 20.  
Gründes Haus der Branche von Mittel- und Oberschlesien, Posen, Pommeren, Ost- und Westpreußen und Sachsen.



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Juli.

### Die „Kreuzzeitung“ und unser Gewerkschaftsfest.

Die Berliner reaktionäre Presse kann sich über das Breslauer Gewerkschaftsfest und seinen imposanten Umfang gar nicht beruhigen. Nachdem „Reichsbote“ und „Deutsche Tageszeitung“ den Ton dazu angegeben, führt die „Kreuzzeitung“ den Gesecht gegen die Breslauer Gewerkschaften fort. Um all das schöne Geld, das nicht in Schnaps, sondern in Dekorationen angelegt ist, vergießt sie heiße Tränen und schreit:

„In Wirklichkeit galt dieses Unternehmen der Propaganda für die „freie“ (sozialdemokratische) Gewerkschaftsbewegung. Es haben sich daran auch nur rote Gewerkschaftler mit ihren Turn-, Radfahr-, Gesangs- usw. Vereinsanhängeln beteiligt. Die Ausstattung des Demonstrationstages mit Musikkapellen, mit prunkvollen Festwagen, Berufssemblemen usw. war glänzend. Eine treffliche Beleuchtung des ungeheuren Arbeitererlebens, das angeblich in Deutschland vorhanden ist und das „arbeitende Volk“ zum Glauben veranlaßt, wie viele hungernde Arbeiter in Deutschland gelähmt werden können, wenn man für sie die großen Summen, die für diesen Zweck verwendet werden, verwendet hätte.“

Zu gütig, diese Arbeiterfreundlichkeit der „Kreuzzeitung“. Aber das Blatt mag sich beruhigen. Der glänzende Festzug, an dem 20.000 Leute teilnahmen, und der 60.000 bis 70.000 andere Menschen erfreute, hat lange noch nicht die Hälfte dessen gefolgt, was ein Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ in einem Jahre an Gehalt bezieht. Und daß sich in einer Halbmillionenstadt einige Zehntausend Arbeiter ein Fest leisten können, das 20 Pfg. Eintrittsgeld kostet, das wird doch die „Kreuzzeitung“ nicht als ein Beweis gegen schlechte Lebenshaltung ansehen. Was fangen die Leute ihrer Klasse mit 20 Pfg. an?

Dann fährt das Blatt in Denunziationen gegen die Sportvereine fort:

Eine weitere interessante Beleuchtung lief der „Genossen“-Zug der noch immer vorgetragenen Behauptung widerfahren, daß die Arbeiterturnvereine, sowie die anderen geistlichen und sportlichen Vereinigungen der Arbeiter unpolitisch seien. Durch die Teilnahme an der sozialdemokratischen Demonstration ist diese Behauptung gründlich widerlegt. Denn daß es sich in der Tat um eine sozialdemokratische Veranstaltung handelte, ist aus den Aufstellungen der Breslauer „Volkswacht“ über den Umzug sehr deutlich zu sehen. . . .

Nein, verehrte „Kreuzzeitung“, die „Volkswacht“ hat bei allen Ankündigungen und Besprechungen nur erklärt, daß es sich um ein gewerkschaftliches Arbeiterfest handelte und hat nur darauf hingewiesen, wie die schwarzblauen Gegner es kurzerhand zu einem „sozialdemokratischen“ Feste umtaufen. Aber wegen Teilnahme an einem Gewerkschaftsfeste wird kein Turnverein zu einer „sozialdemokratischen“ Organisation. Schließlich zitiert die „Kreuzzeitung“ aus dem Bericht der „Volkswacht“ eine Stelle, in der gesagt wird, der Festzug habe Tausende Gleichgültiger aufgerüttelt, um dann fortzufahren:

„Diese Auslassung ist zugleich ein bemerkenswerter Wink für die Polizeibehörde, die der Sozialdemokratie gehorcht hat, in solcher Weise auf die Tausende von Gleichgültigen aufzutreten zu wollen. Besser können es sich die „Genossen“ für ihre Propaganda nicht wünschen. Und charakteristisch ist es, daß das Sozialistenblatt ausdrücklich den Polizeiorganen Dank ausspricht, weil sie (was ihnen von sozialdemokratischer Seite noch nie gelang worden ist) ihren anstrengenden Dienst auf der Straße mit seltenem Eifer . . . mit großer Höflichkeit versehen.“ Ja, so ist es, wenn die Polizei für die Sozialdemokratie tätig sein muß.“

Die Behauptung, die Polizei sei noch niemals von sozialdemokratischer Seite gelobt worden, hier geschehe dies zum ersten Mal, ist eine grobe Unwahrheit. Die sozialdemokratische Presse hat wiederholt das Verhalten der Polizei anerkannt, sie tut das grundsätzlich immer, wenn sie sich im Rahmen des Gesetzes bewegt. Gerade dann aber wird die Polizei für die konservative Presse zur Zielscheibe der schärfsten Angriffe. Was uns nur unsere Freude am Fest erhöhen kann. Der Neid der Scharfmacher hat gerade noch zu dem Wille geführt.

### Das neue Vereinsgesetz und die Umzüge.

Die „Breslauer Zeitung“ empfindet in ihrem politischen Teile neuerdings wieder öfter einmal das Bedürfnis, mit der Sozialdemokratie Händel zu suchen und benutzt heute morgen dazu auch den Umzug der Gewerkschaften vom Sonntag. Sie ist der Meinung, daß dieser Umzug nur möglich war auf Grund des neuen Vereinsgesetzes und der ihm folgenden gerichtlichen Auslegung seiner einzelnen Bestimmungen. Dieses Vereinsgesetz und die Umzugsfreiheit wären somit eigentlich von der Volkspartei, die für das neue Gesetz stimmte, erlangt worden. Daran knüpft das Blatt folgende höchst unzutreffenden Schlüsse:

„Hätte sich die fortschrittliche Volkspartei 1909 von dem Gesetze der Sozialdemokratie einschüchtern lassen, dann bestünde noch das alte Vereinsgesetz und solche Umzüge wären in Preußen unmöglich. Dieser Vorgang ist für die Sozialdemokratie äußerst bezeichnend. Er läßt arbeitervereindliche Meinungen von anderen durchsetzen, nicht ohne jene Arbeiterkreise dafür in allen Tonarten zu lästern und zu beschimpfen, und um sich dann hinterher alle Vorteile brav zuzueignen zu machen, natürlich ohne denen „danke“ zu sagen, die für sie die Klaviere aus dem Feuer geholt haben, sondern mit der Miene, als hätte sie das neue Recht selbst erobert, und es nicht — wie geschehen — mit allen Mitteln bekämpft.“

Diese Behauptungen sind von Anfang bis zu Ende falsch. Solche Umzüge sind natürlich nicht erst unter dem neuen Vereinsgesetz möglich, sondern sie waren es schon unter dem alten. Dafür könnten wir ein halbes Hundert preussische Städte anführen, wir begnügen uns aber damit, auf das naheliegende Görlitz zu verweisen, wo seit fünfzehn Jahren alljährlich diese Gewerkschaftsumzüge stattfinden, wovon sich die „Breslauer Zeitung“ durch eine Anfrage überzeugen kann. Es kam also unterm alten wie unterm neuen Gesetz auf die Handhabung des Gesetzes durch die Polizeibehörden an und auf diese ist die Volkspartei so einflußlos, wie wir. Daß die Handhabung auch jetzt nicht im Sinne einer liberalen Auslegung erfolgt, darüber haben nicht wir allein geklagt, das hat die „Bresl. Ztg.“ selbst an der Hand vieler Urteile und Polizeimaßnahmen, das haben vor allem die fortschrittlichen Parlamentarier im Reichstag festgestellt und sie haben zugesehen, daß das Gesetz schon oft durch die unteren Polizeiorgane zur Farce gemacht, also für preussische Polizeizustände mangelhaft formuliert war.

Nun hat aber die „Volkswacht“ niemals bestritten, daß das neue Gesetz in Einzelfragen Verbesserungen gegen das alte gebracht hat und wir rechnen dazu viel mehr die Versammlungen unter freiem Himmel als die Umzüge. Aber der Streit entstand doch darum, ob man für diese Fortschritte auf der anderen Seite erhebliche Rückschritte einzutauschen sollte. Solche Rückschritte waren die Entrechtung der Minderjährigen, die die Regierung anfangs selbst nicht verlangte und die die Freimüthigen sich von den Konservativen vorschreiben ließen und die Entrechtung der Polen. Die Frage ist die, ob man einer Mehrheit neue Rechte erwerben darf, wenn man dafür eine Minderheit entrechtet. Das scheint die „Bresl. Ztg.“ nicht so zu fühlen, weil es sich hier um Polen handelt, sie würde es sofort fühlen, wenn es sich

um einen anderen ihr nahestehenden Volksteil handelte, sagen wir einmal ohne jede Nebenabsicht, wenn die Juden entrechtet worden wären. In diesem Konflikt der Meinungen hat sich die Sozialdemokratie dahin entschieden, daß Minderheitsrechte niemals geopfert werden dürfen und eine Anzahl Fortschrittler haben die Frage ebenso beantwortet und mit uns gegen das Gesetz gestimmt. Die „Bresl. Ztg.“ hat es viel bequemer, an diese eigenen Parteigenossen ihre Vorwürfe zu richten, als in etwas natuer Weise einen „Danke“ zu fordern, von dem wohl nur ein politischer Zerien-gast sprechen kann.

### Magistrat und Fleischpreise.

In Nürnberg haben jüngst, wie der „Schleif. Ztg.“ geschrieben wird, die Fleischermeister den Preis für ein Pfund Ochsenfleisch auf 1,10 Mk. und den für Schweinefleisch auf 1 Mk. erhöht. Das hat den Magistrat veranlaßt, sofort den Ausschuß zur Prüfung der Fleischpreise einzuberufen, um zu erörtern, ob diese neuerliche Erhöhung der Fleischpreise durch die Viehpreise gerechtfertigt ist.

Zu dieser Preisserhöhung wird der liberalen „Nugsburger Abendzeitung“ aus Nürnberg geschrieben: Die ganz unvernünftige eingetretene Fleischpreiserhöhung hat in den Kreisen der hiesigen Bevölkerung Erbitterung hervorgerufen. Dieses Gefühl hat in der letzten Magistratsitzung ein Echo hervorgerufen. Von einem Redner wurde bemerkt, daß die Erhöhung durchaus unbegründet sei, da die Viehpreise nicht in die Höhe gegangen seien. Die Erhöhung der Fleischpreise sei nur wegen des Sängersfestes erfolgt, da man die Fremden nach allen Regeln der Kunst schröpfen wolle. Nicht ein einziger Redner verteidigte die Messer, und es wurde beschlossen, ein Gutachten des Schlachthofdirektors einzuholen und baldmöglichst über die Sache weiter zu beraten.

Das Vorgehen der Nürnberger Fleischermeister sollte sich der hiesige Magistrat genau merken. Im nächsten Jahre haben wir in Breslau die Jahrtausendfeier mit einem bedeutenden Fremdenverkehr. Für den Fall, daß es auch hier die Fleischermeister gelüsten sollte, dann ihre Preise noch weiter zu erhöhen, müßte der Magistrat rechtzeitig auf dem Posten sein.

### Die Radler-Institute.

In Breslau sind wie Pilze aus der Erde emporwachsende Anstalten, die wir die „Radler-Institute“ nennen wollen. Bis jetzt bestehen in Breslau nicht weniger als 12 bis 13 Radler-Institute, die Vorträge, Geld- und Patentrechtlichen ausführen. In letzterer Zeit mußten sich einige Vertreter wegen Unterlassung vor den Breslauer Gerichten verantworten.

Am Donnerstag verhandelte die erste Zivilkammer gegen den „Radler“ Eugen Darmuth wegen Unterschlagung. Der Angeklagte sollte am 26. September 1911 ein Fahrgeld an eine Frau abliefern, wofür er 172,50 Mk. erhielt. Das Geld sollte er an eine Butterfirma abliefern. Sein dessen unterschlug es der Angeklagte und fuhr zunächst nach Oels, später nach Stettin, wo er nach einigen Monaten verhaftet werden konnte. Der Angeklagte gab an, die 172,50 Mk. erhalten zu haben. Doch will er das Geld bei einem Zusammenstoß den sein Rad mit einem Anwalt zertrümmert haben. Der Bericht schenkte dieser Angabe keinen Glauben, weil Darmuth bereits in Oels wegen fortgesetzter Unterschlagung und Untreue einmal mit acht Monaten Gefängnis bestraft worden ist. Das Urteil lautet diesmal auf vier Monate Gefängnis. Vor kurzem betraute ein Herr einen „Radler“ damit, eine Versicherungssumme von 50 Mark zu bezahlen. Der Radler unterschlug das Geld und konnte bis heute nicht gefast werden. Der geschädigte Herr machte gegen den Inhaber des Instituts Schadenersatzansprüche

## Aus aller Welt.

### Die Säuglinge im Gefängnis.

In Ergänzung unseres Artikels „Säuglinge im Gefängnis“ sei hier noch weiter gesagt, wie diese Opfer der Strafrecht in den Gefängnissen behandelt werden. Öden wir eine der vielen Frauen, die mit ihren Kindern im Bochumer Zentralgefängnis ihre Strafen wegen Verleumdung von Straftätern verbüßen. Die Frau sagte:

„Mit mir saßen noch vier Frauen, die ich beim täglichen halbstündigen „Spaziergang“ auf dem Gefängnishof kennen lernte. Die Kinder waren im Alter von 4, 5, 6, 8 und 12 Monaten. Obwohl die Kinder fast durchweg sehr unruhig waren, unregelmäßig tranken, unruhig schliefen und teilweise viel schrien, durften wir uns dennoch nicht mit ihnen ausbreiten besassen, indem man Pensum von uns verlangte. Wir wurden mit Strümpfstricken, Nähen und Flicken von Gefängnisfleibern beschäftigt, und wenn die Wärterin abends die Arbeit kontrollierte und der Strumpf noch nicht fertig war, dann gab es bittere Vorwürfe. Ich antwortete der Wärterin, daß ich mich soviel mit dem Kinde hätte beschäftigen müssen, damit es ruhig sei; doch sie sagte, sie müsse die Arbeit verlassen. — Morgens mußten wir mit einer kleinen Bürste (Wischbürste), die etwa 7 Quadratmeter große Bodenfläche mit Bohnerwachs bürsten, bis der Fußboden blank war. Dazu ist es unumgänglich notwendig, daß man auf dem harten Boden kniet. War der Boden trotz angestrengten Bürstens, wobei mir's das erste Mal fast schwindlig im Kopfe wurde, nach Ansicht der Wärterin nicht blank genug, dann gab es wieder Vorwürfe. Wir mußten eben alle Arbeiten machen, wie sie von solchen Gefangenen verlangt wurden, die ein wirkliches Verbrechen begangen hatten. Ich hatte nur Psul gegessen, als in einer Entfernung von 30 Metern Straftäter vorbeikamen, wovon keiner es gehört hat. Nur der Wächter, der ungefähr 5 Meter weit abseits stand, hat das Wort Psul gehört und mich angezeigt,

wofür ich 14 Tage Gefängnis bekam. (Das schriftliche Urteil bestätigt diese Angaben.) Wir bekamen auch die Kost, wie sie alle Gefangenen bekamen, abwechselnd Erbsenbrei, weiße Bohnen mit Kartoffeln, Linsen, Kartoffelsuppe, Graubrot mit Kartoffeln oder Kartoffeln mit Schellfisch zu den Mittagmahlzeiten und sehr an Buchbinderkleister erinnernde Mehlsuppe am Abend. Morgens gab schwarzen Kaffee. Im übrigen täglich dreimal ein Stück grobes Schwarzbrot, wozu der Wasserkrug die Flüssigkeit und das Salzpfännchen die appetitregende Würzspenden sollten. — Da ich mein fünf Monate altes Kind nähren mußte, so war die Gefängnisverwaltung so freundlich und gewährte mir Milch und zwar in so üppiger Maße, daß man verkommen war, wie die Gefängnisverwaltung sich so in Unkosten stürzen konnte. Donnerstags und Sonntags bekam ich je eine Tasse, und während der 14 Tage im ganzen — 3 Tage Milch. Was das bedeutet, wenn man die grobe, mit Rindertalg gefüllte Gefängnisloft, in welche etwas gemahlenes Fleisch hineingelocht sein sollte, sowie das Schwarzbrot nicht vertragen kann, merkte ich sehr bald an meinem und des Kindes Befinden. Die letzten fünf Tage hat das Kind ständig geweint, und es war wie ich selbst sehr unruhig. Für das Kind wurde täglich dreimal ein Untertassen mit Milch und Zwieback herbeigekampt.“

Die so an Körper und Seele gequälte Frau hatte aber teilnahmevolle Tröster in ihrer Einsamkeit. Der katholische Geistliche erschien in ihrer Zelle und hatte geglaubt, dem Staatsanwalt noch etwas helfen zu müssen. „Wie kommen Sie dazu, Psul zu rufen. Sie hätten sich ordentlich betragen sollen, dann wären Sie nicht ins Gefängnis gekommen. Sie haben sich garnicht zu beklagen“ usw., setzte der Herr Pfarrer die Frau in ihrer engen, dumpfen Zelle zurecht. Eine wirklich trostreiche Rede von einem Pfarrer.

Wenn die schmachvollen Verleumdungen der besseren geistlichen Katholiken im Strafrecht zwischen den Köln-Berliner Richtungen auch mit dem Maße der Strafrecht gemessen würden, ob dann der Herr Pfarrer auch zu seinen Herren Kollegen in

die Gefängniszelle ginge und ihnen solche Moralpredigten nach dem Konzept der Staatsanwaltschaften hielte?

**Abgestürzt.** Der Jeanin-Vilot Stiefvater stieg am Donnerstag auf dem Flugplatz Johanneshal bei Berlin abends um 9 Uhr mit einem Herrn Lutz auf seinem Eindecker auf. Der Apparat wollte gerade bei der zweiten Kurve wenden, als er aus einer Höhe von reichlich 30 Metern abrutschte und heil zu Boden fiel, wobei sich die Maschine einmal überschlug. Der Eindecker wurde hierbei vollständig zertrümmert. Der Pilot Stiefvater erlitt eine recht erhebliche Verletzung am rechten Knie. Die Antriebshebe scheint zertrümmert zu sein. Sein Passagier Lutz zog sich eine schwere Gehirnerschütterung zu und trug auch noch andere weniger schwere äußere Verletzungen davon. Beide Piloten mußten sofort nach dem Drieger Kreiskrankenhause gebracht werden.

**Tod eines siebenjährigen Lebensretters.** Auf der Chaussee von Bül nach Samter wurde von dem Automobil des Ritterkutschers Hildebrand aus Slinno ein siebenjähriger Schulknaube, der Sohn eines Ansehlers überfahren und auf der Stelle getötet. Der Junge hatte sein vierjähriges Schwesterchen, das in die Fahrtrichtung des Automobils hineinlaufen wollte, vor dem Überfahren schützen wollen, lief aber dabei selbst seitwärts in das Auto hinein und fand seinen Tod.

**Explosion.** Auf der Braunkohlengrube bei Nieder-Weuna bei Halle ereignete sich eine Explosion, bei der 10 Arbeiter zum Teil schwer verletzt wurden. Unschuldig infolge von Selbstentzündung explodierte im Kesselraum Kohlenstaub. Sofort schlug eine große Stichflamme auf. Das Kesselhaus wurde zerstört und die Stichflamme verbrannte mehrere dort beschäftigte Arbeiter sehr schwer. Ein Arbeiter starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus, drei weitere liegen hoffnungslos darnieder. Auch der angelegte Materialschaden ist recht beträchtlich.

**Ein Vergiftungsversuch ist erkränkt.** Nach dem Genusse von Sammelfleisch ist die Familie des Oberförsters a. D. Barz in Charlottenburg schwer erkrankt. Der Zustand der erkrankten drei Personen, der zunächst sehr besorgniserregend war, ist zurzeit jedoch befriedigend. Lebensgefahr besteht nicht mehr. Eine Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.



geltend; er erreichte deshalb nicht, weil sich der Institutsinhaber als zahlungsunfähig erwies. Der einzige Monat wurde ein gelber Radler zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt, weil er 800 Mark unterschlagen hatte, bis für ein Fabrikunternehmen in der Nähe bei Breslau zur Lohnzahlung bestimmt waren. Diese Fälle gemahnen also zur Vorsicht.

Die Verurteilungen der meistens jugendlichen Radler geben in mancherlei Hinsicht zu denken. Wir möchten hervorheben, daß der Lohn dieser Verurteilten in der Regel sehr niedrig ist. Die Institute zahlen an die jungen Leute 8 bis 10 Mark für die ganze Woche, höchstens 12 Mark. So, einige Institute geben gar keinen bestimmten Wochenlohn, sondern nur Prozente und verweisen die Leute im übrigen auf Trinkgelder. Sehr oft müssen die Angeklagten noch ihr eigenes Fahrrad in den Dienst des Geschäftes stellen, ohne daß sie dafür auch nur im geringsten entschädigt werden.

Das sind Zustände, die das nötige Vertrauen zu manchen Radler-Instituten nicht erwecken können; sie erklären sich zum Teil auch die Unterschlagungen, die von den Verurteilten verübt werden.

### Was ist eine Versammlung?

Diese für das Vereins- und Partelleben so wichtige Frage ist dieser Tage vom Ober-Verwaltungsgericht dahin beantwortet worden, daß Zusammenkünfte zum Anhören von Vorträgen nicht immer Versammlungen im Sinne des Reichs-Vereinsgesetzes sind.

Dr. Seyda in Kattowitz ist Vorsitzender eines polnischen Komitees, das öffentliche Vorträge veranstaltet. Auf der Tagesordnung einer solchen Vortragsversammlung am 23. April 1911 stand das Thema: „Zahnräder und Arbeitsunfähigkeit.“ Als der Vortragende die „Versammlung“ auf, weil es sich um eine „öffentliche Versammlung“ handelte, wo nach § 12 des Reichsvereinsgesetzes die Verhandlungen in deutscher Sprache zu führen seien. Auf die Klage des Dr. Seyda gegen die Polizeiverwaltung zu Kattowitz erklärte der Bezirksausschuß die Auflösung für ungerechtfertigt. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil, weil es sich hier um eine Veranstaltung handelte, die nicht unter das Vereinsgesetz falle. Das Oberverwaltungsgericht ging von folgenden Erwägungen aus:

Das Reichsvereinsgesetz enthält keine Bestimmung des Begriffs „Versammlung“. Dieser Begriff im Sinne jenes Gesetzes müsse daher aus dem Sprachgebrauch der früheren Gesetzgebung aus dem Reichsvereinsgesetz selbst und aus seiner Entstehungsgeschichte bestimmt werden. Hiernach sei unter einer Versammlung zu verstehen eine geplante (nicht zufällige) Zusammenkunft einer größeren Anzahl von Personen zur Erreichung eines gemeinschaftlichen (nicht bloß gleichen) Zweckes. Ohne entscheidende Bedeutung sei der Ort oder der Raum, wo die Versammlung stattfindet. Von Zusammenkünften anderer Art unterscheiden sich die Versammlungen durch ihren Zweck. Während durch andere Zusammenkünfte nur persönliche Interessen jeder einzelnen der anwesenden Personen befriedigt werden sollen, bezwecke die Versammlung die Verfolgung eines den Zusammenstehenden gemeinsamen Zweckes, ohne Einwirkung auf die Allgemeinheit, und zwar eine Einwirkung auf den Willen der Versammelten, um ihr künftiges Verhalten auf dem, den Gegenstand der Erörterung bildenden Gebiete zu bestimmen.

Daher sind Zusammenkünfte zum Zwecke der Unterhaltung, Erheiterung, Belehrung oder des Kunstgenusses (Gesellschaftsspiele, Schaustellungen, Vorträge, Aufführungen und sonstige Lustbarkeiten, gemeinschaftliche Übungen im Gesang, Turnen und dergleichen, wissenschaftliche Vorträge, gemeinsame Unterrichtsstunden, Vorlesungen usw.) keine Versammlungen im Sinne des Reichsvereinsgesetzes. Der bei der Einladung angegebene Zweck sei allerdings nicht unter allen Umständen entscheidend. Es komme vielmehr auf die tatsächliche Gestaltung an. Auch mit Lustbarkeiten usw. könne ein weiterer Zweck verbunden sein, der die Zusammenkunft zu einer Versammlung machen könne.

Zusammenkünfte, die nach dem Ausgeführten keine Versammlungen seien, fielen auch dann nicht unter das Vereinsgesetz, wenn sie sich nicht auf einen geschlossenen Personenkreis beschränkten, sondern Jedermann zugänglich seien. Die Vorschriften des Vereinsgesetzes fänden auf sie keine Anwendung. Für die Veranstalter und Teilnehmer dieser Zusammenkünfte bestanden also auch nicht die Verpflichtungen, deren Erfüllung durch das Vereinsgesetz für „Versammlungen“ vorgeschrieben sei, wie z. B. die Verpflichtung zur Unterlassung des Waffenragens und zum Gebrauche der deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen, zur Einholung einer Genehmigung für öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, zur polizeilichen Anzeige und zur Leitung von öffentlichen politischen Versammlungen.

Eine solche Zusammenkunft, die keine „Versammlung“ sei und nicht unter das Vereinsgesetz falle, sei die hier in Frage stehende Zusammenkunft, die lediglich dem Anhören eines belehrenden Vortrags über den Zusammenhang zwischen Zahnrädern und Arbeitsunfähigkeit dienen sollte. Der Gebrauch der polnischen Sprache sei deshalb in dieser Zusammenkunft, obgleich sie eine öffentliche gewesen sei, zulässig gewesen und die Auflösung unzulässig.

Wir erjuchen unsere Genossen, sich diese wertvolle Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts recht gut aufzubewahren, damit sie von ihr in jedem Augenblicke guten Gebrauch machen können. Von den Amtsvorstehern, Polizeiverwaltungen, Landräten usw. darf man wohl auch erwarten, daß sie das Urteil des hohen Gerichts in jedem Falle genau beachten.

**Schmiede-Verein.** Die Versammlung am Mittwoch war nur schwach besucht. Zunächst wurde bekannt gegeben, daß sich an der Urabstimmung über den Uebertritt zum Metallarbeiterverband 150 Mitglieder beteiligt haben; 120 haben für den Uebertritt, 30 dagegen gestimmt. Der Kassierer gab dann den Bericht über das 2. Vierteljahr, aus dem folgendes erwähnt sei: Die Einnahme für die Hauptkasse beträgt 1942,45 Mark; die Ausgabe 1801,67 Mark, darunter 19 Mark Kassenunterstützung, 260,50 Mark Arbeitslosen-Unterstützung, 345,98 Mark Kranken-Unterstützung und 128,60 Mark Streikunterstützung. Für Rechtschutz wurden 169,50 Mark ausgegeben. Die Einnahme der Lokalkasse beläuft sich auf 782,11 Mark; ihr fehlt eine Ausgabe von 996,80 Mark gegenüber. Davon sind 156,75 Mark für Unterstüfung ausgezahlt und 155 Mark anderen Zahlstellen und Organisationen für Streiks überwiesen worden. Die Mitgliederzahl ist allermäßig auf 286 gestiegen. Die Beitragsleistung läßt aber einen kleinen Rückgang erkennen. Das Kassierenbuch blüht nach wie vor. Zur 128 Mitglieder haben voll bezahlt. Wegen eines früheren Bezirkskassiers, der eingezogene Verbandsgelder nicht abgeliefert hat, wurde beschlossen, das Aufsichtsverfahren einzuleiten. Erwähnt wurde auch, daß die Wiesenthaler alle Anstrengungen machen, um einen Teil der Schmiede für sich zu gewinnen. Vielen Mitgliedern sei die Zeitung „Deutscher Metallarbeiter“ zugestellt worden. Diese Organ ist von manchen als die „Metallarbeiter-Zeitung“ angesehen worden. Kollege Weiler machte auf den Unterschied beider Organe aufmerksam und warnte davor, sich

durch den „Deutschen Metallarbeiter“ irre führen zu lassen. Eine Zeitung, in der die Wahrheit zuweilen auf den Kopf gestellt wird, dürfe nicht ernst genommen werden.

**Achtung, Modell- und Fabrikarbeiter!** In Halle an der Saale sind sämtliche Holzarbeiter in der Maschinenfabrik von Wegelin und Söhner in den Streik getreten. Zutritt ist streng ferngehalten; auf die Anfertigung von Streikarbeit ist genau zu achten. Die Lokalverwaltung.

**Gründerfeier.** Die Verammlung der Gründerfeier am 18. Juli hatte sich mit folgendem zu beschäftigen: Die Tischlermeister Grün und Wohl ziehen für Meßsen und Zuschneiden der Türen 20 und 25 Pf. vom Lohne ab. Dieses vertragsmäßige Verhalten wurde abschließend genehmigt. Die Kommission erhielt den Auftrag, dahin zu wirken, daß am Tarif keine Verschlechterungen eintreten. Die Kollegen werden jeden weiteren Versuch ganz entschieden zurückweisen.

**Baumfall.** Am Donnerstag vormittag 11 Uhr stürzte der Zimmererlehrling Ciffler von einem Neubau in der Ulkenstraße aus einer Höhe von zwei Stockwerken herab und erlitt außer einigen Verwundungen anscheinend auch erhebliche innere Verletzungen. Der Absturz erfolgte am Lichtofen, der nicht abgedeckt war; erst nachdem der Unfall passiert war, holte man das Verfallene nach.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir unsere Baupolizei nochmals auf einen Mißstand aufmerksam machen, was wir schon wiederholt getan haben. Bei allen Neubauten sind die Erkeröffnungen nicht abgesperrt, dergleichen fehlen unter diesen Öffnungen die Gangerüste. Hier besteht dauernd die Gefahr, daß Menschen aus dem Inneren des Baues durch diese Öffnungen stürzen können; ebenso können Gegenstände hinausfallen und untenlebende Menschen verletzen. Soll etwa die hier bestehende Gefahr erst durch einen Unfall bewiesen werden?

Die Bauarbeiter-Schutz-Kommission.

**18. Kongreß des deutschen Schachbundes.** In der vierten Runde des Meisterturniers am Donnerstag gewannen Marthall gegen Lohfsh, Cohn gegen Prejtoria, Dr. Tarrach gegen Bunn, Weyer gegen Teythal und Lewitzky gegen Carl. Die Turnierschlichter sind die Partien Teichmann-Spielmann, Baray-Walla, Schlechter-Rubinstein und Mieses-Duras. Der gegenwärtige Turnierstand ist nunmehr: Cohn, Rubinstein je 3/2, Zähler, Lewitzky, Marthall 3, Carl, Duras, Schlechter, Dr. Tarrach, Teichmann 2 1/2, Weyer 2, Baray, Lohfsh, Spielmann, Teythal 1 1/2, Bunn, Mieses 1, Walla 1/2, Prejtoria 0.

**Ein Duell mit Pistolen.** Die Leutnants der Reserve Hubert Weiß und Georg Angen standen als Angeklagte vor dem Kriegsgericht der 11. Division in Breslau. Es wurde hinter verschlossenen Türen verhandelt, weil ein öffentliches Verhandeln eine „Gefährdung der militärischen Interessen“ befürchten lasse. Zeugen waren, so bemerkte der Verhandlungsführer, Kriegsrat Dr. Köster, nicht geladen; der einzige Zeuge, Generalagent Schütze, sei wegen Krankheit vom Erscheinen entbunden. Nach einstündiger Verhandlung wurde folgendes Urteil verkündet: Leutnant Weiß wird wegen Zweikampfs zu drei Monaten Festungshaft verurteilt, Leutnant Angen wegen Kartelltragens zu einem Tage Festungshaft. Leutnant Weiß hat am 30. Mai einen Zweikampf mit Pistolen ausgeschrieben; Leutnant Angen hat den Auftrag zur Herausforderung angenommen und ausgeführt!

**Oh! kein rohes Hackfleisch!** Der Breslauer Polizeipräsident erneuert folgende Warnung: „Schon lange ist es bekannt, daß der Genuß von rohem Fleisch, besonders von rohem Hackfleisch, mit Gesundheitsgefahren verbunden ist. Selbst bei bester Fleischbeschau ist nicht zu verhindern, daß gelegentlich Erchinoren oder Finnen vereinzelt im Fleische vorkommen, die sich im Menschen ansiedeln können. Auch im Fleische von gesunden Schlachtieren können sich nicht nur schädliche Parasiten, sondern auch auf nicht immer leicht zu erkennende Wege Krankheitserreger ansiedeln, die sich im rohen Fleische, besonders im Hackfleisch, vermehren und nach dem Genuße schwere Krankheit hervorrufen. Die frischrote Farbe rohen Hackfleischs ist kein Beweis für seine Güte und Unschädlichkeit, weil auch älterem und um so gefährlicherem Hackfleisch durch Zusatz sogenannter Konservierungsmittel die frischrote Farbe erhalten werden kann. Vor dem Genuße von rohem Fleisch, insbesondere von rohem Hackfleisch, wird daher dringend gewarnt.“

**Städtische Grabpflege.** Die städtische Friedhofs-Deputation macht folgendes bekannt: Die Pflege und Unterhaltung einer gewöhnlichen Grabstätte nach bestimmten Wünschen darf für längere oder kürzere Zeit (bis zum Ablauf des 25. Jahres nach dem Tode der Verstorbenen) vorausbestellt werden; der Kostenbetrag wird bei dem Friedhofsverwalter eingezahlt.

Die Stadtgemeinde nimmt auch — aber nur nach vorheriger Vereinbarung — Kapitalien gegen die Verpflichtung an, dafür die Pflege und Unterhaltung von Grabstätten aller Art zeitweise oder dauernd zu besorgen und hierbei das Anrecht an den betreffenden Grabstätten bei dem Ablaufe mit zu erneuern; es wird darauf Wert gelegt, daß die Wünsche der Beteiligten und der Umfang der Leistungen der Friedhofsverwaltung möglichst genau feststehen; hierbei finden auch besondere Wünsche Berücksichtigung, wie Schmutz an bestimmten Grabstätten u. a. Die Unterhaltung von Denkmälern und Gittern, Erneuerung von Schrift und Anstrich wird mit übernommen. In diesen Fällen ist daher zunächst an den Magistrat — Bureau Nr. IX — ein schriftlicher Antrag zu richten, in dem alle bezüglichen Wünsche angegeben sind.

**Boxkämpfe in Breslau.** Unläßlich der internationalen Wettkämpfe des Vereins für Bewegungsspiele auf seinem Platz in Grünau, am kommenden Sonntag finden erstmalig in Breslau öffentliche Boxkämpfe statt. Diese sind als Schaukämpfe gedacht und sollen dazu beitragen, die verletzten Ansichten über diese zur Körperausbildung, wie zur Verteidigung gleich hervorragende Sportart ganz zu beiseite. Es hogen mehrere Breslauer Herren, ferner ein amerikanischer Boxer Bill Koozer, sowie der frühere Meisterboxer im Leichtgewicht von Süd-Afrika Bob Malaboch, Leiter der I. Breslauer Boxing-Akademie. Die Kämpfe, die mit Genehmigung der Polizei stattfinden, dürften äußerst interessant sein, zumal auch äußerlich durch Errichtung eines „Ringes“ u. d. die Form gewahrt ist. Beginn ca. 3 1/2 Uhr.

**Statistischer Wochenbericht.** In der Woche vom 30. Juni bis 6. Juli sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes in Breslau 89 Ehen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 284 Kinder geboren, davon waren 215 ehelich, 69 unehelich, 275 lebendgeboren (168 männl., 127 weibl.), 9 totgeboren (5 männl., 4 weibl.). Mit den 6 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 176 Sterbefälle (97 m., 79 w., darunter 19 Ortsfremde) in der Berichtswochen gemeldet worden. Von den Gestorbenen waren 42 unter 1 Jahr alt (32 ehelich und 10 unehelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Keuchhusten 4, Typhus 1, Tuberkulose 29, Krankheiten der Atmungsorgane 18, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 16, Selbstmord 2, Unglücksfälle 13 und alle übrigen Todesursachen 88. An übertragbaren Krankheiten wurden polizeilich gemeldet: Diphtherie 9, Scharlach 19, ägyptische Augenkrankheit 2, spinale Kinderlähmung 1, Wochenbettfieber 1, UnterleibsTyphus 1, Milzbrand 2. In den hiesigen Krankenhäusern betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 3140; es kamen hinzu 911, es starben 56, es gingen ab 808, so daß am Ende der Woche 3191 verblieben.

**Karten vom Festungszug**  
der Gewerkschaften sind in der Expedition der Volkszeitung, Neue Graupenstraße 5/6, zum Preise von 15 Pf. das Stück zu haben. Es handelt sich um gute Photographien von allen Festungswagen und Berufsgruppen.

**Vom Steuerzahlen in Breslau.** Die Frist für die Eingahlung der Steuern für das Vierteljahr Juli-September 1912 läuft zwar erst Mitte August ab. Eingahlungen werden aber, wie aus dem Steuerzettel angegeben ist, schon von Beginn des Vierteljahres an entgegengenommen. Erfahrungsmäßig herrscht in den letzten Tagen vor Fälligkeit der Steuern ein großer Andrang bei den Zahlstellen, so daß ein längerer Warten unvermeidlich ist.

Der Magistrat empfiehlt allen, denen eine schnellere Zahlung der Steuern möglich ist, und die eine schnellere Abfertigung wünschen, die Abführung der Steuern nicht bis zur letzten Frist zu verschieben.

Da die städtische Steuerkasse auch an das Reichsbank-Girokonto und an den Postcheckverkehr angeschlossen ist, kann die Zahlung von Steuern und Abgaben für Rechnung der Steuerzahlstellen und des Eingehungsamtes auch durch Eingahlung oder Ueberweisung auf das Reichsbank-Girokonto oder Postcheckkonto erfolgen.

Bei unmittelbarer Zahlung der Steuer in der Zahlstelle ist stets die Steuerkarte vorzulegen.

**Umbau einer alten Breslauer Kretschmerei.** Die alte Breslauer Kretschmerei „Zum grünen Polack“, Reulischstraße 84, auch Kruskstraße 20 wird gegenwärtig zu einem modernen Bierlokal umgebaut. Eigentümer dieses Grundstücks ist seit einiger Zeit der Brauereibesitzer Quabius; es gehörte früher dem Brauereibesitzer Werner.

**Das alte Haus Schmiedebrücke 21** („Zu den vier Evangelisten“), neben dem „Goldenen Bepet“, wird gegenwärtig abgebrochen, um einem stattlichen Geschäftsneubau Platz zu machen.

**Ein Milchsaufschankhäuschen** wird auch im Süden der Stadt errichtet, und zwar Kaiser-Wilhelmstraße 154, Ecke Kirchallee. Das Häuschen baut die Holzfirma H. Lauterbach und verpachtet es an die Milchkuranstalt Wimmer.

**Achtung, Zementarbeiter!** Sonntag, den 21. Juli, vormittags 10 Uhr im Lokal des Herrn Philipp „Goldener Schwan“, Kupferstraße 22/23: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Statistik. 2. Die weiteren Beratungen über den Lohnantrag. 3. Beschlußfassung. Der Vorstand der Sektion der Beton- und Zementarbeiter.

**Arbeiter-Sängervereinigung Breslau und Umgebend.** Montag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Sechsmönatliche Gesangsprobe in den Unionkassen, Reulischstraße. Es wird gebittet: „Herbstnacht“, „Der Menschheit Erwachen“. Der Gemischte Chor „Schmiedefeld“ und der Männergesangsverein „Streitener Chor“ haben an dieser Probe das Aufnahmewort zu singen, auch wird die Auslosung der drei Vereine vorgenommen. Pünktliches und vollständiges Erscheinen der Vereine ist nötig. Der Obmann.

**Einbruch.** In die Vitorianschankhalle des Käse- und Vitorianschankhauses von Böhm, in der Elisabethstraße, die dieser in dem Friedberggarten errichtet hat, ist in der Nacht zum Mittwoch eingebrochen worden. Die Diebe haben fünfzehn Flaschen Whisky entwendet. — Das Haus Büttnerstraße 1 wird gegenwärtig abgebrochen. Diese Gelegenheit haben Diebe in der Nacht zum Donnerstag benutzt, um dort in einem Wagenraum einzubrechen und 6 Zentner Mehlrohre, 10 Stück Ofenplatten und 9 Wasserhähne auszubrochen und zu stehlen.

**Verloren** wurden ein kleiner goldener Ring mit einem Brillanten und zwei Portemonnaies mit Inhalt.

### Aus dem Landkreis.

**Achtung, Parteigenossen!** Die Kreisleitung sieht sich gezwungen, an die Revisoren folgender Distrikte das Ersuchen zu richten, ihre Distriktsführer zu veranlassen, daß dieselben die Abrechnungsformulare sowie die Mitgliedslisten sofort an das Sekretariat abliefern, denn diese werden zur Aufstellung des Jahresberichts notwendig gebraucht.

- Land-Distrikt 2 Wabnitz, Schwoitsch,
- 8 Wartsch, Carlowitz,
- 10 Valentin, Gräbchen,
- 11 Bohwitz, Grünhübel,
- 15 Babels, Groß-Tschansch,
- 19 Poffbauer, Canth.

Trotzdem diese Distriktsführer verschiedene Male ersucht wurden, bis zum 30. Juni die Listen einzureichen, ist es doch ohne Erfolg geblieben.

Die Kreisleitung  
des sozialdemokratischen Vereins Breslau (Land-)Neumarkt.

**Eine haltlose Anklage.** Das Gasthaus von Jäschke in Oltaschin ist für die Genossen des Stadt- und Landkreises Breslau gesperrt. Der Hausknecht Max Keller will am 18. Februar 1912 von dem Monteur Robert Felle in Oltaschin durch bedrohliche Äußerungen gebührend worden sein, das Lokal zu betreten. Bei einem zweiten Vorfall, der sich am 8. März abspielte, soll Felle in Gemeinschaft mit den Arbeitern Wajky, Weidner und Einsporn den Keller nach dem Verlassen des Jäschkeschen Lokals auf der Straße beschimpft haben. Felle, Wajky, Weidner und Einsporn mußten sich deshalb wegen verletzter Mäßigkeit, Bedrohung, Beleidigung und groben Unfugs vor der Ferienstrafkammer verantworten. Gegen Felle beantragte der Staatsanwalt nicht weniger als sieben Monate Gefängnis. Da die Entlastungszeugen eidlich bekundeten, daß keiner der Angeklagten bedrohlich gegen Keller aufgetreten ist, sprach sie das Gericht alle frei. Felle hatte zu Keller nur gesagt: „Sie wissen doch, daß das Lokal gesperrt ist.“

**Deutsch-Bissa und Umgebend.** Sonntag, den 21. Juli, vormittags 10 Uhr: Krankenkassen-Versammlung und Jahrtag der Kamerader. Die Beiträge werden nicht mehr vom Kassierer abgeholt; deshalb ist der Jahrtag angelegt. Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr: Gemeindevortrag in Stabelwitz. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich einzufinden. Wichtige Tagesordnung.

**Walfisch.** Von der Oberpostdirektion. Der Wasserstand der Oder wird von Tag zu Tag niedriger. Die Oberpostdirektion kommt abermals in bedrängte Lage. Die Fahrzeuge können nur noch mit einem Höchstmaß von 90 Zentimetern fahren. Und trotzdem kommt dabei noch häufig Gavarien vor. Donnerstag früh kam der Schiffseigner H. Schmalbe aus Bälitzau mit seinem Fahrzeug, worin Jute geladen war, talwärts, als es oberhalb Walfisch auf einen Unter fuhr, welcher zu einem dort stehenden Fahrzeug gehörte. Das Wasser drang sofort stark ein. Nachdem ein Teil der Ladung in ein anderes Fahrzeug übergeladen war, war es möglich, den Kahn in den hiesigen Hafen zu bringen. Durch ununterbrochene Arbeit bis in die Nacht konnte das Fahrzeug, ohne daß die Ladung gänzlich gelichtet wurde, gehalten und abgedichtet werden, so daß der Schiffsmorgen seine Reise weiter fortsetzen kann.



Die Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins befindet sich jetzt im Zimmer Nr. 3 des Gewerkschaftshauses.

Achtung, Vertrauensleute der Formier! Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr, bei Wolff, Wallstraße 26: Vertrauensmänner-Sitzung. Es wird über das Gewerkschaftsfest abgerechnet. Die Branchenleitung.

Tapetiererverband. Montag, den 22. Juli, von 3 Uhr nachmittags an im Volksgarten zu Silesia Kinderfest wie alljährlich. Um gute Beteiligung erlucht die Ortsverwaltung.

Der städtische Handfrauen-Verein zu Breslau. Stellvertreterin für Hausangestellte, verlegt Mitte des laufenden Monats seine Geschäftsräume in das Grundstück Altkühlerstraße 16/20 (Junkerstraße 41/43). Die dort dem Verein zur Verfügung stehenden großen Räumlichkeiten werden nach seiner Erwartung ausreichen, um seinen in hohem Maße gesteigerten Geschäftsverkehr auf absehbare Zeit hinaus bequem abzurufen. Sie sind zu ebener Erde gelegen und umfassen, außer einem großen Mittelraum, besondere Verhandlungszimmer und geräumige Wartezimmer für „Herrenschaften“ und Diensthoten. Die Zahl der Vereinsmitglieder hat sich in dem Jahre vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 von 904 auf 2500 vermehrt. Stellen sind in der gleichen Zeit durch den Verein 2885 vermittelt worden, davon — was das Anwachsen des Verkehrs zeigt — 1819 in den sechs Monaten vom 1. Januar bis 30. Juni 1912.

Die Oberschiffahrt ruht oberhalb Breslaus. Totale Wassermangel hat den Schiffsverkehr auf der Oder oberhalb Breslau bis Neßmündung vollständig stillgelegt. Was es noch vor wenigen Tagen möglich, mit einer geringen Tauchtiefe sowohl zu Berg wie auch zu Tal zu schwimmen, so hat dies, nach der „Schlesischen Zeitung“, seit Donnerstag vollständig aufgehört. Die Dampfer in der oberen Oder von Neßmündung aufwärts geben auch kein Wasser mehr her, um den jetzt unterhalb Breslaus verbleibenden Fahrzeugen wenigstens noch ihr Fortkommen bis in das tiefere Wasser zu sichern, denn der Zustrom aus dem Quellgebiet der Oder hat aufgehört. Selbst in den Staustufen hat es in den letzten Tagen schon an Wasser gemangelt, und Röhre mit einer Tauchtiefe von 1,45 Meter haben auch da aufgegeben.

Unterhalb Breslaus haben sich die Verhältnisse auch erheblich verschlechtert; immerhin konnte sich aber die Schiffsahrt wenigstens noch bewegen, wenn auch mit einer Tauchtiefe, die auf anderen deutschen Strömen als schiffbares Wasser nicht mehr angesprochen wird. Galt die Dürre an und ritt nicht bald Wasserzustrom ein, so ist es auch mit dem Schiffsverkehrsgebiet auf der unteren Strecke in den nächsten Tagen zu Ende.

Uebelstände im Sonntagsverkehr auf dem Freiburger Bahnhofs. Man schreibt uns: Wer am Sonntage mit einer Sonntagsfahrkarte vom Freiburger Bahnhof aus einen Ausflug unternehmen will, muß sich, wie schon wiederholt bemängelt worden ist, darauf gefaßt machen, den Zug abfahren zu sehen, zu dem man sich schon sehr zeitig gerüstet hatte, und auf dem Bahnhof zurückzubleiben. Für den Billterverkauf ist nämlich nur ein einziger Schalter vorhanden, und wenn der Zutrang groß ist, so ist es unvermeidlich, daß man eine kleine Ewigkeit warten muß, bis man eine Fahrkarte erhält. Ist man endlich in Besitz einer Karte, so löst man auf ein zweites Hindernis. Den Zugang zum Bahnsteig kann man nämlich nur durch eine einzige Pforte nehmen, wo ein Beamter die Fahrkarten zeichnet. Hier staut sich wiederum die Menge und wenn man endlich auf den Bahnsteig gelangt, so ist vielfach alles so belebt, daß man mit einer zahlreichen Familie garnicht mehr gemeinsam unterkommen kann oder man sieht gar den befestigten Zug vor der Nase abfahren. Diese schier ungläublichen Erschwernisse wiederholen sich ganz selbstverständlich beispielsweise in Schmolz und in Deutsch-Lissa. In diesem Orte ist der Zutrang der Fahrgäste so groß, daß man vielfach erst einige Züge abfahren lassen muß, bis man endlich mit stundenlangem Verpöten mit einem der hier allertages zahlreich verkehrenden Züge abfahren kann. Noch ganz besonders erschwert wird die Rückfahrt über Deutsch-Lissa durch den Umstand, daß man sich vorerst eine Zusatzzarte bis Neutrich lösen muß. Es besteht nämlich die Bestimmung, daß man mit einer nach Deutsch-Lissa gelösten Rückfahrkarte wohl über Schmolz mit der Bahn zurückkommen kann, nicht aber umgekehrt mit einer nach Schmolz gelösten Rückfahrkarte über Deutsch-Lissa. Dieser Ort liegt nämlich etwas weiter von Breslau als Schmolz. Da heißt es also, von Deutsch-Lissa bis Neutrich, das etwa dieselbe Entfernung wie Schmolz hat, eine Zusatzzarte lösen. Die Bahnverwaltung nimmt also ohne Bedenken den Gewinn von der einen Seite, statt ihn zu der anderen zuzulegen. Über abgesehen hiervon, ist eben die Rückfahrt von Deutsch-Lissa, die man der besseren Verbindung halber abends am liebsten wählt, durch die Notwendigkeit, sich noch eine Zusatzzarte lösen zu müssen, ganz unnützlich erschwert. Denn die Bahnverwaltung könnte wohl den Preis der Fahrkarten für die Linie Breslau-Schmolz-Deutsch-Lissa-Breslau um den kleinen Betrag erhöhen, so daß eine Zusatzzarte zu lösen nicht notwendig wäre.

Lieblich Etablissement. Die heutige Vorstellung der großen Ausstattungsshow findet bei Rauchverbort statt. Anfang 8 Uhr. Die morgigen Sonntagabend stattfindende Jubiläumsvorstellung der großen Revue „Es tut sich was“, für welche Herr Wender besondere Ueberraschungen vorbereitet, beginnt präzis 8 Uhr. Der Vorverkauf für dieselbe ist bereits ein sehr reger. Billets sind an der Tageskassette von 9-2 Uhr und von 4-6 Uhr ohne Vorbestellgebühr zu haben. Im Garten konzertiert heute von 7 1/2 Uhr ab das Breslauer Ton-Lünstler-Orchester (Mitglieder der Stadt-Theater-Kapelle) unter Leitung des Kapellmeisters W. Müller.

Das Viktoria-Theater hat sich seit Dienstag ein neues Programm zugelegt, das wir jedem sich anzusehen empfehlen, der an den Inhalt eines Stückes keine großen Anforderungen stellt, sondern sich nur amüsen will. Eine Zimmernummerveränderung bringt in Ludwig Fischerfelds „Emanor, Nr. 14“ die meisten Situationen hervor. Auch der sich hieran anschließende „Bunte Zeit“, sowie der Schwan „Ein lediger Chemant“ läßt die Zuschauer nicht zur Ruhe kommen. Schon die bloße Erscheinung des unendlich langen Adolf Partly und noch mehr die groteske Komik des zwerghaft kleinen Stegfried Nerisch wirkt erheitend. Das Weitere an dem vollen Abend des Abends tut das flotte Spiel der Damen Elise Kenner, Fräulein Vlene und Rita Barré. Für Kinder und alle Weltbesten ist es zwar nichts, aber ein sehr normal veranlagter Mensch stellt die etwas deren und gern ins Gebiet der Grotesk hinüberspielenden Späße schmunzelnd ein.

Viktorien-Theater. Die heutige Vorstellung findet bei Rauchverbort statt. Während des heißen Wetters bietet der gut ventilierter Theateraal einen angenehmen Aufenthalt, ebenso der Garten, in welchem täglich von 7-8 Uhr Konzert stattfindet. Billets sind im Vorverkauf im Theaterbureau von 9-2 Uhr zu haben und außerdem in den bekannten Vorverkaufsstellen. Bons haben Gültigkeit.

Ein Selbstmordversuch verübte am Donnerstag eine Kaufmannsfrau auf der Schwerinstraße. Sie versuchte sich mit Leuchtgas zu vergiften. Die Frau wurde bewusstlos aufgefunden. Feuerwehrleuten gelang es mit dem Sauerstoffapparat die Frau ins Leben zurückzurufen, worauf sie ins Wenzel Handische Krankenhaus geschafft wurde.

Erhängt hat sich in seiner Wohnung auf der Herdstraße 26 der verwitwete Malergehilfe Max Depae, der jetzt geraumer Zeit geisteskrank zu sein schien. Die Leiche wurde ins Schauhaus geschafft.

Ein brennender Genwagen. Am Donnerstag nachmittag kurz vor 5 Uhr bot sich den Bewohnern der Völkchstraße ein schaurig-schöner Anblick dar. Ein vor dem Grundstück Völkchstraße 43 stehender hochbelasteter Genwagen ging plötzlich in Flammen auf. Die mächtigen Feuergarben brachten auch die antingenden Häuser in Gefahr. Die herbeigerufene Feuerwehr erkannte sofort die große Gefahr, griff das Feuer mit zwei von Hydranten gespeisten Schlauchgängen an und konnte der Brand in kurzer Zeit löschen. Die Ursache des Feuers ist bewilligte Brandstiftung; der Brandstifter ist bereits ermittelt und festgenommen worden.

Ein großangelegter Schwindel hat in letzter Zeit in Deutschland der Däne Christianus aus Kopenhagen betrieben. Er pries durch an die verschiedenen Zeitungen im Reich gegebenen Inserate eine Ohrenkur „Membran“ an, die von G. Grim, Hamburg, Mozartstraße 6a, zu beziehen sein sollte, erbat dabei Rechnungen und Belagnummern an die Annoncenexpedition „Mechur“, Aktiengesellschaft, Berlin, Steglitzerstraße 87. Die dort eingesandten Rechnungen blieben aber unberücksichtigt und die darauffolgenden Postaufträge und Nachnahmebriefe wurden zurückgeschickt. Chr. hatte in Berlin nur einen Vertreter mit 100 Mark Monatsgehalt angestellt, der den Auftrag hatte, eingehende Briefe und Bestellungen an Chr. nach Kopenhagen nachzuliefern; Kasse hatte der Vertreter nicht; er bekam nicht einmal das festgesetzte Gehalt von 100 Mark. Wegen den Schwindler Chr. ist Strafverfolgung eingeleitet worden. Es werden deshalb Betroffene, deren es in Breslau und in der Provinz Schlesien nicht wenige geben dürfte, ersucht, sich im Zimmer 43 des Polizeipräsidiums zu melden.

Gefunden wurden ein Fortlemonne mit Inhalt, eine goldene Sicherheitsnadel, ein schwarzes Damenkleid, zwei Fahrräder, zwei Drillströcke in einem schwarzen Tuch.

### Gingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserer Leserkreis, für die wir nur die prägnanteste Verantwortung übernehmen. Redaktion der „Volksrecht.“

Nachricht aus der Gräbchener Vorstadt. Eine wenig verstandene Maßnahme hat der Magistrat in der Gräbchener Vorstadt getroffen. An der Ecke Gräbchener- und Koppischstraße befindet sich schon immer ein Staudbrunnen, aus dem nicht nur die zahlreichen aus Gräbchen kommenden Fußgänger sich selbst und ihre Pferde durch einen erfrischenden Trunk stärken, sondern auch die in der dortigen Gegend sehr zahlreich vertretene Schrebergartenbesitzer ihr Trinkwasser holen. Dieser Brunnen ist jetzt plötzlich ganz eingezogen worden, ohne daß nach Ansicht der Schrebergartenbesitzer und Fußgänger eine begründete Ursache dazu vorgelegen haben kann. Es mag hin und wieder auch vorgekommen sein, namentlich in dem vergangenen sehr heißen Sommer, daß die Schrebergärtner auch ihr Wasser zum Gießen aus dem Staudbrunnen holten, aber in der Hauptsache beziehen sie das Wasser aus eigenen Brunnenanlagen. Zum menschlichen Genuß eignet sich das aus den eigenen Brunnenanlagen jedoch nicht. Die Schrebergärtner sind also jetzt gezwungen, sich das Trinkwasser aus ihren häufig recht weit abgelegenen Wohnungen mitzubringen, wenn sie nicht auf den Genuß von Leitungswasser verzichten wollen. Und das ist bei der großen Hitze und bei den Familien, die Kinder haben, nicht gut möglich. Der Magistrat würde sich also ein großes Verdienst erwerben, wenn er den eingezogenen Brunnen so schnell wie möglich wieder aufstellt. Das läge nicht nur im Interesse der zahlreichen Schrebergärtner der dortigen Gegend, des großen Fuhrwerksverkehrs, sondern vor allem auch im gesundheitlichen Interesse der Stadt selbst, denn die Gefahr liegt sehr nahe, daß durstende Kinder in Ermangelung einer anderen Befriedigung ihres Durstes zu dem nicht einwandfreien Wasser aus den Brunnenanlagen der Schrebergärten greifen. Wir haben die bestimmte Versicherung, daß der Magistrat, der der Schrebergartenbewegung doch durchaus freundlich gegenübersteht, den Nachreit der Schrebergärtner erhört und so schnell wie möglich den Staudbrunnen wieder aufstellt, umso mehr, weil ein Teil der Gärten sich auf städtischem Besitz befindet.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir den Magistrat an dem immer noch existierenden Mischgraben an der verlängerten Opperauerstraße erinnern. Auch hier müssen nicht nur die zahlreichen Arbeiter und Spaziergänger, die den Weg passieren und die dort anlässigen Besucher von Schrebergärten, tagtäglich die „Wohlfürche“ in sich aufnehmen, was gerade nicht angenehm ist. Der Dank aller derjenigen, die den Weg gehen oder in der Nähe derselben ihre freie Zeit verbringen, wäre dem Magistrat sicher, wenn er dafür sorgen würde, daß der Graben so schnell wie möglich zugeschüttet oder kanalisiert würde. Einer Großstadt, die alljährlich die gesamte Einwohnerschaft zur Verilgung der Müden aufweist, und selbst durch das Weiterbestehenlassen des Grabens eine Mückenbrutanstalt unterhält, ist ein solcher Zustand unwürdig. Ein weiterer Mißstand besteht noch darin, daß die Opperauerstraße von der Ost- bis zur Koppischstraße nicht besprengt wird. Darunter leiden nicht nur diejenigen, die den Weg täglich mehrere Male machen müssen, sondern auch die Mieter der dortigen Gegend. Vielleicht überzeugt sich ein Magistratsmitglied einmal persönlich von den Mißständen.

Mehrere Schrebergartenbesitzer.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

#### Vom Krach in den Hohenloherwerken.

Die Vorwürfe, die auf der letzten Generalversammlung der Hohenloherwerke vom Ausschussrat erhoben worden waren, läßt der frühere Generaldirektor nicht ohne Widerpruch aufsitzen. In einer Entgegnung betont er, daß den die Hohenloherwerke beherrschenden Fürst Hohenlohe allein die Tätigkeit leitete seines Direktors bei der Reichstagskommission zur Entlastung bestimmt habe. Wie der Fürst, der doch nur die Aktienmajorität des unpersönlichen Unternehmens besitzt, seine Stellung in der Gesellschaft aufweist, geht aus den Sätzen hervor: „Der Fürst Hohenlohe aber, der ... wegen meines Verhaltens bei der Wahl „aus dem Häuschen“ war, hat schärffestes Vorgehen gegen mich verlangt, und die vom Fürsten abhängigen Ausschussratmitglieder mußten sich dem Willen des Fürsten fügen.“

Ueber das Aufsichtsrat des Direktors schreibt ein Aktionär: „Wichtig ist, daß Herr Dob unerhörten Zorns getrieben hat. Der Wunsch des Generaldirektors ist das Dorf Mikalitzowitz in Oberschlesien. In diesem bescheidenen Ort inmitten von Arbeitern, kleinen Beamten, Krämer hat Herr Dob für seine Dienstwohnung ein prunkvolles Schloss mit einem elektrisch beleuchteten Rasenpark auf Kosten seiner Gesellschaft erbaut, hat eine vornehm gekleidete große Dienerschaft unterhalten und durch solches Aufsicht in diesem Mittel einen bedauerlichen Mangel an sozialem Empfinden an den Tag gelegt. Aber der Ausschussrat kann dieses Verhalten nicht nachträglich rügen, er hat Schloss und Park entstehen und wachsen sehen, Herr Dob hat ihm nichts verheimlicht.“

Der Ausschussrat trägt auch indirekt an Herrn Dob's Aufsichtsrat Mitglied, denn er hat Herrn Dob ein Fahrschein-Losomen genehmigt, das annähernd eine halbe Million Mark erreichte. Ueber auch die sechs Herren des

Ausschusses beziehen nach der letzten Bilanz nicht weniger als rund 253000 Mark Fahrscheine.

Die Schlecht die Arbeiter der Hohenloherwerke entschont werden, das haben wir schon wiederholt nachgewiesen.

Liegnitz, 19. Juli. Aussprechung bei der Maschinenfabrik Teichert u. Sohn. Fast um die Zeit der Bundstage empfindet der Inhaber der Firma Teichert u. Sohn alljährlich das sehnliche Verlangen, „seiner“ Arbeitern einige Tage einen gezwungenen Sommerurlaub zu verschaffen. So auch dieses Jahr wieder, trotzdem der Betrieb so in der Hochkonjunktur steht, daß trotz doppelter Schichten die Bestellungen nicht rechtzeitig erledigt werden können. Herr Teichert will „Herr im Hause“ sein und hat deshalb dieser Tage für Arbeiter der Dreher Lohnabzüge bis zu 15 Proz. angeordnet. Damit waren die Beteiligten nicht einverstanden und beauftragten den Ausschuss am Donnerstag mit Herrn Teichert Verhandlungen zu pflegen. Herr Teichert aber lehnte es ab in dieser Angelegenheit mit dem Ausschuss zu verhandeln und ordnete durch Fabrik-Ausschuss an, daß von Freitag an der ganze Betrieb geschlossen bleibt, wenn die Dreher nicht sofort die Arbeit aufnehmen. Da das nicht geschah, wurde durch einen Ausschuss nochmals angeordnet, daß von Freitag an der Betrieb ruht und die um 6 Uhr zur 2. Schicht Erscheinenden wurden sofort wieder heimgeschickt. — Eine am selben Abend noch stattfindende Betriebsversammlung legte die weitere Erledigung der Angelegenheit in die Hände der beteiligten Organisationsleitungen. Soffentlich bestimmt sich Herr Teichert noch in letzter Stunde eines besseren!

### Neueste Nachrichten.

#### Berlin—Petersburg.

Ängstberg, 19. Juli. Der Flieger Abramowitzki hat die Stadt Ängstberga um 6 Uhr 6 Minuten gestern nachmittag wieder verlassen. Bei Ängstberga er wegen Wettersturz auf freiem Felde landen. Beim Weiteraufstieg stieß der linke Propeller gegen einen Stein und wurde sehr stark beschädigt, so daß er ausgewechselt werden muß. Abramowitzki wird deshalb seinen Flug erst heute fortsetzen können.

#### Gewitter und Brände.

Barmen, 19. Juli. Die Großbräuerlei Diedrich wurde gestern durch Großfeuer teilweise zerstört. Der an den Gebäulichkeiten und an den Maschinen angerichtete Schaden ist sehr groß, ist aber durch verschiedene Versicherungen zum größten Teile gedeckt.

Fetmold, 19. Juli. Bei schwerem Gewitter schlug der Blitz in das Hauptgebäude von Hohententhal der großen städtischen Womäne vor Fetmold. Alles wurde ein Raub der Flammen. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

Sughaben, 19. Juli. Nach wochenlangem Döge und großer Dürre gingen gestern nachmittags schwere Gewitter mit Blitzschlägen im Gebiet der Ebnmündung nieder. Mehrfach schlug der Blitz ein und kündete. Stellenweise herrschte ein außerordentlich starkes Hagelwetter, worunter die Getreidefelder stark litten. Das Getreide, reif und kurz vor dem Schnitt, ist auf eine Strecke von mehreren Kilometern vollständig niedergedrückt und die Ernte zum größten Teile vernichtet.

#### Der Handel mit dem Großwesierat.

Konstantinopel, 19. Juli. Der türkische Völkshafter in London, Tewfik Pascha, hat nunmehr die Bildung eines neuen Kabinetts in Konstantinopel und die Uebernahme des Großwesierats endgiltig abgelehnt. Der Sultan wandte sich darauf an den türkischen Völkshafter in Berlin, Osman Niyami, dessen Antwort zurzeit noch ausbleibt. Der Sultan bemüht sich, eine Regierung gemäßiger Richtung zustande zu bringen. Aus der bisherigen Haltung der Komiteepartei geht hervor, daß diese eine Berufung Kamal Paschas zum Großwesier nicht ruhig hinnehmen würde. Die Anstrengungen des Sultans sind bisher an den Abjagen des türkischen Völkshaftern in London, Tewfik Pascha, und an der Hilmi-Paschas gescheitert. Wenn nun auch Osman Niyami-Pascha ablehnend antworten würde, wird das Komitee sicherlich den Rest seines Einflusses dazu benötigen, ein ganz radikal-jungtürkisches Kabinet mit durchweg radikalen jungtürkischen Ministern und mit Talaat-Bey oder Paschaib-Bey als Großwesier zustande zu bringen.

#### Heberfall.

Konstantinopel, 19. Juli. Bulgarische Banden überfielen die türkische Post bei Kizilkissa und töteten zwei Passagiere und zwei Gendarmen. Es fielen den bulgarischen Räubern über 800 türkische Pfund in die Hände.

#### Zum Fall Rosenthal.

New York, 19. Juli. Der hiesige Vertreter einer größeren Londoner Zeitung telegraphiert seinem Blatte: Der Bürgermeister von New York, Gaynor, eröffnete gestern eine „strenge Untersuchung“ über die gegenwärtigen recht unerfreulichen politischen Verhältnisse in New York, und zwar unter starker Berücksichtigung der Rosenthal-Angelegenheit. Ein Komplotz des flüchtigen Polizeikommandants Becker, der Spieler Rosen, ist gestern verhaftet worden. Er gab zu, das fragliche Automobil gemietet zu haben, aus dem heraus die Mörder mit Gewehren und Karabinern den Besitzer Rosenthal erschossen hatten.

### Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach Bresl. Zeitgeit d. M. S. + 8 Min.	17. Juli	18. Juli	19. Juli
	Nm. 6 Uhr	Mitt. 12 Uhr	Nm. 6 Uhr
Aufstörme (C) ..	+26,3	+22,2	+18,0
Schubdruck (mm) ..	769,8	749,8	741,8
Windrichtung (mm) ..	7,0	8,7	7,4
Wolkenbildung (C) ..	29	44	83
Wind (10-12) ..	21	60 1	63 2
Wetter ..	wolzig	st. heiter	heiter

\*) Zur Reduktion auf Meeresebene sind 13,1 mm hinzuzufügen.

### Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Wasserstand in der Oder	Wasserstand in der Oder	Wasserstand in der Oder	Wasserstand in der Oder	Wasserstand in der Oder	Wasserstand in der Oder
Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
19. 7. 10,90	10,83	10,76	10,69	10,62	10,55
18. 7. 10,91	10,78	10,65	10,52	10,39	10,26

### Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshand. Sonntag, den 21. Juli. Steinarbeiter. Rosenfest von 10 bis 12 Uhr im Zimmer 7. Mittwoch, den 22. Juli: Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-8 1/2 Uhr im Zimmer 2. L. R. 2.



Veranstaltungen und Vereine.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikte 10 und 11 (Oberst.)

Sonntag, den 21. Juli: Familienausflug nach Glogau. Abmarsch früh Punkt 8 Uhr von der Endstation der Elektrizität Straßenbahn, Matthiasstraße. Bei ungünstiger Witterung ist der Ausflug am 28. Juli.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land), Neumarkt.

Land-Distrikt 4. Bezirk Prosch, Weide, Saneen. Sonntag, den 21. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr in Weide: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen O. Konek. 2. Vnderung der Kreisgeschäftsleitung. 3. Verschiedenes. - Die Mitgliederbesucher sind mitzubringen.

Land-Distrikt 5. Bezirk Osmiz und Kanfern. Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr, bei Grünast in Osmiz: Außerordentliche Distrikt-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schabs aus Bumlau. 2. Wahl der Delegierten. 3. Vnderung der Kreisgeschäftsleitung. 4. Verschiedenes.

Land-Distrikte 8 und 18. Bezirk Hermannsdorf, Arnolds mühle, Rathen und Klein-Seidau. Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 4 Uhr, bei Kornegh in Rathen: Gemeindefällige Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schabs aus Bumlau. 2. Die Lokalverhältnisse in den beiden Distrikten. 3. Die Vnderung der Kreisgeschäftsleitung. 4. Verschiedenes. - Genossen, bringt auch die Frauen mit.

Land-Distrikt 11 und 12. Bezirk Koberwitz, Baumgarten, Krollwitz, Velschitz, Kniegnitz, Brissewitz. Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 4 Uhr, bei Friedrich in Jadschnau: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Stomig. 2. Die Vnderung der Kreisgeschäftsleitung. 3. Die Distriktsommerfeste. 4. Verschiedenes.

Land-Distrikt 13. Bezirk Oibern, Schönborn, Dürrentsch, Lamstels, Ederdorf. Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 4 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Ederdorf bei D. Lindas. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Grohmann. 2. Unsere Geschäftstage. 3. Unsere Agitation und Generalversammlung. - Mitgliederbesucher sind mitzubringen.

Land-Distrikt 20. Sachwitz und Umgegend. Sonntag, den 21. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Wohnung des Genossen Langer: Distrikt-Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Rassenbericht für 1911/12. 2. Vortrag. Referent ist anwesend. 3. Verschiedenes.

Erscheint dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Grid of advertisements for various businesses across different provinces including Breslau, Cosel, Liegnitz, Glogau, Koberwitz, and others. Each entry lists the business name, address, and contact information.



## Zersplitterer der Technikerorganisationen an der Arbeit!

Wir werden um die Aufnahme folgender Abwehr gebeten:  
In ihrer Nummer vom 11. Juli 1912 beschäftigt sich die „Schlesische Zeitung“ unter der Überschrift „Spaltung im Deutschen Techniker-Verband“ mit der inneren Entwicklung dieser Organisation. Die Ausführungen des Blattes sind aber so einseitig und tendenziös entworfen, daß sie im Interesse der Wahrheit nicht unumwunden bleiben dürfen.

Die „Schlesische Zeitung“ behauptet: „Daß das immer entschiedener Einlenken des Deutschen Techniker-Verbandes in die Bahnen des wirtschaftlich-politischen Radikalismus nunmehr zur Folge habe, daß die besonnenen Elemente sich von der auf die schiefse Ebene geratenen Organisation loszulösen beginnen, und daß der früher stets in durchwegs „wirtschaftsfriedlichem Sinne“ an der Hebung der Lage des Technikerstandes arbeitende Verband „von radikalen Agitatoren des Lohn- und Klassenkampfes“ verführt, „eine Schwärzung und Lager des Radikalismus“ vorgenommen habe und mit dem dem diesjährigen Verbandstag — der am 25. bis 27. Mai in Köln stattfand — beschlossenen organisatorischen Veränderungen zu einer „Lohnkampf-Organisation“ umgewandelt worden sei. Das konservative Organ sieht diese in ihren Augen natürlich unerwünschte Entwicklung in der mit Annahme der neuen Satzungen erfolgenden Umwandlung der bisherigen selbständigen „Vereine“ in einen Zentralvorstand abhängiger Lokgruppen und in der Anerkennung des Streiks als Kampfmittel. Es legt daran den demagogischen Hinweis: „Dadurch ist die Organisation des Deutschen Techniker-Verbandes in Reich und Glied mit den „Genossen“, zum Schluss betont die „Schlesische Zeitung“, daß infolge der „Nichtumsänderung“ des Verbandes dieser „auch bereits eine numerische Schwächung erfahren habe“ und eine große Zahl von Mitgliedern, die ihre Standesbestrebungen nicht auf dem vom Profestorat vorgezeichneten Wege verfolgen wollten, aus dem Verbande ausgetreten sei.

Diese unbewiesbaren Behauptungen und geschäftigen Angriffe sollen den Zweck erfüllen, einer „neuen Organisation“, die unter dem Namen „Vereinigung deutscher Techniker“ die Angehörigen des technischen Berufes auf durchaus „gemäßigt“ und „neutral“ zersplittern will, zum Erfolge zu verhelfen. Die Betonung dieses gemäßigten Standpunktes erkennt die „Schlesische Zeitung“ so sehr, daß sie den Namen und die Abkürzung des neuen „Vereins“ bekannt gibt und darauf hinwirkt, daß dieser „Anmeldungen entgegennimmt. Ohne Prüfung der Sachlage, und ohne zu untersuchen, ob mit einer neuen „Verbandsgründung“ den Interessen der technischen Angestellten gedient ist, fördert die „Schl.“ die „Vereine“, die mit denen der „Genossen“ bekannt sind und „neutrale“ „Vereine“ „in die Hände der „Genossen“ zu verpacken.“

Der in solcher Absicht irreführenden Falschheit gegenüber erklärt die unterzeichnete Zweigverwaltung des Deutschen Techniker-Verbandes:

1. Der Deutsche Techniker-Verband ist eine Organisation, die allen technischen Arbeitnehmern offensteht und technische Angestellte der Industrie und des Bauwesens, sowie Techniker, die auf privatem Dienstvertrage oder als fest angestellte technische Beamte in den Betrieben des Reiches, des Staates und der Selbstverwaltungen beschäftigt werden, in sich zusammenfaßt. Selbständigkeit schließt in Zukunft die Aufnahme in den Verband aus; neu eintretende Mitglieder, die später selbständig werden, können unter Anrechnung ihrer erworbenen materiellen Rechte als „fördernde Mitglieder“ geführt werden.

Der Verband bezieht in erster Linie die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der technischen Privatangestellten und der öffentlich technischen Beamten und sucht daneben in der Pflege der technischen Wissenschaften den Interessen und dem Ansehen des technischen Berufes zu dienen. Von den in der neuen Satzung genannten „Mitteln zum Zweck“ sind es besonders:

Die Einwirkung auf private Firmen und Behörden zur Verbesserung der Arbeits- und Gehaltsverhältnisse der technischen Angestellten und Beamten sowie die Unterweisung der Mitglieder „bei Maßregelungen wegen Entretens für den Verband“ und „bei sonstigen Vorkäufen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen“, die die „Schlesische Zeitung“ veranlassen, auf Grund der entstellten Angaben einiger mit dieser Satzung unzufriedener bisheriger Verbandsmitglieder zu obigen Angriffen zu kommen.

Neben der mit 25.000 gegen 3000 Stimmen angenommenen Satzung hat der Verbandstag des Deutschen Techniker-Verbandes noch Leitfäden zur Durchführung seines

sozialen Programms aufgestellt, die für die Organisationsarbeit richtunggebend sind. Wir lassen die Leitfäden hier wörtlich folgen und die Deutlichkeit entscheiden, ob danach der furiose Artikel der „Schlesischen Zeitung“ berechtigt ist.

Die Durchführung des Verbandsprogramms und die Verwirklichung der in den Stuttgarter Entschlüsse niedergelegten Forderungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Lage, sowie zur Hebung der sozialen Stellung der technischen Angestellten und Beamten sind die dringlichsten und wichtigsten Aufgaben der gegenwärtigen Verbandspolitik. Selbsthilfe und Staatshilfe sind die Mittel, die diesem Zweck dienen.

Die Selbsthilfe soll in erster Linie bestehen in der betriebliehen Einwirkung des Verbandes auf die Arbeitgeber, zwecks Verbesserung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der Techniker. Sie setzt die Erziehung der Mitglieder zu solidarischen Handeln voraus und wird gefördert durch die Unterstüzungseinrichtungen des Verbandes.

Der beste Weg zur Milderung der wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den technischen Angestellten und Beamten und ihren Arbeitgebern ist in der gegenseitigen Anerkennung der freigewählten Organisationen und in einer friedlichen Auseinandersetzung, mit dem Ziele eines einheitlichen, sozialen Dienstvertrages zu erbitten.

Bestrebungen, die eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder eine Schädigung wirtschaftlicher Interessen der Techniker bedeuten, sollen, wenn friedliche Auseinandersetzungen erfolglos bleiben, mit allen gesetzlichen zulässigen Mitteln abgewehrt werden.

Dasselbe kann geschehen zur Verbesserung bestehender, besonders unwürdiger Arbeitsbedingungen, wenn es von den beteiligten Verbandsmitgliedern beantragt und vom Gesamtverband genehmigt ist.

Alle Verbandsmitglieder sind verpflichtet, in solchen Fällen die von der Verbandsleitung getroffenen Maßnahmen tatkräftig zu unterstützen.

Um allen Mißverständnissen und böswilligen Verdächtigungen vorzubeugen, brachte der Verbandstag im Anschluß an diese Leitfäden in einer besonderen Entschlüsse zum Ausdruck, daß der Streik für die technischen Beamten des öffentlichen Dienstes weder als geeignetes noch als gesetzlich zulässiges Mittel anzusehen ist.

2. Der Deutsche Techniker-Verband ist eine parteipolitisch durchaus neutrale Organisation, die sich ebenbürtig um das religiöse wie um das politische Glaubensbekenntnis ihrer Mitglieder kümmert. Die erwägten Leitfäden sagen darüber:

„Zur Anregung der Staatshilfe und zur Beeinflussung der Gesetzgebung ist die parteipolitische Betätigung der Mitglieder außerhalb des Verbandes erforderlich. In ihren politischen Parteien haben die Verbandsmitglieder nach Kräften für das Verbandsprogramm einzutreten und insbesondere bei Wahlen zu gesetzlichen Körperschaften die sozialen Forderungen des Verbandes geltend zu machen.“

Die Beteiligung der Verbandsmitglieder am kommunalpolitischen Leben ist notwendig zur Wahrung der Interessen des Technikerstandes innerhalb der Gemeinden.

Durch diese Betätigung seiner Mitglieder, sowie durch die notwendige Beobachtung und Kritik der Stellungnahme der gesetzgebenden Körperschaften zu unseren Forderungen wird die parteipolitische Neutralität des Verbandes nicht berührt.“

3. Eine Schwächung des über 30.000 Mitglieder zählenden Verbandes ist nicht eingeplant, obwohl der Kölner Verbandstag den jährlichen Verbandsbeitrag von 18 auf 24 Mark erhöhte. Was es mit der „Spaltung“ im Deutschen Techniker-Verbande auf sich hat, erhellt daraus, daß in Breslau, wo die Spalter ihren Sitz haben, trotz einer Minderzahl von etwa 300 Mitgliedern eine 300 Mitglieder starke Gruppe sich unter der Führung eines recht wandlungsfähigen Mannes — der noch vor wenigen Jahren als ultraradikaler Techniker Vertrauensmann des Bundes der technisch-industriellen Beamten war, später dann „fortschrittliches“ Mitglied des Deutschen Techniker-Verbandes wurde, sich vor kurzem selbständig machte und nun plötzlich auf die andere Seite trat —, die „gemäßigte Vereinigung deutscher Techniker“ zu gründen. Die Bemühungen dieser

Duislder, Zersplitterung in die Reihen der Techniker hineinzutragen, sind bisher ohne Erfolg geblieben. Auch die diesjährige Unterstützung der „Schlesischen Zeitung“ reicht nicht aus, die ersehnte „Spaltung“ im Deutschen Techniker-Verbande herbeizuführen. Für die Einigkeit der Techniker sorgen heute großindustrielle Scharfmacher und eine rücksichtslos Geseßgebungs, mehr als die „Schlesische Zeitung“ träumen läßt.

Die Breslauer Verbandsmitglieder sind organisatorisch neu zusammengelagert in der Zweigverwaltung Breslau des Deutschen Techniker-Verbandes, die es sich zur besonderen Aufgabe macht, Aufklärungsarbeit unter den Technikern zu leisten. Sie fordert alle, namentlich die nicht organisierten technischen Angestellten und Beamten, auf, dem Werden der mehr aus Liebedürftigkeit und Angst vor der elenden Courage als aus Ueberzeugung „gemäßigten“ Herren der „Vereinigung deutscher Techniker“ durch Anschluß an jene Organisationen zu begegnen, die gemäßigt und imstande sind, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der technischen Berufstätigen würdig und energisch zu vertreten. Für eine gelbe Organisation, die durch Schenkungen aus Arbeitgeberkreisen erst in die Lage kommen will, ihre hochtönenden Versprechungen zu erfüllen — das Klumpfußbündchen verpflichtet denen, die aus anderen Organisationen zu ihm übertraten, die dort erworbenen finanziellen Ansprüche zu erfüllen — darf in der Technikerbewegung kein Raum sein.

Die Zweigverwaltung Breslau des Deutschen Techniker-Verbandes.  
F. A. Korthals, 1. Vorsitzender.

## Arbeiterbewegung.

### Polizeiverordnungen heben die Reichsgerichtsentscheidung über das Streikpostenstehen auf!

Eine Massenaburteilung von Streikführenden erfolgte dieser Tage vom Schöffengericht in Plauen i. V. Streikpostenstehen ist in Plauen polizeilich verboten, wer sich nicht fügt, wird eingekerkert. Welt über 100 organisierte Arbeiter sind deswegen schon mit Gefängnis- und Geldstrafen bedacht worden. — Beim Tamborererstreik bei der Firma Rude u. Ganolb im März d. J. ging die Polizei besonders scharf vor. Rein Streikführender durfte sich in der Nähe der streikenden Firma aufhalten, wer es dennoch wagte, wurde verhaftet, und bekam dann ein Strafmandat. Die sozialdemokratische Landtagsaktion schickte den Hg. Winkler nach Plauen, der sich an Ort und Stelle informieren sollte, wie die Polizei ihr Wesen treibt. Winkler, der sich nicht als Abgeordneter zu erkennen gab, wurde genau so behandelt wie die Streikenden. Obwohl er ganz allein auf der einen Straßenseite stand und auf der anderen Seite nur 6-8 Personen gingen, wurde er von einem Polizisten aufgefordert, sofort die Straße zu verlassen. Weil er dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er zur Wache gebracht und später mit einem Strafmandat über 5 Mark bedacht. Er und 13 Streikende, denen es gleich ergangen war, hatten gerichtliche Entscheidung beantragt. Vom Schöffengericht in Plauen wurden nur zwei der Streikenden freigesprochen, bei 12 dagegen, darunter der Landtagsabgeordnete Winkler, wurde die Polizeistrafe verbierfachert, sie wurden zu je 20 Mark verurteilt. In der Anklageerhebung sagte der Staatsanwalt unter anderem: „Streikpostenstehen ist reichsgerichtlich erlaubt, keine Polizei kann es verbieten. Aber auch der § 178 der Strafpolizeiordnung, wonach Streikpostenstehen verboten ist, besteht zu Recht. Und da die Angeklagten gegen diesen Paragraphen verstoßen haben, sind sie zu bestrafen.“ Die Urteilsbegründung war äußerst kurz: „Es liegt eine Aufsehung gegen eine Polizeiverordnung vor, und deshalb sind die Angeklagten zu bestrafen.“

Die Verurteilten werden Berufung einlegen. Es soll eine höhere gerichtliche Instanz entscheiden, ob die Polizei das Recht hat, ein gesetzlich genehmigtes Staatsbürgerrecht durch eine Verordnung aufzuheben.

## Internia

### aus dem Bunde deutscher Sattlerinnungen.

In einer Zeit, in der die Gegner der Arbeiterbewegung und die Reichsverbände sich angelegen sein lassen, über Verschwendung von Arbeiterkräften in den Gewerkschaften und über den Sauerdenon der Genossen zu schwätzen, erscheint es angebracht, einmal Zustände zu schildern, wie sie sich im Bunde deutscher Sattlerinnungen zeigen und die den Nachweis erbringen, wie die berufenen Vertreter der Kleinhandwerker mit den Beiträgen zur Innung wirtschaften.

**Errichtung einer Gansen-Zalperre bei Böhmed.** Der Gemeinderat beschloß die Errichtung einer Gansen-Zalperre zur Verleugung der Stadt Böhmed mit Industriefabrik. Der Gemeinderat setzt voraus, daß die Staatskasse des Herzogtums Sachsen-Meinungen an dem Projekt sich entsprechend beteiligt und der Gemeinde das Entgeltrecht erteilt wird. Die Kosten des Projekts belaufen sich auf 1 1/2 Millionen Mark.

**Vom Schichtelbe der Arbeit.** Schwere Grubenexplosion bei Halle (Saale). Auf der Braunkohlengrube Oberberna der Oberbernaer Kohlenwerke bei Niederberna ereignete sich am Donnerstage eine Explosion, bei der etwa 10 Arbeiter zum Teil sehr schwer verletzt wurden. Aufstehend infolge Selbstentzündung explodierte im Kesselhaufe Kohlenstaub. Eine gewaltige Flamme schlug auf und veranlaßte die dort beschäftigten Arbeiter in entsetzlicher Weise. Es gelang, die Verletzten aus dem Hause ins Freie zu bringen. Ein Arzt war sogleich zur Stelle und veranlaßte, daß die Verunglückten per Automobil ins „Bergmanns-Hospital“ überführt wurden, aber bereits nach der Einlieferung starb einer von ihnen, der Schlosser Blausch aus Merseburg, Vater von drei Kindern. Hoffnungslos liegen darnieder: Pelzer Strehle, Gliebing und Baumgarten. Die anderen hofft man am Leben zu erhalten. Der Brand selbst konnte gelöscht werden. Der Umfang des Schadens läßt sich noch nicht übersehen, doch kann der Betrieb aufrecht erhalten werden.

**In Turke bei Pressburg explodierte der Kessel einer Drechselschleifmaschine, wodurch zwei Personen getötet, fünf schwer verletzt und zwei leicht verwundet wurden. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht ermittelt.**

**Vom Bureaufratzen Hofe wird der „Fr. Sig.“ folgende tolle Stück mitgeteilt:** Die Staatskassen müssen auf den Biennig stimmen. Niemand darf zu wenig zahlen, aber auch zu viel läßt sich der Staat nicht geben, und er zahlt unweigerlich auch den kleinsten zu unrecht empfangenen Betrag zurück, mag diese Zurückzahlung auch ein Mehrfaches des Betrages kosten. Nur der Staat trägt nicht dieses Mehr, sondern derjenige, dem die „Wohltat“ der Rückzahlung zuteil wird. Ein Frankfurter Institut hatte eine größere Zollzahlung geleistet und dabei einen Biennig zu viel eingekassiert. Die preussische Zollkassette in Steinaubendeckte sofort den Irrtum und sandte schleunigst den zu viel gezahlten Biennig an den Abnehmer zurück, und zwar damit er nur ja nicht verloren gehe, mittelst eingeschriebenen Briefes, für den vom Empfänger 30 Vg. Porto zu zahlen waren. Die Ordnung kann ja auch nicht teuer genug bezahlt werden.

## Aus aller Welt.

### Der New Yorker Polizeiskandal.

Die Mörder des Spielfeldhalters Rosenthal sind nach Meldungen aus New York noch immer nicht gefast. Der eine der Verhafteten, der Chauffeur Shapiro, sagt aus, die Männer im Automobil seien Stroche gewesen, die durch Spieler gedungen worden waren. Rosenthals Schicksal war schon, bevor er getötet wurde, bekannt. Zwanzig Minuten vor dem Nord-Telephonier eine Person, die nicht festgestellt werden konnte, eine Zeitung an und fragte, ob Rosenthal schon tot sei. In New York wird jetzt ganz offen behauptet, daß die Polizei die Ermordung Rosenthals organisierte. Rosenthal hatte einen Spielfeld und zahlte gewissen Polizisten Schmiergelder. Kurz vor seinem Tod weigerte er sich, weiter zu zahlen, und zeigte die Polizei dem Staatsanwalt seines Distrikts, Whiteman, an. Dieser erklärt jetzt, seine Anklage gegen die Polizei, daß die Polizei die Ermordung Rosenthals zuließ und den Mörder erlaubte, zu entfliehen. Fünf Polizisten waren neunzig Meter, zwei dreißig Meter und einer nur fünfzehn Meter von der Mordstelle entfernt. Der entfernteste hätte in fünfzehn Sekunden in zwei Sekunden zur Stelle sein können, und doch hatten die fünf Männer Zeit, Rosenthal mit Revolverkugeln den Kopf zu zerschmettern und im Automobil zu entkommen. Die Verfolgung durch ein Polizeiautomobil sei auch erst aufgefunden worden, als gar keine Aussicht mehr bestand, den Wagen der Mörder einzufangen. Polizeikommissar Waldo schickte Whiteman eine Aufforderung, seine Anschuldigungen zu beweisen, und erklärte, die Polizei habe gewußt, daß von den Spielfeldhalters der Mord geplant war, um der Spindel Rosenthal zu hindern, gegen sie auszusagen. Die Polizei verhielt ferner, daß sie alle Mörder kennt, daß vier Verdächtige bereits verhaftet sind, und daß 300 Detektive hinter den Schuldigen her sind. Die vier Verdächtige sind offenbar Libby und Shapiro, die Besitzer des Automobils, John Clark, ein Spieler und Louis Wehber. Frau Rosenthal machte schwerwiegende Aussagen über die Art, wie Rosenthal Schmiergelder zahlte.

Von anderer Seite wird uns noch aus New York gemeldet: Ueber den auffaeherrregenden Polizeiskandal schreibt heute die „New York World“: „Die Ermordung des Spielfeldhalters Rosenthal ist das Ergebnis eines geheimen Abkommens zwischen der Polizei und dem New Yorker Verbrechertum. Durch dieses Ver-

einommen sind Leben und Gut von 5 Millionen Menschen der Polizei auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Die Polizei kauft und verkauft das Vorkommen zu morden. Rosenthal ist ein Opfer dieser verbrecherischen Geheimverbindung geworden, weil er dem Staatsanwalt Mitteilung von dem Tribut machte, den die Spieler an die Polizei zu zahlen hatten.“

**Wieder ein Flieger tödlich verunglückt.** Donnerstag früh verunglückte auf dem Flugplatz Lindental bei Leipzig der Flieger Leutnant Breuher vom 197. Infanterie-Regiment in Leipzig tödlich. Sein Apparat stieß beim Landen so heftig auf, daß er sich dreimal überschlug. Leutnant Breuher erlitt einen Schädelbruch sowie andere schwere Verletzungen und starb nach wenigen Minuten.

**Musburg, 18. Juli.** Heute morgen gegen 8 1/2 Uhr hatte in der Nähe des Dorfes Veitershofen der Oberleutnant Santelmann vom Infanterie-Regiment Nr. 25, der zeitig zur Flugschule Straßburg kommandiert ist, eine schwierige Landung. Santelmann war heute früh um 5 Uhr mit seinem Aeroplan in Stuttgart aufgestiegen, hatte um 7 Uhr 20 Minuten in Musburg und war um 8 Uhr 15 Min. in Musburg gelandet, wo er Benzin einnahm. Nach dem Wiederaufstiegen mußte er infolge Veragens des Motors eine Notlandung bei Veitershofen vornehmen. Hierbei rief der Apparat so heftig auf den Boden auf, daß das ganze Untergerüst in Trümmern zerbrach. Der Apparat wurde abmontiert und nach Straßburg verladen. Der Flieger und sein Begleiter, Leutnant Blumenbach vom Feldartillerie-Regiment 27, blieben unverletzt.

**Ein neuer Apparat für drahtlose Telegraphie.** Der französische Staatssekretär für Post und Telegraphie, Chaumet, hat sich kürzlich nach Paris begeben, um einen neuen Apparat zur Aufnahme von drahtloser Telegraphie zu erproben. Die Experimente haben trotz der unangünstigen Atmosphäre befriedigende Ergebnisse erzielt. Der Apparat, welcher auf einem neuen Prinzip beruht, scheint geeignet zu sein, die Anwendung der drahtlosen Telegraphie zu verallgemeinern. Er unterscheidet sich von den bisherigen Apparaten durch große Leichtigkeit, präziseste Aufnahme und bequemen Transport, da man ihn in die Tasche stecken kann. (?)

**Vorsicht beim Pilgerauf.** In Chemno hatte eine Besucherin eine größere Menge Bille gelammelt und davon auch an die Nachbarschaft einen Teil abgegeben. Infolge der Gewinnes sind nunmehr alle Mitglieder von vier Familien schwer erkrankt. Gestorben ist bisher niemand, doch befinden sich mehrere in großer Lebensgefahr.



heren Bundesvorstandsmitglieder und von einem früheren Re-  
dakteur des Organs des Bundes, also von Leuten, die die  
Zinners genau kennen. In diesen Flugblättern wird dem Bun-  
desvorstand der Vorwurf gemacht, von der Behörde festgestellte  
Massenunterschiede als nicht vorhanden betrachtet und die  
Kasse trotz erheblicher Manos immer als richtig befunden zu  
haben.

In den Flugblättern wird der Bundesvorstand in 3 Heft  
je sehr scharf angegriffen. Ihm werden bewusste Lügen und Ver-  
leumdungen nachgesagt; auch wird behauptet, er habe sich im  
Vorstand am liebsten mit Hochhufen umgeben, damit er von  
niemandem überfragt würde. Und als dann andere Männer an  
die Leitung kommen sollten, habe er die Wahl zu hintertreiben  
versucht. Ueber die Kassenverwaltung heißt es dann wörtlich:  
„Die Kasse stimmt nicht. Herrn Zehle Kassierer, Herr Goale,  
verwalten drei Kassen. Hier kann man sich helfen. Wird nur  
eine Kasse geprüft, stimmt immer. — Einige Jahre vergehen,  
jedes Jahr erscheint eine Rechnungslegung. Diese stimmt immer,  
zumindest ist sie als stimmend vom Gesamtvorstand unterzeichnet.  
Die Sache wäre auch weitergegangen, wenn, ja wenn nicht die  
Aufsichtsbehörde gewesen wäre. In das 10jährige Leben des  
Vorstandes greift mit rauher Hand ein Kassensrevisor, und siehe,  
es stimmt nicht. Aber irren ist menschlich, und Irrtümer kann  
man ausgleichen. Diesen guten Rat erteilt der Revisor. Die  
Sachen haben Zeit, aber sie nutzen sie nicht. Der Revisor  
kommt wieder. Das Manko ist nicht behoben, aber größer ge-  
worden. Der wahrnehmende Rat wird strenger erteilt, aber es  
nützt nichts. Nach wieder längerer Zeit beträgt das Manko  
nach dem Revisor ungefähr 1000 Mark, aber inzwischen erschuldet  
jedes Jahr eine Rechnungslegung und es stimmt natürlich nach  
dem Vorstand.“

Wie mit dem Gelde gewirtschaftet wurde, dafür Beispiele  
aus den Flugblättern: Zum Bundeskongress nach Hamburg nahm  
der Sekretär seine Frau mit, angeblich, damit sie seinen kranken  
Sohn beruhe; er ließ sich auch für seine Frau die Reisekosten  
und Speise aus der Bundeskasse nach Angabe des Herrn Zehle  
zahlen. Von zwei Bundesvorstandsmitgliedern wird gesagt:  
„Nach Hamburg haben wir sie als Vergnügungstreisende mit-  
genommen. Zwar sind sie Vorstandsmitglieder, aber irgend ein  
Misserat zu halten, irgend eine Handwerkerfrage rednerisch durch-  
zudrücken, sind sie nicht imstande. Damit ihre An-  
wesenheit aber nicht ganz unnütz erschien, ließ Herr Zehle den  
einen die Tagesordnung, den anderen die Anwesenheitsliste ver-  
lesen. Ein solcher Spaß kostet uns pro Mann 60 Mark. Ist  
eine Anwesenheit solcher Vorstandsmitglieder auf den Bundes-  
kongress notwendig?“

Der frühere Geschäftsführer der Bundeszeitung machte eine  
Reise für den Bund geltend. Dem Bundesvorstandenden  
wurde geraten, einen Vergleich einzugehen. Darauf ging der  
Bundesvorstand nicht ein. Er wurde verklagt und das Gericht  
beschloß, einem Revisor die Bücher zur Nachprüfung zu über-  
lassen. Darüber sagt das Flugblatt: „So war denn der Abge-  
gangene in jeder Beziehung ungewiß und der Vorstand war  
fröhlich, daß durch die Vermittlung des Kollegen Scholz eine  
Einsparung zu Stande kam, obgleich wir für den Bericht des Revisors  
zahlen mußten und schreiben bare sechs hundert Mark  
zahlen mußten. Auch diesen hohen Preis mußten wir durch  
die Schuld des Herrn Zehle zahlen. Statt eine Kaufsumme  
zu vereinbaren, wie dies vom Vorstande gewünscht wurde, ver-  
einbarte Herr Zehle ein Stundenhonorar von 5 Mark, und was  
für uns nach der Stundenberechnung des Revisors heraus?  
1200 Mark. Kollegen! Bedeutend höher als das Abgabebest  
war die Forderung des Revisors. Erst durch Freigabe und  
Spenden gelang es uns, die Forderung auf 600 Mark herab-  
zubringen.“

Wir begrüßen uns mit der Wiedergabe dieser kleinen Aus-  
züge. Sie gewährt einen Einblick in das Geheime des Bundes,  
dem circa 100 Innungen mit mehr als 3500 Mitgliedern an-  
gehört. Allerdings brüderlich schon an vielen Orten, viele In-  
nungen sind schon ausgezogen, weitere folgen.

Die Anhänger des Obermeisters Zehle fürchteten, ihrer  
Würde und ihres Säuglings bedenklich zu gehen, weswegen sie  
alles daran setzten, die „Neuen“ vom Vorstand fernzuhalten.  
Diese protestierten bei der Gewerbe-Deputation gegen die im  
Vorquartal vorzunehmenden Ersatzwahlen. Doch ehe der Reichs-  
rat heran war, legten die beiden alten Herren ihre Funktionen in  
der Berliner Innung nieder. Am 11. Juli wurden zwei Herren  
aus der Deputation gewählt, nachdem sie noch beweislos an-  
zuhören konnten, daß im Januar zu erledigende Bundesarbeiten  
jetzt noch nicht erledigt sind, und daß die Kassenführung des  
Bundes mit Teilzeit arbeitenden Bundesorganen seit 1 1/2 Jahren  
noch nicht revidiert worden ist.

Verwickelte Zustände sollten einmal von einer von Sozial-  
demokraten verwalteten Kasse zu berichten sein, dann möchten  
wir sehen, mit welcher Hier die Reichsberandbörse und scharf-  
wachen Innungsbrüder darüber herfallen und über Mehrheit-  
schaft in sozialdemokratischen Organisationen orakeln würden.

### Der Belagerungszustand in Zürich.

Der Leipziger Volkszeitung wird aus Zürich geschrieben:  
Mit der Besetzung des Volkshauses durch 50  
Militär- und Soldaten hatte die Situation am Montag ihren  
entscheidenden Höhepunkt erreicht. Um 2 Uhr erschien Staatsan-  
walt Brunner mit einem Aufgebot von Militär und Polizei im  
Volkshaus, besetzte alle Gewerkschaftsbüros, verhaftete einige  
Sekretäre und ließ niemanden herein und niemanden hinaus.  
Säßen unsere Genossen nicht zufällig rechtzeitig Wind von der  
Mittag bekommen, so wären neben dem, was man jetzt beschlag-  
nahmt, auch sämtliche Kassen den Särgern in die Hände ge-  
fallen. Die aber waren wie alle wichtigen Dokumente recht-  
zeitig in Sicherheit gebracht. Sofort wurden von den Poli-  
zisten die Telefone in den einzelnen Sekretariaten besetzt und  
jedes Gespräch von ihnen aufgefangen! Wurde von irgendwoher  
angeklingelt, so lagen die Polizisten im Beisein des  
Staatsanwalts, es sei „der Sekretär“ am Telefon. Daneben  
hingelassen sie sogar bei beschriebenen Führern außerhalb des  
Volkshauses an, um auch auf diese schädliche Weise „Geheimnisse“  
zu erfahren. Eine detaillierte Scharkei ist in der „freien“  
Schweiz noch nicht vorgekommen! Denn daß die Särgern bei  
diesem Hinhin im Grunde genommen herzlich wenig geerbt ha-  
ben, macht diese Scharkei um nichts kleiner.

Als man die Sache bei Nicht betrachtete, kam man dahin-  
ter, daß diese große Staatsaktion auf Befehl der kapitalistischen  
Regierung in der Neuen Züricher Zeitung vorgenommen worden  
war. Dieses Blatt hatte genau das, was getan wurde, eine  
Stunde vorher gefordert! — Abends begann sodann die Lege  
des „freien“ Bürgerturns. Die Gewerbetreibenden, die Kauf-  
leute, die Speiser aller Grade, die Fabrikanten, Bankiers usw.  
kamen in der Tonhalle zusammen, um der Regierung ihren wei-  
teren Willen zu diktiert: Sämtliche Führer der Ge-  
werkschaften sollten verhaftet und, soweit sie lan-  
ten fremd oder Ausländer sind, ausgewiesen werden.  
Weiter soll sofort der Nationalrat Grimm in Bern ver-  
haftet werden, ebenso Nationalrat Sigg in Zürich, weil sie  
„aufreizende Reden gehalten“ haben. Es wird gefordert, daß  
sämtliche Stadträte demissionieren, damit bei der Neuwahl die  
Kandidaten der wildgewordenen Speiser gewählt werden können.  
Die Regierung wird aufgefordert, noch mehr Militär aufzubie-  
ten, da man mit den bereits herbeigezogenen 3000 Mann nicht  
auskommt!! Die häßlichen und hässlichen Arbeiter, die sich  
an Streit beteiligen, sollen mit Stockschlägen auf den Wagen be-  
lastet werden, es soll ihnen die verproviantete Leinwandgabe  
von 120 Fr. nicht gegeben werden, auch soll man den Kran-  
kengeldern kein Zurückgehen mehr geben. Die Volkshaus-Schleichen  
soll sofort zurückgezogen werden, der Stadtrat soll hafte ge-  
macht werden für den Schaden, den die Abonnenten am Frei-  
tag erlitten, weil keine Zeitungen erschienen. Ferner soll eine  
Kontrollkommission eingesetzt werden, um die Verhältnisse  
A. A. A.

„unangerecht“. Der Polizeivorstand soll sofort abgelöst werden,  
weil er nicht verhindern konnte, daß die Geschäftsleute, Banken,  
Warenhäuser usw. am Freitag auf Befehl der Arbeiter-Union  
ihre Geschäfte schließen mußten. Der Vorstand der Union soll  
ebenfalls verhaftet werden, weil er am Freitag es in der Hand  
hatte, ob Zürich beleuchtet werden sollte oder nicht. (Es wür-  
den zwar die Laternen angezündet, aber das es auf Befehl der  
Arbeiter-Union geschah, das erregte die Wut der Speiser.) So  
und ähnlich lauten die Vorklagen der freien Bürger, und es  
ist kein Zweifel, daß die Regierung auch diese ausführen wird,  
selbst auf die Gefahr hin, daß sie damit dem Falsch den Boden  
auslöscht und zur offenen Revolution das Signal gibt.  
Wann sicher: wenn auch nur noch etwas von diesen Provoka-  
tionen ausgeführt wird, werden sich in Zürich die Vorgänge  
von Budapest wiederholen!

Am Dienstag sind die Arbeiter wieder ruhig an die Ar-  
beit gegangen. Aber das Militär zieht nach wie vor pro-  
vozierend durch die Straßen, steht nach wie vor mit aufge-  
pflanztem Bajonett im Kasernenhof, jeden Vorübergehenden zur  
Wut und Empörung aufreizend.

Für heute ist es unumgänglich, ruhig nachzudenken und logi-  
sche Schlussfolgerungen zu ziehen: Die Ereignisse überfließen  
sich. Soeben kommt z. B. die Meldung, daß die Metallindu-  
striellen, während darüber, daß die Arbeiter sich trotz aller mili-  
taristischer und politischer Trohungen nicht aus der Ruhe  
bringen ließen, eine weitere achtstägige Absperrung plan-  
nen! Man will unter allen Umständen Blut sehen! Dazu  
paßt auch vorzüglich, daß gerade die Züricher demokratischen  
Kämpfer am lautesten den Schurkereien des Bundespräsidenten  
Tizza zugejubelt haben... Heute ist die Situation so, daß  
die schweizerischen „Parteien“ alleamt diesen ausländischen  
Vandalen mit offenen Armen empfangen würden. Die Wut  
darüber, daß die Arbeiter einen Tag lang die Beherrscher der  
Stadt waren, daß sie gerade in ihrer Untätigkeit ihre Stärke  
zeigten, hat sie bestimmungslos gemacht!

Telegraphisch wird uns weiter gemeldet:  
Polizeihunde im Züricher Volkshaus.

Die Besetzung des Volkshauses wird mit Polizei-  
hunden verabschiedet. Mehrere Personen, die nicht wußten,  
daß das Volkshaus besetzt war, kamen ahnungslos an die  
Tür desselben und wurden von den Polizeihunden gebissen!

Ausland der Düsseldorf Metallarbeiter. In vier  
großen Werken der Düsseldorf Metallindustrie, dem Stahlwerk  
Deffing u. G., Gebr. F. v. d. E.-Fittingwerk, W. o. e. & C. e.  
Fittingwerk und dem Röhrenwerk der Firma V. Höhnig u. G.,  
sind Differenzen ausgebrochen, welche in allen 4 Werken zur  
Niederlegung eines Teiles der Belegschaft geführt haben. In  
den ersten 3 Werken handelt es sich um die Verkürzung der  
Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden die Woche, während auf dem  
Werk der Höhnig u. G. die Arbeiter sich in einem Abwehrstreik  
befinden, welcher die Firma veranlaßt hat, eine Absperrung  
der übrigen Arbeiter anzuordnen. 50 Prozent der im Wert be-  
schäftigten Arbeiter haben die Kündigung schon erhalten. Die  
beteiligten Unternehmer machen zum Teil große Anstrengungen,  
Arbeitswillige in allen Teilen Deutschlands zu finden. Bezug  
ist daher fernzuhalten.  
Deutscher Metallarbeiter-Verband Düsseldorf.

Der Züricher Stadtrat und der Generalstreik. Der  
Züricher Stadtrat beschloß folgende Maßnahmen des Zeit-  
rechners am Generalstreik: Städtische Angestellte und Arbeiter,  
die sich freiwillig beteiligen, erhalten für den Tag keinen Lohn.  
Solche, die schon wegen ähnlicher Verfehlungen Disziplinar-  
strafen erlitten haben, werden in das Provisorium versetzt, solche,  
die andere an der Ausübung ihrer dienstlichen Obliegenheiten  
verhinderten oder zu verhindern versuchen, werden sofort ent-  
lassen. Die Behandlung von Eingekerkerten bleibt vorbehalten.

### Parteiangelegenheiten.

Vor den Gemeindevahlen in Göttingen, die am  
11. Dezember vorigen Jahres stattfanden, waren Stimmzettel  
verbreitet worden, die eine andere Stimmenverteilung versahen,  
als in der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins be-  
schlossen worden war. Bei dem Proportionalwahlverfahren in  
Württemberg hat der Wähler das Recht, innerhalb eines Wahl-  
vorschlages den zur Wahl vorgeschlagenen mehrere Stimmen,  
und zwar bis zu drei, zuzuführen. Die Parteiversammlung  
hatte beschlossen, daß die Kandidaten Schirmer und Franke je  
zwei Stimmen, die Kandidaten Kienle und Ehrhardt je eine  
Stimme erhalten sollten. Nach den geänderten Zetteln sollten  
Schirmer eine weitere Stimme, Ehrhardt aber zwei weitere  
Stimmen erhalten, jedoch die Genossen Franke und Kienle a u-  
s. f. h. i. e. n. Die Herausgabe geänderter Stimmzettel führte zur  
Einsleitung des Ausschlußverfahrens gegen vier Genossen, wel-  
che an der Verteilung der Stimmzettel beteiligt gewesen sein  
sollten. Der Herausgeber der Stimmzettel ist bis heute noch  
nicht ermittelt. Das Schiedsgericht, das am 12. Juli unter  
dem Vorsitz des Genossen Müller-Berlin in Göttingen tagte,  
stellte einstimmig fest, daß zwei der angeklagten Genossen eine  
Verbreitung der abgeänderten Stimmzettel nicht nachgewiesen  
werden konnte. Die Genossen Kuttelmaier und Weber haben  
zu, geänderte Stimmzettel verteilt zu haben. Beide erklärten,  
daß sie glaubten, dazu berechtigt gewesen zu sein, und daß  
sie ihr Verhalten auch nicht bedauerten, trotzdem am Tage der  
Wahl vor Abgabe geänderter Stimmzettel gewarnt worden war.  
Das Schiedsgericht erklärte in dem Urteile, daß die Genossen  
Kuttelmaier und Weber keine ehrlose Handlung, aber es ent-  
schied mit vier gegen drei Stimmen, daß ein beharrliches  
Zwischenhandeln gegen den Beschluß der Parteiorgani-  
sation vorliege, durch das das Interesse der Partei geschädigt  
wurde. Nachdem ein Antrag auf Ausschluß aus der Partei ab-  
gelehnt worden war, erkannte das Schiedsgericht gegen beide  
Genossen auf Ausschließung von Vertrauensämtern für die  
Dauer von zwei Jahren.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

#### Niederschlesischer Städtetag.

Der Niederschlesische Städtetag tritt am 14. September im  
Weißen Saal des Rathhauses in Glogau zusammen. Auf der  
Tagesordnung stehen außer den geschäftlichen Angelegenheiten  
zwei Vorträge: „Welche Aufgaben erwachsen den Stadtgemeinden  
durch die Reichsversicherungsmessung, soweit sie  
bisher in Kraft getreten ist?“ von Stadtrat Wieber-Görlich  
und „Die Einführung sachmännischer Revisionen  
der Stadtkassen.“ Berichterstatter Bürgermeister Dr.  
Schreiber-Pirchberg. Ferner sind als Mitteilungen auf die  
Tagesordnung gesetzt: Antrag des Nassauischen Städtetages zu  
der Frage: Inwieweit kann den Städten empfohlen werden, die  
Zustellungshilfe abzulehnen?; Resolution des Sommer-  
städtetages zu den §§ 54, 106 und 178 des Entwurfs des  
Wassergesetzes; Beschluß des Ostpreussischen Städtetages wegen  
Befreiung der Beamten von der Kautionspflicht; Anfrage der  
Geldvermittlungsstelle des Deutschen Städtetages, welche Städte  
direkte Zusendung der Ausschreibungen wünschen.

Weißeritz, den 12. Juli. Gemeinde-Vertreter-  
Sitzung. Am 11. d. Mts. fand hier bei Wohl die erste Sitzung  
nach der diesjährigen Wahl statt. Anwesend waren sämtliche  
6 Genossen der dritten Klasse, auch die Bürgerlichen waren alle  
zur Stelle. Es sah diesmal am Tisch der Arbeiter nicht mehr  
zu leer aus wie bis dato. Zunächst wurden die neugewählten  
Gemeindevorsteher in ihr Amt eingeführt. In die Gemein-  
schäftskommission wurden von unserer Seite gewählt, Genosse

8 Jahre. Ein Antrag, wonach der Bädermeister Gröblich ein  
Stück Land am Armenhause wegen seiner unangenehmen  
Grenze gegen ein Stück am Wandelschen Grundstück austauschen  
soll fand Annahme. Scharf kritisiert wurde über einen  
Vertrag. Disinfektionsarbeiten bei ansteigenden Krankheits-  
fällen in der Folgezeit von der Gemeinde- oder Untertasse  
beahlt werden. Unsere Genossen stimmten für den Antrag,  
jedoch soll über dem Vertrag in der nächsten Sitzung noch einmal  
beraten werden. Von unseren Genossen wurde gerügt, daß es  
mit dem Schulbau so langsam vorwärts gehe. Es müsse vor-  
unbedingt eine Veränderung eintreten. Zum Schluß machte Genosse  
B. i. a. s. den Vorschlag, in Zukunft die Vertreter besser zu be-  
zahlen, oder jedem einen Geldbetrag mit der städtischen Einladung zu-  
zuschicken. Dieser Vorschlag fand keine Gnade vor den Augen  
des Gemeinde-Vorsteher, der ihn rundweg abschlug. Unsere  
Genossen werden sich aber das nicht gefallen lassen und in der  
nächsten Sitzung ebenfalls einen Antrag stellen. Damit war Schluß  
der Sitzung.

Gottesberg, 19. Juli. Zu einem für mich Auf-  
tritt kam es bei der Verhandlung gegen den Viehhändler  
Traugott Walter aus Gottesberg, der wegen Verletzung und  
Bedrohung des Gerichtsvollziehers Menke angeklagt war. Es war  
polizeiliche Vorführung erfolgt, da er sich nicht freiwillig gestellt  
hat. Die Aussagen der vier Zeugen ergaben die Schuld des  
Angeklagten. Der Amtsanwalt beantragte wegen Verletzung  
und Bedrohung und wegen seiner 36 Vorstrafen wegen Nichtschluß  
mildernder Umstände 9 Monate Gefängnis. Der Richterhof  
ging darüber noch hinaus und verurteilte den Angeklagten zu  
einem Jahre Gefängnis und verfügte sofortige Verhaftung. Ueber  
diese Strafe wurde der Angeklagte so aufgebracht, daß er die  
Anklagebank total demotierte. Nur unter großer Anstrengung  
gelang es, des Wütenden Herr zu werden und ihn zu fesseln.

Weslitz, 19. Juli. Gefahren der Arbeit. Gestern  
nachmittag verunglückte der Schachtmeister Egner aus Reichen-  
hain durch Blagen einer elektrischen Maschine, welche bei den  
Kanalarbeiten in der Landelektrizitätsanstalt verwendet wurde,  
derartig, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat. Maschinenwerke  
halten ihm die Schlagader um Halbe gerissen. Der  
dem Unfälle ausgehen war der 16jährige Sohn des Verunglückten.

Wasschau, den 19. Juli. Verhaftung! Dienstag, den  
16. Juli, mittags 12 1/2 Uhr, wurde der Geschäftsmann Alfred  
Meniger, der mit dem Zuge hier eintraf verhaftet. Da er  
vom Staatsanwalt schon lange steckbrieflich verfolgt wurde wegen  
Unterklantung.

Oberhufenstadt, 19. Juli. Soll es bei den  
hohen Milchpreisen bleiben? Obwohl die erste  
Heuernte einen sehr guten Ertrag brachte und der zweite Schnitt  
wieder recht gut zu werden verspricht und damit die Futternot  
vom vorigen Jahre behoben ist, die zur Erhöhung der Milch-  
preise herhalten mußte, haben sich die Landwirte dennoch noch  
nicht dazu verstehen können, die Milchpreise herabzusetzen. Das  
muß möglich sein, denn einige Milchverkäufer haben trotz des  
Futtermangels die Milchpreise nicht erhöht. Ein Beweis da-  
für, daß die Futternot nur als Mittel zum Zweck diente, um  
die Konsumenten zu schädigen. Wenn die Milchproduzenten die  
hohen Preise weiter aufrecht erhalten, dann dürfen sie sich nicht  
wundern, wenn der Milchhott vom vorigen Jahre wieder voll  
und ganz einsetzt. Sie sind hiermit gewarnt.

Eine Wäsche-Diebstahl-Debatte scheint hier ihr  
Feld aufgeschlagen zu haben. In der Nacht vom 15. zum 16.  
Juli wurde an sechs Stellen Wäsche gestohlen. Hauptächlich  
haben es die Diebe auf Frauen-Unterwäsche abgesehen. Soffent-  
lich wird der Gesellschaft das Handwerk halb gelegt, und da-  
mit die Einkommen vor weiterer Schädigung behütet.

Reichenbach, 19. Juli. Die letzte Schicht. Mittwoch  
abend verunglückte auf dem Clara-schacht der kon. Abend-  
röhregrube der Bauer Adolf Döhl aus Couradwaldau durch  
plötzlich hereinbrechendes hangendes Gestein zu Tode. Döhl  
hinterließ zwei unmündige Kinder im Alter von vier und drei  
Jahren.

Wolkshain, 19. Juli. Ein blühendes. Am Mittwoch ist der  
langgehegte Wunsch der Wolkshainer Bürger erfüllt  
worden. Die an der Chaussee nach Wolkshain am Röhrenort  
Wasser täglich gelegene Fluß-Badeanstalt ist eingeweiht  
und zur Benutzung freigegeben worden. Nach der am 17. April  
dieses Jahres erfolgten Gründung des Vereins zum Bau und  
Betriebe einer Flußbadeanstalt wurden die notwendigen Mittel  
zur Ausführung des Baues aufgebracht, teils durch Entnahme  
von Anteilscheinen, teils durch Stiftungen. Die von der Stadt-  
gemeinde gewährte Subvention von jährlich 200 Mark dient zur  
Befreiung der notwendigen Ausgaben. Die Kunst der Viel-  
bauwerter bewilligte am Vorabend der Eröffnung der Bade-  
anstalt anlässlich ihrer Quartalsitzung insolge des günstigen  
Kassenabschlusses 100 Mark für dieses gemeinnützige Unter-  
nehmen.

Ulmetal bei Liebenthal, 19. Juli. Vom Schicksal  
verfolgt wird der Stellenbesitzer J. Sellig. Nachdem er vor  
neun Jahren abgebrannt war, wurde dieser Lage seine Scheune  
mit reichen Vorräten eingediebt. Als er vorerstern früh Ales  
mählte, erlitt er einen Schlaganfall, wodurch dem bedauerns-  
werten Mann die Sprache geraubt wurde.

Wels, 19. Juli. Leichenfund. Beim Pflügen fanden  
hiesige Einwohner die Leiche des Wirtschaftsvorwirts S. aus  
Zucklau, in einer Schlinge des dortigen Forstweiers. Die Leiche  
hatte schon seit Anfang Mai dort gelegen und war stark verwest.  
S. hatte sich dort aus unbekanntem Grund mit Lyol vergiftet.  
Die Eltern sorgten schon oft nach dem Verbleib ihres einzigen  
Sohnes. Der Tote wurde nach seinem Heimatsorte gefahren.

Schneidemühl, 19. Juli. Ein Straßentaub wurde  
Mittwoch nachmittag auf der Ucker Chaussee bei dem Wald-  
schloßchen ausgeführt. Ein etwa 30 Jahre alter Mensch sprang  
hinter einen Baum hervor, überfiel das Mathiasische Milchfuhr-  
werk, raubte der Milchverkäuferin die Geldtasche und verchwand  
darauf im Walde in der Richtung nach Störven. Außer dem  
Mädchen befand sich auf dem Wagen noch eine hiesige Arbeiter-  
frau mit zwei kleinen Kindern. Der Räuber hatte für vor-  
her seine Axtklinge im Waldschloßchen mit Branntwein füllen  
lassen.

Groschen, den 18. Juli.	gute		mittlere		geringe		Groschen
	hoch	niedr.	hoch	niedr.	hoch	niedr.	
Weizen, weißer	21 20	20 40	20 20	19 40	19 20	18 24	
Weizen, gelber	21 20	20 20	20 20	19 20	19 20	18 24	
Wegweizen	17 80	17 80	17 80	16 80	16 80	16 84	
Gerste	27	16 70	16 80	16 20	15 20	15 84	
Hafer	18 40	17 80	17 80	17 80	17 80	17 84	
Victoria-Grün	24	25	25	21	20	19	
Erbsen	21 80	21	19 80	18 80	18	17 84	

Geh. per 100 Kgr. altes 2.00-2.20 Wkt., neues 5.00-6.00 Wkt.  
Langhalm per 100 Kgr. 6.00-6.00 Wkt.  
Roggen-Traub 100 Kgr. 2.00-4.00 Wkt.  
Brot (100 Kgr. 2.00-4.00 Wkt.)  
Brot (100 Kgr. 2.00-4.00 Wkt.)  
Brot (100 Kgr. 2.00-4.00 Wkt.)  
Brot (100 Kgr. 2.00-4.00 Wkt.)

### Briefkasten

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.  
Sprechstunden der Redaktion Donnerstags von 12-1 Uhr Mitt-  
n. E. Anguorkstraße. Die Kosten haben Sie zu tragen,  
aber wenn Sie nichts haben, geht der Wirt leer aus.  
B. Mathiasstraße. Etwa 3500 Meter.  
Wie die Inserate übernimmt die Redaktion nur die  
preisgelegliche Verantwortung.